KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
24. MRZ. 1910

— Neunzehnter Jahrgang. —

Nr. 11.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 11. bis 18. März 1910.

Posen, den 22. März 1910.

Aus den Blättern der Provinz Posen

Aus Nr. 60 des Orędownik (Posen) vom 15. März 1910:

Aufruf des Abgeordnetenkandidaten Herrn St. Nowicki.

Der Kandidat Nowicki kann nicht in allen Wahlversammlungen persönlich erscheinen, um so weniger, als die Landkreise — wie wir erfahren — ihre Versammlungen an einem Tage veranstalten werden. Daher erließ Herr Nowicki an die Wähler folgenden Aufruf:

An die geehrten Wähler der Stadt Posen und der beiden Landkreise Posen!

Am Freitag, dem 8. April, treten wir wieder an die Wahlurne. Es sind das Ersatzwahlen, die dadurch veranlaßt wurden, daß sich der bisherige Abgeordnete, Herr Bernhard von Chrzanowski, zum allgemeinen Leidwesen gezwungen sah, das Abgeordnetenmandat niederzulegen. Angesichts der Notwendigkeit der Neuwahlen müssen wir uns über die Auswahl des Abgeordnetenkandidaten schlüssig werden.

Die breiten Massen der Wähler, d. i. das Arbeiter- und Handwerkervolk, forderten schon seit langem einen Vertreter aus ihren Reihen, allein aus verschiedenen Gründen ist es ihnen bisher nicht gelungen, einen eigenen Abgeordneten zu erlangen. Gegenwärtig, wo sich die Gelegenheit bietet, verlangt das Arbeiter- und Handwerkervolk immer lauter und dringender, jedoch mit Ernst und Überlegtheit einen eigenen Vertreter.

Welches sind die Gründe dafür?

Die Aufklärung des Arbeitervolkes greift immer mehr um sich. Dieses Volk schließt sich immer mehr zusammen und es fügt sich zu einem Ganzen. Das Volk der Arbeiter und Handwerker empfindet die Notwendigkeit, um endlich einmal zum Schutze der natürlichen und die ganze Nation angehenden Gerechtsamen neben die höheren Stände zu treten.

Da ferner alle neueren antipolnischen Gesetze ihre Schärfe gegen die Arbeiter- und Handwerkerschichten gekehrt haben, so fühlen diese Schichten, welche sehen, daß die anderen höheren Stände mit dem Regierungssystem genug zu kämpfen haben, immer mehr, daß sie notgedrungen gezwungen sein werden, sich selber zu verteidigen.

Das Arbeitervolk verlangt daher beizeiten die Rechte, welche ihm nicht nur infolge seines kräftigen Zahlenverhältnisses zur Volksgemeinschaft, sondern auch infolge der gehobenen moralischen Bildung und des wachsenden sozialen und nationalen Bewußtseins zustehen. Das Volk wappnet sich stufenweise mit immer größeren Berufserfahrungen und es erzeugt gemeinsam eine Willens- und Charakterkraft. Der polnische Arbeiter und der Handwerker fühlen es ganz gut, daß wenn die Entwickelung der niedrigsten Schichten durch Traditionen aufgehalten wird und wenn sie sich von allen Gebieten der sozialen Arbeit verdrängen lassen, sie schließlich in eine solch unangenehme Lage geraten werden, daß es ihnen dereinst zur Verteidigung ihrer nationalen und Berufsinteressen an Kräften mangeln wird.

Die polnischen Arbeiter und Handwerker stellen ihren Kandidaten nicht nur im Interesse des eigenen Daseins und Schutzes auf, sondern auch zur Verteidigung der ganzen Volksgemeinschaft, in der vollen Überzeugung, daß sie dadurch einen sämtliche Stände verbindenden Faden sowie eine Werkstätte gemeinschaftlicher und rastloser Arbeit schaffen werden. Daher unterstützt ein ansehnlicher Teil der polnischen Intelligenz die von den Arbeitern vorgeschlagene Kandidatur aufrichtig.

Die Versagung der den breiten Massen zustehenden Gerechtsame muß schließlich eine Verbitterung zur Folge haben; man hat sie leider zu lange Pflichten erfüllen lassen, ohne ihnen irgendwelche Rechte der gemeinschaftlichen Leitung und Vertretung zuzuerkennen.

Aus diesen oben dargelegten prinzipiellen Gründen nahm ich die Kandidatur an, um die ich mich nie bewarb und auch nie, weder aus persönlichem noch aus Parteiehrgeiz, bewerben würde, von welch letzteren ich mich vollständig frei fühle, was ich mit ruhigem Gewissen bestätigen kann.

Geehrte Wähler! Zeigen wir endlich einmal, daß wir gleiche Kinder einer Mutter sind und daß unter uns weder persönliche Gegensätze noch Klassenunterschiede und -Voreingenommenheit bestehen. Geben wir endlich zu, daß dieser Benjamin, das Arbeiter- und Handwerkervolk, bereits ebenfalls zum Verständnis gelangt und selbständig geworden ist, sowie daß er zum Mann gereift ist; geben wir zu, daß er nicht weiterhin wie ein Aschenbrödel behandelt werden darf, sondern daß es sich gehört, ihm in der sozialen Hierarchie endlich einen entsprechenden Platz einzuräumen. Gedenken wir dessen, daß unser Volk für die Meinung der gebildeten Stände und für die allgemein nationalen Losungen unempfänglich werden könnte, wenn es die Gleichgültigkeit der höheren Kreise erkannt haben wird. Dieses Volk könnte auf diese Weise zu der falschen Ansicht gelangen, daß alle Rücksichten auf die allgemein nationale Losung nur den Fortschritt seines inneren und wirtschaftlichen Lebens aufhalten. Und das wünscht sich doch niemand von uns!

Geehrte Wähler! Im Namen der Idee eines kräftigeren Bündnisses reicht die wohlwollende Bruderhand und berücksichtigt aus freien Stücken die billigen und gerechten Wünsche des Volkes! Und unserem

gekräftigten und gefestigten Vaterlande wird der erlangte Vorteil, nämlich das solidarische Zusammenhalten zur Freude gereichen.

Posen, den 11. März 1910.

gez. Stanislaus Nowicki.

Aus Nr. 11 des Robotnik (Posen) vom 13. März 1910:

XI. Zusammenkunft der Delegierten der katholischen Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen in Posen.

(Schluß)

Nach dem Kanonikus Adamski ergriff Prälat Wawrzyniak das Wort, um den Delegierten das Verhältnis unseres Verbandes zu den ländlichen Arbeitgebern, insbesondere zum landwirtschaftlichen Zentralverein, darzulegen. Er führte etwa folgendes aus:

Wenn ich über das Verhältnis des Verbandes der Arbeitervereine zum landwirtschaftlichen Zentralverein sprechen soll, so tue ich das in der Überzeugung, daß wir eine sehr wichtige Sache berühren. Der zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehende Gegensatz war und wird stets von großer Bedeutung sein. Der, der die Arbeit gibt, möchte sie für den allerbilligsten Preis haben, der, der sie annimmt, möchte dafür die allerbeste Entschädigung haben.

Die Arbeitgeber klagen manchmal über ihre Not und sprechen gerne über die Nichtswürdigkeiten derjenigen, die für sie arbeiten. Manchmal klagen sie über die Gewissenlosigkeit, Trunksucht und Trägheit der Arbeiter. Die Arbeiter wiederum klagen über die, welche die Arbeit nicht gehörig bezahlen und sie auf verschiedene Weise schädigen. Das wird immer vorkommen, aber es wäre besser, wenn die Einen die Anderen nicht hinter dem Rücken bereden und sich nicht zur Erbitterung und zum Haß anfachen wollten, sondern wenn sie sich über ihre gemeinsamen Angelegenheiten verständigen würden.

Der nicht organisierte Landarbeiter bildet für die ganze Gesamtheit eine Gefahr. Eine Arbeiterorganisation jedweder Art kann in ihren Forderungen weit gehen, wenn aber die Landarbeiter zu weit gehen würden, dann könnte daraus eine weit größere Gefahr entstehen, als dies von seiten anderer Berufe der Fall wäre.

Wenn die Schuhmacher aufhören würden, Schuhwaren zu fertigen, dann würden diese Unannehmlichkeit alle empfinden, — aber das Unglück wäre noch nicht so groß. Doch schrecklich wäre es, wenn der Landarbeiter während der Erntezeit in den Streik treten wollte, wenn der Arbeitgeber seine Forderungen nicht bewilligen wollte oder könnte. Denn dann würde das Getreide verderben, es würde kein Brot geben, die Verarmung des ganzen Landes wäre alsdann die Folge dieses Schrittes des Landarbeiters.

Deshalb weigert sich die Regierung, dem Landarbeiter das Koalitionsrecht zu geben.

Ich will weder nach dieser noch nach jener Seite hin entscheiden. Nur das eine wiederhole ich: Es ist besser, sich zu verständigen als zu beschuldigen, es ist besser, offen in die Augen zu sehen als den Gegner anzugreifen, wenn er nicht zugegen ist. Jedwede Verbindung ist zu etwas gut, denn Zusammenschluß bringt Ordnung.

Weil der Landarbeiter nicht organisiert ist, fühlte sich der Verbandsvorstand berechtigt, die Interessen des Landarbeiters zu vertreten. Im Einverständnis mit dem Landwirtschaftlichen Zentralverein wollen wir für das Wohl der Arbeiterschaft arbeiten.

Auf Grund eines Reglements werden im Jahre vier Sitzungen abgehalten. Die Vorsitzenden haben das Recht, die Tagesordnung aufzustellen. Bis jetzt hat eine gemeinsame Sitzung stattgefunden; es wurde dabei über die Wohnungsfrage verhandelt. Nach langer Diskussion kamen wir zu der Überzeugung, daß die Arbeitgeber die Wohnung nicht besonders berechnen, sondern sie dem Arbeiter überlassen sollten. Die Wohnungen sind und werden auch nicht gleichwertig sein, aber sie werden mit der Zeit immer besser. Es muß hervorgehoben werden, daß in der Versammlung mehr die Arbeitgeber als die Arbeitnehmer über die schlechten Wohnungen Klage geführt haben.

Die ganze Sache muß sich abspielen auf der Grundlage der Berechnung des Einkommens. Wir wollen dem in die Welt gehenden Arbeiter nachweisen, daß er dort keinen größeren Verdienst hat als in der Heimat. Er berücksichtigt nämlich nicht das Deputat und die Wohnung, die er hier hat.

Andererseits wiederum müssen unsere Herren dem Arbeiter eine solche Entschädigung gewähren, daß er es nicht nötig hätte, in die Welt zu gehen.

Bei der Berechnung des Einkommens des Arbeiters muß man auch die Art der Arbeit berücksichtigen: die Arbeit in der Großindustrie und die in der Landwirtschaft; es muß darauf Bedacht genommen werden, daß die Hütten und Gruben alljährlich ihre Opfer und hunderte von Unglücksfällen fordern.

Es wird vielleicht manch einer fragen: Wer verhandelt da, mit wem wird denn verhandelt? Wo sind die Landarbeiter? Sind sie denn zu den Verhandlungen hinzugezogen worden? Diese Sachen werden nicht durch Abstimmung entschieden, auch nicht durch die Faust, sondern lediglich durch Beweise. Die drei dabeisitzenden Arbeiter können es bezeugen, ob die Verhandlungen zum Nachteile des Arbeiters geführt werden. So weit uns die Verhältnisse nicht bekannt wären, würden wir uns an die Arbeiterkreise wenden und diese fragen. Welchen Standpunkt nehmen in dieser Kommission die Geistlichen ein? Auf wessen Seite stehen sie? Eine solche Frage ist überflüssig. Wir sagen das, was wir wissen und verstehen, und es ist doch schwer zu leugnen, daß der Geistliche mit dem Schicksal der arbeitenden Schichten nicht vertraut wäre. Der Geistliche muß es wissen, daß sowohl der Arbeiter wie der Herr ein guter Parochiane sein muß, daß sowohl der eine wie der andere Rechte und Pflichten hat. Pflicht eines jeden ist es, ehrsam zu arbeiten, um sich und der Familie eine gute Zukunft zu sichern, also nicht zu arbeiten für den Wirt oder aus Furcht vor dem Gendarm, sondern aus Rücksichten für das Gewissen.

Gegensätze wird es immer geben, von beiden Seiten aber muß aufrichtige Wahrheit offenbart, es darf nicht mit falschen Ziffern gekämpft werden. In dieser gegenseitigen Verständigung liegt eine große Bedeutung, und die Eintracht wird um so eher eintreten, je eher die unbegründeten Vorwürfe aufhören werden.

Zum Schlusse seiner Ausführungen legte Prälat Wawrzyniak eine Resolution vor, die wir unter Nr. 3 wörtlich in der letzten Nummer des Robotnik veröffentlicht haben.

In der Diskussion über dem Rechenschaftsberichte sprachen noch etliche Redner. Wir geben daraus nur die wichtigeren Einzelheiten wieder.

Der Delegierte Herrmann aus Glowno tritt gegen das Posener Rechtsschutzbureau auf und meint, der Rechtsschutz sei unnötig, weil sich die Arbeiter auch ohne einen solchen Rat schaffen könnten.

Der Delegierte Brzesinski aus Posen-Lazarus drückt seine Zufriedenheit darüber aus, daß dem Arbeiter-

ausschusse auch Arbeiter angehören. Der Ausschuß sollte sich auch mit dem Verhältnisse der Arbeiter zu den landwirtschaftlichen Beamten befassen, was sehr wichtig ist, ferner mit der Angelegenheit betreffend die Warenhäuser in den Dörfern, mit der Gewährung von Fuhren zur Stadt, damit die Arbeiter ihre Einkäufe besorgen könnten usw.

Prälat Stychel bemerkt, daß der Ausschuß daran wohl gedacht habe, daß aber alle Sachen nicht mit einem Male erledigt werden könnten.

Delegierter Piecuch aus Januszewo bemerkt, der Ausschuß werde lange Jahre hindurch arbeiten müssen, ehe es zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zur völligen Verständigung kommen werde. Die Arbeitgeber ließen sich häufig Arbeiter aus dem Auslande kommen, denen sie bessere Löhne zahlten als den hiesigen, obgleich der einheimische Arbeiter besser arbeite. Wegen der schlechteren Bezahlung und wegen der schlechteren Behandlung gehe der hiesige Arbeiter nach dem Westen.

Delegierter Benysek aus Bentschen erzählt, auf welche unrechtmäßige Weise manchmal die Polizei eine Nachricht vom Verein zu erlangen sucht. So habe man z. B. in Bentschen den Vereinsmitgliedern die Polizisten in die Wohnungen geschickt mit der Forderung, das Vereinsbuch vorzulegen. Natürlich habe man der Polizei geantwortet, sie möge sich schriftlich an den Verein wenden, weil der Verein auf mündliche Anfragen keine Antwort erteile.

Delegierter Laczkowski aus Bromberg malt die Lage der Landarbeiter in traurigen Farben und meint, die Arbeitgeber würden die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen, weil es sich dabei um ihre eigene Tasche handele, es sei denn, daß sie die Arbeiter dazu zwingen würden. Redner beklagt sich darüber, daß die Landarbeiter keine Berufsverbände gründen können. Die Geistlichen — so führte er aus — seien mit dem Lose der Arbeiter nur wenig vertraut, denn sie stammten nicht aus dem Volke und besuchten auch die Arbeiterwohnungen nicht.

Prälat Stychel antwortete, jeder Stand habe das Recht, nach Verbesserung seiner Lage zu streben, auch die Arbeiter. Der Arbeiterverband arbeitet an der Hebung des Arbeiterstandes. So lange es den Landarbeitern nicht gestattet sein werde, sich in Berufsverbände zusammenzuschließen, müßten sie sich auf anderem Wege mit den Arbeitgebern zu verständigen suchen, — und dieser Weg solle gerade der Arbeiterausschuß sein.

Geistlicher Donat aus Murzynowo kirchl. wünscht, in Zukunft im Rechenschaftsberichte die Zahl der Landarbeiter anzugeben. Ferner erklärt er, daß die Einnahmen aus den im Robotnik eingerückten Bekanntmachungen im Verhältnisse zu den Abonnenten sehr gering seien. Um die Kaufleute zum Inserieren im Robotnik zu zwingen, rät er, die Mitglieder der Arbeitervereine aufzufordern, vor allem die Kaufleute zu unterstützen, die ihre Waren im Robotnik anpreisen. Zu diesem Zwecke legt er der Zusammenkunft eine vierte Resolution vor, die ebenfalls in der vorigen Nummer abgedruckt ist. Dem Vorstande dankt der Redner dafür daß er sich mit den Arbeitgebern verständigt hat. Damit auch die deutschen Arbeitgeber über die Bestrebungen des Verbandes unterrichtet würden, erteilt er den Rat, eine entsprechende Broschüre in polnischer und deutscher Sprache herauszugeben.

Der Vorsitzende läßt über die vier eingebrachten Resolutionen abstimmen, sie werden angenommen.

Kanonikus Adamski führt aus: Die Geistlichen, welche unter den Arbeitern und für die Arbeiter tätig sind, haben Gelegenheit, die Verhältnisse der Arbeiter kennen zu lernen, oft besser, als die Arbeiter selbst. Daß dies der Fall ist, beweise der Umstand, daß sowohl in den Vereinsversammlungen wie in den Zusammenkünften der Delegierten die Geistlichen die Arbeiter über Arbeiterangelegenheiten belehren.

Die Arbeit des Arbeiterausschusses zeige, daß die Arbeiter auf friedlichem Wege viel erreichen können, sie brauchten nicht zum Kampfe zu greifen. Das beweise auch die Geschichte der Arbeiterverbände in anderen Ländern.

Die Angabe der Zahl der Landarbeiter in unserem Verbande wird nur dann möglich sein, wenn die Schriftführer auf die betreffenden Fragen in den Rechenschaftsberichten genaue Antworten geben werden.

Der Vorsitzende verliest die während der Beratungen für den Verband eingegangenen Wünsche und vertagt die Sitzung kurz nach 1 Uhr auf eine Stunde.

Nach dem Mittagessen wird die Sitzung wieder eröffnet.

Der Etat für das Jahr 1910 (5. Punkt der Tagesordnung) wird ohne Diskussion angenommen.

Unter Punkt 6 stand die Wahl zweier Mitglieder des Hauptvorstandes. Die ausgeschiedenen Mitglieder v. Turno aus Slomowo und Bednarkiewicz aus Neu-Kramzig werden wiedergewählt.

Den folgenden Punkt der Beratungen, und zwar den wichtigsten, bildete die Angelegenheit betreffend die Verbandssterbekasse. Das Projekt wurde den Delegierten gedruckt überreicht. Der Vorsitzende erklärt, daß über die Errichtung einer Verbandssterbekasse in der vorjährigen Delegiertenversammlung Beschluß gefaßt worden sei. Man habe damals beschlossen, die Kasse solle für die Vereine und für die Mitglieder der Vereine wahlfrei sein, daß die Beiträge monatlich gezahlt und für alle gleichmäßig sein sollten, daß die Beträge, die für Sterbefälle ausgezahlt würden, abgestuft werden sollten und zwar nach der Zeit der Zugehörigkeit zur Kasse. — Auf Grund dieser Fingerzeige habe der Hauptvorstand ein Projekt ausgearbeitet und dieses im Robotnik veröffentlicht, und er lege es nunmehr den Delegierten vor.

In der hierauf eröffneten Diskussion ergriff zunächst Prälat Wawrzyniak das Wort. Redner erklärte, er könne sich für keine der bei uns bestehenden Sterbekassen begeistern, denn es sei schwer zu berechnen, ob diese Kassen für die Dauer bestehen bleiben könnten. Das Gewähren hoher Unterstützungen in den Vereinskassen vertrage sich zwar mit dem Herzen, nicht aber mit dem Kopfe, der da berechne und ein böses Ende befürchte. Man könnte zwar eine Kasse nach dem Muster der in Deutschland bestehenden Kassen, die gesetzlich beaufsichtigt würden, errichten, aber diese Kassen hätten nicht genügende Freiheit, und ein großer Teil ihrer Einnahmen werde durch ihre Verwaltung aufgezehrt, was wiederum hohe Beiträge zur Folge habe. Uns aber handele es sich doch darum, bei Todesfällen eine möglichst hohe Unterstützung zu zahlen, obgleich die Beiträge niedrig gewesen seien. Unsere Verbandssterbekasse sei insbesondere für die Vereine bestimmt, die keine eigene Sterbekasse haben — und diese sollten sich der Verbandssterbekasse auch anschließen. Ob die Kasse gut eingerichtet sei, das könne man heute noch nicht mit voller Gewißheit sagen — das werde erst die Zukunft zeigen. Heute handele es sich darum, den Verbandsvereinen die Sterbekasse zu empfehlen, es ihnen zu überlassen, ob sie der Kasse beitreten wollten oder nicht.

Nach längerer Diskussion wurden die Satzungen, wie sie im Projekt vorgelegen haben, angenommen.

Der Vorsitzende bittet die Delegierten, sie möchten ihre Vereine auf die Statuten aufmerksam machen und die Mitglieder ersuchen, sich mit ihnen bekanntzumachen und sich zu entschließen, ob sie der Verbandssterbekasse beitreten wollen oder nicht. Schließlich stellt Prälat Stychel den Antrag, die Verbandssterbekasse möge ihre

Tätigkeit mit dem 1. Juli d. J. beginnen. Der Antrag wurde angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung dankt Prälat Stychel den Anwesenden für die geduldige Anteilnahme, er drückt seine Befriedigung darüber aus, daß die Delegierten so zahlreich erschienen sind. Zum Schlusse gab er dem Wunsche Ausdruck, die gemeinsame Arbeit der Vereine mit der Geistlichkeit möge von bestem Erfolge gekrönt werden. Mit einem herzlichen „Gott segne uns" und „Auf Wiedersehen im nächsten Jahre" — schloß der Vorsitzende die Delegiertenversammlung nach sechsstündiger Beratung um 5½ Uhr nachmittags.

Aus Nr. 57 des Dziennik Poznański (Posen) vom 11. März 1910:

Die Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte.

Aus dem 16. Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1909 geben wir die nachstehenden Einzelheiten wieder.

Der Gesamtumsatz betrug 14 924 832,72 ℳ. Die Bilanz beläuft sich in Aktiven und Passiven auf 6 747 401,80 ℳ. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist 131 552,83 ℳ auf. Der im Jahre 1909 erarbeitete Reingewinn beträgt 40 225,81 ℳ.

Im Jahre 1908 zählte die Genossenschaft 480 Mitglieder. Im Jahre 1909 kamen 29 neue Mitglieder hinzu und es schieden 32 Mitglieder aus. Es gehen somit auf das Jahr 1910 über 477 Mitglieder.

Die Anteile erhöhten sich im Jahre 1909 um 2 462,65 ℳ. Die Haftsummenquoten stiegen um 95 und die Gesamthaftsumme stieg auf 2 045 500 ℳ.

Aus Nr. 57 des Dziennik Poznański (Posen) vom 11. März 1910:

Die Parzellierungsbank in Posen.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1909 betrug 26 366 324,48 ℳ, die Bilanz 6 969 843,57 ℳ, die Gewinn- und Verlustrechnung 345 562,40 ℳ, der Reingewinn zur Verteilung 242 440,04 ℳ.

Aus dem Jahre 1908 auf das Jahr 1909 gingen 1442 Mitglieder mit 4523 Anteilen über. Im Jahre 1909 traten bei: a) neue Mitglieder 143 mit 686 Anteilen, b) von den alten Mitgliedern wurden weitere 241 Anteile erworben. Zusammen 1585 Mitglieder mit 5450 Anteilen. Verstorben sind 4 Mitglieder mit 32 Anteilen, ausgetreten 60 Mitglieder mit 559 Anteilen, ausgeschlossen wurden 21 Mitglieder mit 21 Anteilen, zusammen 85 Mitglieder mit 612 Anteilen. Auf das Jahr 1910 gehen über 15 Mitglieder mit 4838 Anteilen a 50 ℳ, zusammen 241 900 ℳ und mit einer Haftsumme von 967 600 ℳ, insgesamt 1 209 500 ℳ.

Im Jahre 1909 wuchsen die Anteile um 15 750 ℳ, die Haftsummen um 63 000 ℳ, so daß die Haftung mit den Anteilen am Schlusse des Jahres 1909 1 209 500 ℳ beträgt. Die Parzellierungsbank besteht das 13. Jahr.

Aus Nr. 55 des Kurjer Poznański (Posen) vom 9. März 1910:

Der landwirtschaftliche Zentralverein im Großherzogtum Posen

hält heute und in den nächstfolgenden Tagen seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Presse ist ebenso wie im Vorjahre auch diesmal die Erlaubnis, an den Beratungen teilzunehmen, verweigert worden, angeblich aus Furcht, damit die Polizei den landwirtschaftlichen Verein nicht als einen politischen Verein betrachte. Wir wissen, daß nicht alle Mitglieder des landwirtschaftlichen Zentralvereins diesen Standpunkt vertreten, die Mehrheit aber nimmt ihn leider ein. Bei den einen spielt die Unkenntnis der gesetzlichen Vorschriften und die Suggestion von oben eine Rolle, so daß sich die Vorsicht direkt in Feigheit verwandelt, die den Behörden in einer Weise sich willfährig zeigt, wie dies die Gesetze nicht einmal annähernd verlangen. Für die anderen dient die als Grund vorgeschobene „Vorsicht" als Deckmantel, unter dem sich der gegen die Presse gehegte Unwille sowie reaktionäre Beweggründe überhaupt verstecken. Möge es auch so sein. Wenn der landwirtschaftliche Zentralverein nicht wünscht, daß die Presse an seinen Versammlungen teilnimmt, so werden sich auch die Presse und gleichzeitig die breiten Schichten der Volksgemeinschaft ohne Information über den landwirtschaftlichen Zentralverein begnügen. Abgesehen davon bedauern wir, daß die Organisation unserer Landwirtschaft die deutschen und preußischen Gesetze preußischer erfüllt, als es die preußische Polizei verlangen darf.

Aus Nr. 55 des Kurjer Poznański (Posen) vom 9. März 1910:

Die Krankenkassenwahlen.

Im Laufe des Jahres werden in fast allen hiesigen Ortskrankenkassen Vertreter für die Generalversammlung gewählt. Dieser überaus wichtigen Angelegenheit schenkt man verhältnismäßig sehr wenig Aufmerksamkeit, und daher kommt es, daß in die Generalversammlung häufig Individuen gewählt werden, die dorthin nicht gehören.

Diese Wahlen gehören mit zu den wichtigsten in der sozialen Gesetzgebung, schon aus dem Grunde, weil auf ihrer Grundlage die weiteren Wahlen zur Landesversicherungsanstalt erfolgen, als auch deswegen, weil aus den Vertretern der Generalversammlung der Kassenvorstand gewählt wird. Letzterer besitzt ungeachtet der verschiedenen Beaufsichtigungen seitens der Staatsbehörde eine ziemlich große Selbständigkeit und breite durch das Gesetz vorgezeichnete Rechte. Von einem tüchtigen und rührigen Vorstand hängt in bedeutendem Maße der Wohlstand der Kasse ab, nämlich die Möglichkeit, seinen Mitgliedern bei verhältnismäßig niedriger Beitragszahlung in Krankheitsfällen weitgehendste Unterstützung angedeihen zu lassen. Im Interesse eines jeden Arbeitgebers und Arbeitnehmers sollte es liegen, dafür zu sorgen, daß in die Vorstände ihrer Kassen tüchtige Leute hineinkommen. Es ist daher unerläßliche Bedingung, zu Vertretern für die Generalversammlung entsprechende Personen zu wählen. Leider geschieht das Gegenteil; von diesem Amte werden Leute mit allen hierzu nötigen Qualifikationen weggedrängt, und es werden Personen gewählt, deren Aufgabe es ist, dem Vorstand gegenüber zu allem ja zu sagen.

Im Grunde genommen sollten bei Wahlen zu den Körperschaften der sozialen Gesetzgebung nationale und Parteirücksichten in zweiter Linie in Betracht kommen, allein angesichts der aggressiven Stellung des uns feindlich gesinnten Lagers können auch unsere Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom nationalen Standpunkt nicht zurücktreten und sie müssen unbedingt danach streben, daß in Einrichtungen, die größtenteils vom Gelde des polnischen Arbeiters unterhalten werden, unsere Vertreter die entscheidende Stimme haben. Es handelt

sich hier durchaus nicht um Politik, sondern um Beanspruchung von Rechten, die uns naturgemäß zukommen.

Wenn man sich die Zusammensetzung der hiesigen Kassenvorstände und der Vertreter für die Generalversammlungen ansieht, so muß man zugeben, daß unsererseits verhältnismäßig ziemlich viel erreicht wurde, doch stehen unsere Vertreter noch weit zurück hinter dem, was ihnen angesichts der Höhe der gezahlten Beiträge eigentlich gehört.

Überdies verzichten wir infolge der sonderbaren Saumseligkeit unserer Vertreter häufig freiwillig auf die uns zukommenden Rechte. Es muß hier der kaufmännischen Kasse (gemeinschaftliche Kasse Nr. 3) Erwähnung getan werden, in der die polnischen Arbeitgeber die absolute Mehrheit haben, und doch hat man in den Vorstand nur einen Polen und zwei Juden gewählt, und dank dieser jüdischen Mehrheit fiel am Ende des Jahres die Kandidatenliste der polnischen Arbeitgeber bei den Wahlen für die unteren Verwaltungsämter durch. Als Schriftführer beschäftigt außerdem die Kasse einen städtischen Beamten, der nur dem Namen nach Pole ist, und sie zahlt ihm für seine Nebenarbeit eine solche Vergütigung, bei welcher ein anderer eine selbständige Existenz haben könnte. Dabei läßt es sich nicht leugnen, daß sich infolge der großen Einflüsse dieses Beamten in den Kassenvorstand der Bureaukratismus eindrängt, der dort am allerwenigsten am Platze ist.

Ebenso wie in dieser, verhält es sich auch in anderen Kassen.

Angesichts dessen, daß die erwähnte Kasse schon im Laufe dieses Monats die Delegierten für die Generalversammlung wählt, sollten die wahlberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich beizeiten nach entsprechenden Kandidaten umschauen, um in Zukunft solche Vorkommnisse unmöglich zu machen. Man kann nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß unser Wahlkomitee die rechte Zeit nicht unbenutzt wird verstreichen lassen, und daß es trotz der großen Arbeit anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahlen die Angelegenheit der Krankenkassenwahlen nicht aus dem Auge verlieren wird.

Aus Nr. 59 des Kurjer Poznański (Posen) vom 13. März 1910:

Die Bank der Gewerbetreibenden

hielt gestern abend 6 Uhr im alten Bazarsaale eine **außerordentliche Generalversammlung** ab, welche von den Mitgliedern sehr schwach besucht wurde. Außer den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern befanden sich im Saale ungefähr 30 Personen.

Der Vorsitzende im Aufsichtsrat Herr Otmianowski, der die Versammlung eröffnete, erklärte mit kurzen Worten den Zweck der Generalversammlung, nämlich die Durchführung der vorgeschlagenen Änderung des § 5 der Satzungen. Bisher hat man auf Grund dieses Paragraphen beim Erwerb des ersten Anteils 5 ℳ und beim Erwerb jedes weiteren 20 ℳ Eintrittsgeld an die Bank entrichtet. Nach dem Vorschlag des Vorstandes und des Aufsichtsrats sollen von jetzt ab beim ersten Anteil 5 ℳ, beim zweiten 20 ℳ, beim dritten 30 ℳ, beim vierten 40 ℳ und beim fünften und letzten 50 ℳ an Eintrittsgeld entrichtet werden.

Sodann schlägt Herr Otmianowski zum Versammlungsleiter den Dr. Anton Chlapowski vor, was die Versammlung einstimmig annimmt. Hierauf erteilt der Versammlungsleiter dem Bankvorstandsmitglied Dr. Bajonski das Wort, zwecks Begründung der vorgeschlagenen Änderung der Satzungen. In längeren, klaren und überzeugenden Ausführungen stellt Redner dar, daß die vorgeschlagene Änderung der Satzungen im Interesse der Bank liege. Einerseits würden die aus dem erhöhten Eintrittsgeld erlangten Summen den Reservefonds, der für die Bank der Gewerbetreibenden zu klein sei, kräftigen, andererseits würden die erhöhten Eintrittsgelder eine übermäßiges Erwerben der zweiten und folgenden Anteile hintanhalten, wodurch gleichzeitig einer gewissen Art von ungesunder Spekulation in der Unterbringung von Kapital in Bankanteilen Schranken gesetzt würden.

In der Diskussion, die sich über die Begründung des Dr. Bajonski entspann, ergriffen das Wort: die Herren Waliszewski, M. Zablocki, Kontrowicz, Kaczmarek, Rzepecki und Dr. A. Chlapowski. Sämtliche Redner waren im Prinzip mit dem unterbreiteten Vorschlag einverstanden; die einen schlugen jedoch vor, die Skala beim zweiten Anteil und bei den folgenden Anteilen zu erhöhen, andere rieten, dem Reservefonds satzungsgemäß 15 Prozent zu überweisen, wieder andere, in Zukunft höchstens 6 Prozent Dividende zu bewilligen.

Im Namen des Vorstandes bestanden auf der vorgeschlagenen Skala die Direktoren Brylinski und Dr. Bajonski, betonend, fürs erste müsse der Zufluß von Kapital für Anteile begrenzt werden; dagegen liege es nicht im Interesse der Bank, den Kapitalzufluß vollständig zu unterbinden. Übrigens — bemerkte Direktor Brylinski — könne der Vorstand unabhängig von den geänderten Satzungen den Beitritt zur Bank dadurch beschränken, daß er bei Kandidaten für die zweiten und die nächstfolgenden Anteile erkunde, ob die betreffende Person gegebenenfalls tatsächlich in der Lage wäre, für jeden ihrer Anteile mit 2000 ℳ zu haften.

Nach Erschöpfung der Diskussion ließ der Versammlungsleiter über die vorgeschlagene Änderung abstimmen; für den Vorschlag erklärten sich über $^3/_4$ der anwesenden Mitglieder, wodurch die Änderung angenommen wurde.

Nach Verlesung des Protokolls und Unterzeichnung desselben durch die Anwesenden wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Nr. 61 des Kurjer Poznański (Posen) vom 16. März 1910:

Posen, den 15. März.

Von den Genossenschaften der Industriellen.

Man kann manchmal lesen von der Hebung des Handwerkerstandes durch Gründung eigener Banken der Industriellen. Es wird wohl aber viele ungläubige Thomasse geben, die nicht daran glauben, daß in dieser Gestalt Hilfe nahen könnte.

Theoretisch sind nur möglich Aktiengesellschaften, oder Vereine — nicht Genossenschaften — mit beschränkter Haftpflicht oder Genossenschaften. Aktiengesellschaften m. b. H. kommen nicht in Betracht, da für dieselben größere Einlagen von den betreffenden Mitgliedern notwendig sind, von welchen man in unserer Gesamtheit nicht einmal träumen kann. Es verbleiben also nur Banken, die, wie unsere Volksbanken, nach den Genossenschaftsgrundsätzen aufgebaut sind, sei es mit beschränkter, sei es mit unbeschränkter Haftpflicht. Um Kredit gewähren zu können, müssen die Genossenschaften Geld, das Umsatzkapital besitzen.

Dieses Geld wird von den Genossenschaften gesammelt:

a) aus den Anteilen der einzelnen Mitglieder,
b) aus den Depositen,
c) aus Darlehen von fremden Banken.

In diese Genossenschaften der Industriellen werden ohne Rücksicht auf die beschränkte oder unbeschränkte

Haftpflicht überwiegend Gewerbetreibende eintreten, und das nicht zum Zwecke der Sichbereicherung durch hohe Dividenden, sondern zum Zwecke der Ausnutzung des Kredits, den die Genossenschaft gewähren soll. Ein solches Mitglied wird seinen Anteil nicht auf einmal einzahlen, sondern gewöhnlich in kleinen jährlichen Raten von einigen Mark.

Aus den Anteilen wird man also auf das Umsatzkapital nicht rechnen können. *Depositen* wird die Genossenschaft der Gewerbetreibenden nicht in solcher Höhe sammeln, um das Geld als Umsatzkapital verwenden zu können. Es ist daran festzuhalten, daß man die Genossenschaften der Gewerbetreibenden zwecks Gewährung von Kredit an die Gewerbetreibenden gründen will. Wer Kredit sucht, der kann doch nicht verlangen, daß man ihm seine Ersparnisse anvertraut, und die eigens zwecks Wahrnehmung der Gewerbetreibendeninteressen gegründete Genossenschaft wird nur ausnahmsweise Nichtindustrielle zu ihren Mitgliedern zählen. So wird es sein, auch wenn die Genossenschaft auf unbeschränkte Haftpflicht gegründet sein sollte. Einem noch größeren Mißtrauen wird natürlich eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht begegnen. Mit *den Darlehen aus fremden Banken* wird es ebenso sein, wie mit dem Darlehen des einzelnen Industriellen. Wenn es schon heute dem einzelnen Gewerbetreibenden schwer fällt, ein Darlehen zu erhalten, aus welchem Grunde, und auf Grund welcher Sicherheit könnte dann eine Genossenschaft, die überwiegend aus Industriellen besteht, auf größeren Kredit rechnen?

Also: Weil eine Bank vor allen Dingen Geld haben muß, und die Genossenschaften der Industriellen — natürlich mit Ausnahmen — solches von vornherein nicht haben und auch für die nahe Zukunft keine Aussichten hat, solches zu erhalten, so werden diese Genossenschaften sich nicht so entwickeln, um den Gewerbetreibenden Hilfe leisten zu können.

Unser Handwerkerstand befindet sich im Anfangsstadium seiner Entwicklung, und die Schaffung von Banken, die nur den Interessen nur einer Schicht der Gesamtheit dienen, ist die Krone ihrer Entwickelung. Nur Kapital- oder Kreditkräftige gründen Banken.

Wer die Parole der Gründung von Genossenschaften eigenen Gewerbetreibenden aufwirft, der möge es nicht vergessen, daß er damit gleichzeitig zum Kampfe auffordert, und zwar zum Angriffskampfe gegen Bankinstitutionen anderer oder verbundener sozialer Schichten der Gesamtheit. In diesem Kampfe muß der Industrielle unterliegen. Werden in jeder Stadt und jedem Städtchen Genossenschaften der Industriellen existieren, so wird man den schwachen Industriellen, der bei anderen Genossenschaften Kredit suchte und auch fand, an seine Gewerbetreibendengenossenschaft schicken. Diese Bank wird aber dem Schwachen aus Angst vor Verlusten und Mangel an Kapitalien weder den Kredit gewähren wollen noch können.

Der Gedanke der Gründung von eigenen Banken der Gewerbetreibenden ist nicht auf dem Hintergrunde des Fehlens des allgemeinen Kapitals in der Gesamtheit entstanden, die die nötige Vermittelung von Kapital für die einzelnen Schichten untereinander, also der Industriellen unter den Industriellen, übernehmen würde. Jeder weiß es, daß es in unserer Gesamtheit an *Kapitalien*, die den Gewerbetreibenden nötig sind, nicht fehlt, — davon zeugen Millionen von Depositen in unseren Genossenschaften. Dieser Gedanke ist — im Gegenteil — entstanden auf Grund der Behauptung, daß es an Geld nicht fehle, daß dasselbe aber *dem Gewerbe verschlossen bleibe*, daß von den Millionen, die in unseren Genossenschaften liegen, das Gewerbe keinen Nutzen habe.

Es geht hier nicht um die Feststellung, ob und inwieweit dieser Vorwurf begründet ist. Doch unlogisch denkt derjenige, der diesen Vorwurf gegen die Genossenschaften richtet, bei denen die Millionen liegen. Die Genossenschaften sind nicht dazu da, sich in auf jeden Fall spekulative gewerbliche Geschäfte einzulassen. Übrigens sind sie nicht die Herren jener Millionen, sondern die Deponenten, die dieselben bei ihnen hinterlegten. — Nur die Deponenten haben das Recht, zu entscheiden, was mit ihrem Kapital geschehen soll. Gegen die Genossenschaften kann einzig nur der Vorwurf gerichtet werden, daß sie den Industriellen nicht den *berechtigten Kredit* verleihen, wenn diese sich um ein Darlehen bemühen. Es muß anerkannt werden, daß ein solcher Vorwurf manchmal berechtigt ist.

Über die Gewährung von Kredit entscheiden in unseren Genossenschaften der Vorstand bzw. der Vorstand und der Aufsichtsrat. Wie jeder, unterliegen auch diese Irrtümern.

Es ist zu bezweifeln, ob heute noch Genossenschaften existieren, die im Prinzip dagegen wären, mit den Gewerbetreibenden zu arbeiten. Es gibt aber Genossenschaftsleiter, die ihr Mißtrauen gegen die Gewerbetreibenden ein wenig zu weit treiben. Es ist fraglich, was besser ist, der Glaube an die Tüchtigkeit der Industriellen oder die übermäßige Vorsicht. Diese Frage kann nicht allgemein, sondern muß von Fall zu Fall entschieden werden. Irrtümer kommen indes immer vor. Es wäre daher sehr nützlich, bei Gewährung von Kredit an die Gewerbetreibenden so zu verfahren, daß Irrtümer möglichst selten vorkommen würden.

Es ist den Nachbarn bekannt, wie jeder sitzt. — Die Gewerbetreibenden kennen einander am besten. Dieses resultiert notwendigerweise aus der Art und Weise ihrer Tätigkeit und ihrer Bemühungen um die Arbeit. Mögen also die Gewerbetreibenden es selbst entscheiden, wer und inwieweit jeder von ihnen eines Kredits würdig ist. Damit sie sich nicht überschätzen und leichtsinnig einschätzen, mögen sie für den eventuellen, durch ihre falsche Schätzung eingetretenen Schaden verantwortlich sein.

Die Vertreter unserer Gewerbetreibenden in unserer Gesamtheit sind die *Vereine der Industriellen*. Mögen diese unter sich einen Ausschuß wählen, dessen Aufgabe es sein wird, jeden sich um Kredit bemühenden Industriellen abzuschätzen. Diese Abschätzung mögen sie der am Ort existierenden Bank mitteilen, und es besteht kein Zweifel, daß diese dem Gewerbetreibenden auch den gewünschten Kredit gewähren wird. Damit nun die Bank nicht Verlusten ausgesetzt werde, müßten alle Gewerbetreibenden, die die Bank in Anspruch nehmen, sich rechtlich verpflichten, für jeglichen Schaden verantwortlich zu sein, der der Bank in den vom Ausschuß angegebenen Grenzen der Gewährung von Kredit entstehen würde.

Durch ein solches Verfahren wird beiden Teilen geholfen sein. Und mit diesem Vorschlag kann sich jeder einverstanden erklären, der für die Gründung von eigenen Genossenschaften der Gewerbetreibenden ist. Denn was will ein solcher Mensch noch mehr? Den rechtlichen Kredit gewährt der Ausschuß der Gewerbetreibenden, den man mit dem Vorstand der Genossenschaft der Industriellen vergleichen könnte, was die Tätigkeit der Akkreditierung anbetrifft. *Das Geld ist immer da*, denn die Bank, die mit den Gewerbetreibenden durch Vermittelung des Ausschusses arbeitet, hat genug Umsatzkapital. Dieses Kapital würde aber nicht die Genossenschaft der Industriellen

besitzen. Und die Verantwortlichkeit ist dieselbe wie bei den Genossenschaften der Industriellen. In beiden Fällen ist der Gewerbetreibende verantwortlich.

Außerdem würden die Gewerbetreibenden sich die Kosten der Verwaltung einer eigenen Genossenschaft sparen und sich nicht der Geringschätzung und dem völligen Verlust des Kredits aussetzen, wie es einer eigenen Genossenschaft der Gewerbetreibenden ergehen würde, die in der größten Zahl der Fälle, wie anzunehmen ist, doch nur ohne nennenswerte Erfolge vegitieren würde. Wer mit diesem Vorschlag nicht einverstanden ist, der muß Gründe für seine Unzufriedenheit haben. Unzufrieden wird nur derjenige sein, der nicht mit seinem Vermögen für die falsche Taxierung des Kredits durch den Ausschuß haften möchte. Ein solcher wird auch nicht der Genossenschaft der Industriellen beitreten. Unzufrieden wird weiter derjenige sein, der da befürchtet, vom Ausschuß nicht als kreditwürdig befunden zu werden. Ein solches Mitglied würde wohl auch einer Genossenschaft der Industriellen keine Hauptstütze sein.

Bromberg.

Dr. Josef Englich.

Aus Nr. 58 des Lech (Gnesen) vom 12. März 1910:

Aus unseren Parzellierungsbanken.

Unsere Parzellierungsbanken erfreuen sich der traurigen Meinung, daß ihr ganzes Bestreben die Erreichung der höchsten Vorteile sei, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihren Kunden ruinieren und den ihm verkauften Boden dem Verfall aussetzen. Wenn bei uns über die räuberische Wirtschaft unserer Parzellierungsbanken gesprochen wird, so hat man in erster Linie zwei Posener Banken im Auge, nämlich die landwirtschaftliche Parzellierungsgenossenschaft und die Parzellierungsbank.

In diesen Tagen erschienen die Jahresrechenschaftsberichte dieser unserer „Rettungsinstitutionen", die ein interessantes Licht auf die Art und Weise ihres Geschäftemachens werfen. Mögen die Zahlen sprechen: Bei insgesamt 856 923 Mark Anteilen waren 131 552 Mark Gewinn, und zwar 52 938 Mark Zinsen. Rückständige Zinsen 21 349 Mark. Provisionen 12 184 Mark. Parzellierungen 41 814 Mark und Pacht 3 265 Mark. Charakteristisch sind unserer Ansicht nach zwei Zahlen, und zwar die große Summe der rückständigen Zinsen, die da beweist, daß sich die Klienten der Genossenschaft in einer sehr traurigen Lage befinden, und die Summe der Provisionen, von welchen man nicht genau weiß, wofür sie genommen wurden.

Von diesen Gewinnen haben einen riesigen Teil die Geschäftsunkosten verschlungen, nämlich 51 307 M., das ist das Gehalt der Herren Direktoren, Beamten usw. Außerdem wurden von den Gewinnen 28817,97 M. zu dem Fonds der zweifelhaften Forderungen abgeschrieben. Hierbei hat man den Eindruck, als sollte diese Summe zur Deckung der schon bestehenden Verluste dienen, die man vor den Augen der Generalversammlung verbergen möchte.

Zur Disposition der Generalversammlung verblieben nur 40 225 M. Was die Gewinnverteilung in dem Rechenschaftsbericht anbelangt, so gibt dieser keinerlei Vorschläge an. Der Rechenschaftsbericht ist überhaupt so armselig, daß er keine Übersicht über die Art der Geschäftsführung der Genossenschaft, gibt. Daß dieses nicht ohne ausdrückliche Absicht geschehen ist, unterliegt für uns keinem Zweifel.

Soviel scheint sicher zu sein, daß die Genossenschaft für die Aufhäufung der größten Fonds bestrebt ist. Und so betragen die Reservefonds schon über 400 000 M., der Pensionsfonds 132 000 M. und der Fonds der zweifelhaften Forderungen 48 000 M., also zusammen beinahe 600 000 M.

Die Genossenschaft hat es also verstanden, in den 16 Jahren ihres Bestehens, einen solchen Fonds zusammenzuhäufen. Wenn man hierbei betrachtet, daß die Pensionen, Tantiemen und Gratifikationen in dieser Zeit geradezu riesige Summen verschlungen haben, so kann man sich über die riesigen Gewinne, welche die Genossenschaft erreichte und über die Mittel, mit deren Hilfe solches möglich war, einen Begriff machen. Im verflossenen Jahre betrugen die Tantiemen und Gratifikationen nur 16 430 M.

Und nun die Parzellierungsbank. Das Mißverhältnis zwischen dem Anlagekapital und dem Gewinn springt hier noch mehr in die Augen. Anteile hat die Parzellierungsbank überhaupt nur 243 815 M.

An Gewinn erreichte die Bank 345 562 M. Die größte Position umfaßt die Gewinne aus den Parzellierungen, die 282 690 M betragen. Weil die Bank nur 5400 Morgen parzelliert bzw. verkauft hat, so verdiente die Bank durchschnittlich an einem Morgen 52 $^1/_2$ M.

Dazu kommen noch die 28000 M. erhaltener Provisionen, sowie nicht ganz 35 000 M. Zinsen hinzu.

Die Gewinne verteilen sich folgendermaßen: Die Geschäftskosten, d. h. das Gehalt der Vorstandsmitglieder und der Beamten 47 505 M., die Verwaltungskosten der Immobilien 26 583 M. Gerichtskosten 1695 M., Verluste bei Rückgängigmachung von Käufen 6960 M. Verluste an den Schuldnern 19 773 M., für Immobilien in Abrechnung gebracht 603 M., sodaß zur Verteilung ein Reingewinn von 242 440 M. verbleibt, das ist fast soviel, wie die Summe der Anteile beträgt.

Das ist ein so riesiger Gewinn, daß sich unwillkürlich jeder die Frage stellt, auf welchem Wege ist dieser Gewinn erreicht worden?

Auf diese Frage gibt augenscheinlich der Rechenschaftsbericht der Bank keine Antwort, es sind jedoch darin gewisse Fingerzeige, die zu gewissen Annahmen berechtigen.

Für Gerichtskosten und für Rechtsanwälte zahlte die Bank 1695 M. Das sind augenscheinlich Kosten für verspielte Prozesse mit Kunden, wenn sie gewonnen worden wären, so hätte sie die Bank tatsächlich auf die gegnerische Seite abgewälzt.

Sobald also die Bank Prozesse verlor, dann mußte die Sache nicht ganz rein gewesen sein.

Ähnliche Vermutungen erweckt die Position: Verlust infolge Rückgängigmachung von Käufen, der 6960 Mk. beträgt. Wenn es dem Käufer gelungen ist, vom Kontrakt zurückzutreten und sich aus dem Netz, mit welchem ihn der in dieser Hinsicht bekannte Meister Sikorski umgarnt hat, herauszuwinden, so hatte gewiß die Sache einen Haken, denn sonst würde der Herr Direktor den Vogel aus seinem Garn nicht ohne Prozeß herausgelassen haben.

Noch eine Frage: Für was nahm die Bank 28 000 Mark Provision? Die Eingeweihten sprechen darüber allerlei, für die Gesamtheit bleibt dieses jedenfalls ein Brief mit sieben Siegeln.

Aus den anderen Umsatzzahlen erwähnen wir noch folgendes: Die Reservefonds betragen insgesamt 498 730 Mark, also beinahe $^1/_2$ Million, in diesen sind nur 12 579 Mark Pensionsfonds enthalten. Wenn die Vorschläge des Aufsichtsrates bezüglich der Teilung des diesjährigen Gewinns berücksichtigt werden, dann werden die Fonds 605 244 Mark betragen. Das ist im Verhältnis zu der kurzen Zeit des Bestehens

der Bank eine riesige Summe, jedoch ist sie im Verhältnis zu der der Depositen, 4318597 Mark, und im Verhältnis zu den Geschäften, welche die Bank macht, nicht allzugroß.

Aus dem Vorschlag des Aufsichtsrates geht hervor, daß beinahe die Hälfte der Einnahme, es sind dies 107000 Mark, dem Reservefonds übertragen werden soll; der Rest der Summe von insgesamt 243845 Mark soll unter die 1500 Mitglieder verteilt werden. Wenn man also den ganzen Gewinn unter die Anteilbesitzer verteilen wollte, so kämen auf jeden 55%. Die Parzellierungsbank schämt sich wenigstens nicht, sich offen zu den riesigen Gewinnen zu bekennen, und macht es nicht wie eine andere Posener Bank, die hohe Gewinne erreicht hat und sie auf drei Jahre verteilen mußte.

Die obigen Zahlen werden so manchen die Augen über die „Rettungsarbeit" unserer Parzellierungsbanken öffnen. Vielleicht findet sich jemand in der Generalversammlung, der dieser Tätigkeit ein paar Worte widmen wird, wenn auch dieses vielleicht dieselbe Wirkung haben wird, wie das Werfen mit Erbsen an die Wand.

Unsere Presse schreibt viel über die große Weltpolitik, sie sieht aber nicht den Schmutz und den Kehricht im eigenen Hause.

Bei dieser Gelegenheit fragen wir den Prälaten Wawrzyniak, was mit der Sache der landwirtschaftlichen Parzellierungsgenossenschaft geschehen ist, die man ihm zur Untersuchung übergeben hat. Seit dieser Zeit sind mehrere Wochen verflossen, aber über das Ergebnis der Untersuchung ist nichts zu hören. Hier ist Aufklärung notwendig.

Aus Nr. 59 des Kurjer Poznański (Posen) vom 13. März 1910:

Der Ankündigung entsprechend fand gestern abend im katholischen Hause die jährliche Generalversammlung des sozial-hygienischen Vereins bei einer verhältnismäßig zahlreichen Beteiligung der Mitglieder wie auch der eingeladenen Gäste, von welchen den größten Teil Damen bildeten, statt.

An Stelle des anfangs abwesenden Vorsitzenden des Vereins, Herrn Rats Fr. Chlapowski, eröffnete die Versammlung mit einer entsprechenden Ansprache der zweite Vorsitzende, Herr v. Osten. Letzterer übergab die Leitung Herrn Dr. Sigismund Suldrzynski, der seinerseits den Geistlichen Zakrzewski aus Posen zum Schriftführer berief.

Nach Erledigung der einleitenden Formalitäten referierte der Schriftführer Dr. Adam Karwowski über die Tätigkeit des Vereins in den letzten zwei Jahren. Am Anfang seines Referats gedachten Redner der verstorbenen Mitglieder, deren Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Das hauptsächlichste Feld der Vereinstätigkeit bildete die Heilanstalt in der Ritterstraße. Im Jahre 1908 suchten in ihr 643 Personen ärztliche Hilfe, im folgenden Jahre stieg die Zahl auf 1060, ein schöner Beweis der bedeutenden Entwickelung der Heilanstalt. Öffentliche Vorträge konnte der Verein in der Berichtszeit infolge des Sprachenparagraphen nicht halten. Die Samariter- oder Krankenschwesternschule macht gute Fortschritte, obwohl die weitere Ausbildung zurzeit eingestellt wurde. Im verflossenen Jahre unternahm der Verein Schritte gegen die sich in Posen immer mehr vermehrenden Lokale mit Damenbedienung und machte zu diesem Zwecke eine Eingabe an die Repräsentation der Stadt, was zur Folge hatte, daß bald die Verfügung erlassen wurde, diese Lokale schon um 9 Uhr abends zu schließen.

Aus dem ganzen Bericht ist zu entnehmen, daß der Verein mit einem Wort sehr vieles für das Wohl der Gesamtheit geleistet hat.

Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1908 sind an Beiträgen gezahlt worden 341,25 M, an außerordentlichen Beiträgen flossen ein 120 M. Die Gesamt-Einnahme betrug 826,81 M, die Ausgabe 803,95 M. Auf das Jahr 1909 gingen also über 22,86 M. Im Jahre 1909 sind im ganzen eingenommen worden 851,44 M. Die Ausgabe betrug 1072,73 M. Es blieb also ein Defizit von 221,29 M. Letzteres ist damit zu erklären, daß noch nicht alle Beiträge für 1909 eingegangen sind.

Dem Schatzmeister wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Nach Erledigung der internen Angelegenheiten referierte Domherr Zimmermann über die Notwendigkeit von Krankenschwestern auf dem Lande. In der Einleitung erörterte Referent Zweck und Aufgabe der Krankenschwestern und hob hervor, daß der sozialhygienische Verein nur deswegen die Ausbildung der Krankenschwestern übernommen hätte, um der Landbevölkerung, die nicht gleich Ärzte zur Disposition habe, zu Hilfe zu kommen. Es ginge aber nicht so sehr um die ärztliche Hilfe als darum, die Diät und die ärztlichen Vorschriften inne zu halten. Es sei nämlich eine bewiesene Tatsache, daß nicht infolge Fehlens ärztlicher Hilfe, sondern gerade infolge Fehlens der gehörigen Pflege und wegen der schlechten Wohnverhältnisse auf dem Lande so und soviele Leute ein vorzeitiges Grab fänden.

In den Dominialdörfern, wo die Krankenpflege die Gutsbesitzersfrau ausübt, gehe es noch zur Not. Trostlos sehe die Sache auf den reinen Bauerndörfern aus.

Zu Krankenschwestern müßten sich nach Möglichkeit selbständige Personen, wie Töchter der Bauern und Häusler melden. Die Krankenpflege müßte aber nicht ihre Haupttätigkeit bilden, sondern nur so neben der gewöhnlichen Arbeit, im Nebendienst, ausgeübt werden.

Es hätten sich nämlich Personen gemeldet, die meinten, für diese Tätigkeit würden sie eine Entschädigung erhalten. Diese Meinung sei irrig. Der Verein könne keine Entschädigung zahlen, es sei denn in den allernotwendigsten Fällen.

Im ersten Jahre hätten sich nur einige Personen gemeldet, im zweiten Jahre schon 32. Der Ausbildungskursus zur Samariterin dauere 6 Wochen. Im ersten Jahre habe man 5, im zweiten Jahre 6 Pflegerinnen ausbilden können. Von jetzt ab würde der Verein die Schülerinnen in den Krankenhäusern unterbringen können — wie man dem Vorstand versichert habe —, aber die Ausbildungszeit würde dann ein ganzes Vierteljahr dauern. Redner schließt seine Ausführungen mit einem Appell an die ländlichen Gutsbesitzer und die Dorfgeistlichen, die Bestrebungen des Vereins in der Ausbildung von Krankenpflegerinnen materiell zu unterstützen. Leider war aus den Kreisen, denen der Appell galt, — wie wir bemerkten — niemand zugegen.

Der folgende Redner war Herr Dr. Gantkowski, welcher einen interessanten Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Hygiene in Polen hielt. Redner stellte fest, daß die Grundsätze, der Hygiene von verschiedenen Völkern schon in den ältesten Zeiten beachtet wurden. — Die Anfänge der neuzeitigen Hygiene seien erst im 13. Jahrhundert zu bemerken. Auch Polen hätte im 13. Jahrhundert schon um die Mittel und hygienischen Vorkehrungen gewußt und sie angewendet. Von den hygienischen Institutionen seien in Polen in den ältesten Zeiten zum Beispiel Wasserleitungen und Badeanstalten bekannt gewesen. Redner ging dann zur Besprechung der neueren hygienischen Vor-

kehrungen in Russisch-Polen und Galizien über, die in den beiden Teilen unseres Landes auf der Höhe der Zeit ständen. Der Referent sprach besonders über die Hygiene im preußischen Anteil, in unserem Großherzogtum, das in Hinsicht der hygienischen Vorkehrungen mindestens auf gleicher Höhe mit den beiden anderen Anteilen stehe. Wir hätten, namentlich in Posen, vorzügliche Wasserleitungen, eine Kanalisation, Sanatorien, hygienisch ausgestattete Krankenhäuser und andere ähnliche staatliche Institutionen. In anbetracht dessen würde man meinen können, daß von seiten unserer Gesamtheit keine Arbeit mehr notwendig sei. Es gebe aber einen Riegel, und dieser Riegel sei die Sprache. Wir Ärzte seien dagegen der Meinung, daß man die hygienischen Grundsätze nur in der Muttersprache einimpfen könne. Die staatliche Hygiene benehme sich gegen die Polen sehr eigentümlich. Redner erinnere nur an den internationalen hygienischen Kongreß, der vor 2 Jahren in Berlin stattgefunden habe. In gerade derselben Zeit habe man Drzymala befohlen, seinen Zigeunerwagen, der ihm den einzigen Schutz geboten habe, zu verlassen.

Große Verdienste um den Gesundheitszustand unserer Kinder habe sich bei uns der Verein der sanitären Stationen und der Ferienkolonien Stella erworben. Leider bringe die Gesamtheit dieser erhabenen Institution nicht das richtige Verständins entgegen, denn sonst würde man nicht nur die Hälfte der sich meldenden Kinder unterbringen können.

Auch die Sokolturnvereine bildeten einen wichtigen Faktor in der Entwickelung der Hygiene. Doch auch diese Vereine fänden in der Gesamtheit nicht die Unterstützung, die sie wirklich verdienten.

Eine sehr nützliche Institution seien ebenfalls die bei uns durch edeldenkende Damen gegründeten Kindergärten. Aber diese Gärtchen bildeten nur kleine Streifen Land, auf welchem sich die Kinder nur mit Mühe bewegten. Würde die Gesamtheit die Bedeutung solcher Gärten anerkennen, so müßte in Posen ein großer Garten nach dem Vorbild des Jordanparks in Krakau oder des Ranagartens in Warschau entstehen. Es sei notwendig, ähnlich wie in Russisch-Polen und Galizien, bei uns eine eigene Zeitschrift für Hygiene zu gründen. Mit einem Wort, bei uns müßte auf dem Felde der Hygiene eine gründliche Reorganisation erfolgen, man müßte in Posen einen hygienischen Zentralverein mit Zweigvereinen in der Provinz gründen. Die Hygiene sei nämlich ein Teil des Nationalvermögens, das man nicht nur hüten, sondern auch vermehren müßte.

Dem Referenten dankte man mit stürmischem Beifall.

Über die Referate des Domherrn Zimmermann und des Dr. Gantkowski entspann sich eine ziemlich lebhafte Diskussion, an der sich die Herren: Professor Dr. Karwowski, Rat Fr. Chlapowski, v. Osten, Dr. Adam Karwowski und Dr. Franz Zakrzewski beteiligten. Letzterer wandte sich mit einem Appell an die Frauen und Jungfrauen aus der Intelligenz, sich doch auch der Arbeit der Samariterinnen zu widmen und damit die Idee der Hygiene zu propagieren.

Herr Dr. Adam Karwowski machte auf die Tätigkeit des evangelischen „Vaterländischen Frauen-Vereins" aufmerksam, dessen Ziele den Polen zur Genüge bekannt seien. Angesichts dieser Tatsache wünschte Redner, daß sich dem Samariterdienst möglichst viel Frauen widmen sollten. Gut wäre es, in den kleinen Städten Zweigstellen des sozial-hygienischen Vereins oder Vertrauensmänner zu besitzen, denn infolge Fehlens von Badeanstalten in diesen Städten ließe dort der Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig.

Domherr Dr. Zimmermann war der Meinung daß Posen noch zu wenig öffentliche Badeanstalten besitze und forderte die Stadtverordneten auf, beim Magistrat eine Vermehrung solcher Anstalten zu beantragen.

Nach Schluß der Diskussion schritt man zur Wahl des Vorstandes und des Ausschusses des Vereins. An Stelle der Frau Helene Leitgeber, die aus dem Ausschuß ausgeschieden ist, ist Fräulein Dr. Zniniewicz gewählt worden. Im übrigen ist der Vorstand wie der Ausschuß derselbe geblieben. Es wurden nur noch 2 Mitglieder Dr. Zakrzewski und Johann Jackowiak in den Vorstand kooptiert.

Aus Nr. 55 des Kurjer Poznański (Posen) vom 9. März 1910:

Die Ostdeutsche Ausstellung in Posen.

In der gestrigen Nummer des Dziennik Poznanski lesen wir bezüglich der Ostdeutschen Ausstellung folgendes:

Wie wir erfahren, werden die Inhaber der größeren polnischen Firmen in Posen in nächster Zeit zusammenkommen, um hinsichtlich der Teilnahme an der Ausstellung zu beraten.

Im Hinblick auf diese Mitteilung fragten wir bei mehreren hervorragenden Fabrikanten an, ob ihnen von einer solchen Beratung etwas bekannt sei, worauf wir von sämtlichen eine verneinende Antwort erhielten. Andererseits glauben wir nicht, daß der Dziennik Poznanski die oben erwähnte Auslassung unbegründet wiedergegeben hätte. Angesichts dessen ist es nicht ausgeschlossen, daß jene Beratung im Kreise der Anhänger der Ostdeutschen Ausstellung abgehalten werden wird

---

Aus Nr. 60 des Postęp (Posen) vom 15. März 1910:

In der ostmärkischen Ausstellung, die im nächsten Jahre stattfindet, wollen die Deutschen eine eigene Abteilung für Kirchenkunst einrichten. Mit dieser Angelegenheit soll sich speziell der Professor Kaemmerer, der Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, befassen. In der Erkenntnis, daß die Polen sich nicht allzu sehr für die Ausstellung, der man von vornherein den alldeutschen Charakter verlieh, erwärmen, suchen die Deutschen nach Mitteln, um auf dieselbe möglichst viele polnische Wundertiere zu locken. Die Deutschen. erwarten namentlich von der Geistlichkeit eine freudig e Unterstützung des Projekts. Unseres Erachtens müßte die Geistlichkeit eine abweisende Stellung einnehmen und nichts zur Verherrlichung der ostmärkischen Ausstellung beitragen.

Aus Nr. 54 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 8. März 1910:

Sonderbare Verhältnisse bilden sich auf kirchlichem Gebiete in unseren Gegenden heraus. Die Lehrer und und verschiedene andere Verbreiter der Kultur fühlen sich dazu berufen, die Tätigkeit der Geistlichen, und namentlich der polnischen, zu kontrollieren. Wenn ihnen irgend eine Tätigkeit dieser nicht gefällt — so denunzieren sie die Geistlichen, aber nicht bei der kirchlichen Behörde, sondern gewöhnlich beim Landrat oder beim Oberpräsidenten. Letzterer wendet sich dann gewöhnlich an

die geistliche Behörde und verlangt nach seiner Weise die Erledigung der gegebenen Sache.

Es scheint uns, daß diese Art des Verfahrens der geistlichen Behörde und den Geistlichen im hohen Maße zu nahe tritt. Die weltliche Behörde hat in kirchlichen Sachen nichts zu sagen, umso weniger, als sie lutherisch ist. Die geistliche Behörde müßte einmal etwas mehr Energie zeigen und dem Oberpräsidenten sagen, daß die Kirche keine Kaserne und auch kein Kommissarbureau ist, und daß weder der Landrat noch der Oberpräsident die Vorgesetzten der Geistlichen sind. Das Denunzieren der Geistlichen, namentlich wenn die Denunzianten nur deshalb in die Kirche gehen, um Material zu sammeln (wie das während des Schulstreiks vielmals festgestellt wurde), ist eine gemeine Prozedur.

Gegenwärtig hat man wieder den Propst Sypniewski aus Rosko denunziert, weil er in der Kirche ein Gebet für das Polenreich hergesagt hat. Es stellt sich heraus, daß der Denunziant diese Tatsache erdacht hat, aber trotzdem befaßte sich die kirchliche Behörde mit der Sache erst dann, als sie der Oberpräsident von der angeblichen Übertretung des Propstes Sypniewski in Kenntnis setzte.

Das Denunzieren der Geistlichen wird wenigstens teilweise dann aufhören, wenn die geistliche Behörde dieses Denunzieren so behandeln wird, wie es sich gehört, und wie es das Sichhineinmischen der weltlichen Behörden in kirchlichen Angelegenheiten verdient.

Aus Nr. 55 des Lech (Gnesen)
vom 9. März 1910:

Die polnische Presse in der Beleuchtung der Amtskatholiken.

Seit einer Reihe von Jahren existiert in Posen ein Verlag unter dem Titel: „Übersicht der polnischen Tagesliteratur", redigiert von einem großen Polizeibeamten. Aus dieser Übersicht schöpfen vor allem die Behörden, welche die nationalpolnische Bewegung verfolgen, wie die Polizei, die Staatsanwaltschaft, die Regierung usw. Diese Schrift wird in der Druckerei des im hakatistischen Solde stehenden Posener Tageblatts gedruckt; deshalb bringt auch dieses Blatt fast in jeder Nummer Nachrichten über polnische Angelegenheiten mit entsprechenden Kommentaren und zwar in seiner Beleuchtung.

Diese Art des Bespionierens der polnischen Arbeit hat man seit der Einführung des neuen Vereinsgesetzes, das, wie bekannt, der Polizei den Zutritt zu den polnischen Vereinen und zu den geschlossenen Gesellschaften erschwert, noch verschärft.

Man macht nunmehr noch größere Anstrengungen, und zwar nicht allein hinsichtlich des Kontrollierens der polnischen Presse des preußischen Anteils, sondern auch hinsichtlich der des Auslandes. Es ist ein besonderer Verlag in einer der schlesischen Grenzstädte eingerichtet worden, der sich insbesondere mit dem Sammeln interessanter Nachrichten aus der ausländischen polnischen Literatur befaßt.

Zu den Blättern, welche die Deutschen über unsere Presse in ungünstigem Sinne informieren, gehört auch die in Krotoschin erscheinende Katholische Rundschau. Diese Zeitung soll angeblich der Verteidigung der Interessen der deutschen Katholiken in den polnischen Landesteilen dienen, in Wirklichkeit aber dient sie der Verbreitung der hakatistischen Bestrebungen unter unseren deutschen Glaubensgenossen, indem sie das Vertrauen der deutschen Katholiken zu unserer geistlichen Behörde untergräbt. Für diese seine Tätigkeit erfreut sich das Organ der Amtskatholiken der Anerkennung der Behörde, und es bekommt sogar eine ziemlich bedeutende staatliche Beihilfe.

Bekanntlich sind die Katholiken in Deutschland in der Zentrumspartei organisiert, deren Aufgabe es ist, die katholischen Interessen im Reiche zu verteidigen.

Gegen diese katholische Organisation tritt das katholische Organ, die Katholische Rundschau, mit allem Eifer auf und bemüht sich nach Kräften, unter den deutschen Katholiken in den polnischen Gegenden Zwietracht zu stiften. Den Polen gegenüber nimmt das Blatt eine geradezu feindliche, hakatistische Stellung ein.

Die polnische Presse denunziert es, indem es aus dem Zusammenhange gerissene Teile aus den polnischen Zeitungen bringt. In letzter Zeit bringt dieses Blatt eine besondere Beilage unter dem Titel „Stimmen aus der polnischen Presse", die mit Material aus dem oben genannten Polizeiorgane versehen wird.

Auf diese Weise also gibt die Katholische Rundschau ihren Lesern eine Übersicht über die polnische Presse. Alle Einzelheiten, welche die Polen betreffen, stellt das Blatt außerdem im falschen Lichte dar und nährt somit den Haß gegen uns. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Katholische Rundschau neben den dem Hakatismus geleisteten Diensten auch systematisch antipolnische Politik betreibt und dem Protestantismus den Weg ebnet.

Aus Nr. 54 des Postęp (Posen)
vom 8. März 1910:

Die Germanisation durch die Kirche.

Aus der Stadt, im März.

Wir lesen heute, wie die Germanisation sich durch die Kirche nach Westpreußen und Oberschlesien eindrängt; auch bei uns — im Großherzogtum — vollendet sie langsam ihr Werk. Wenn man nur statistisch nachweisen würde, wie viel deutsche Predigten und Gottesdienste man unnötigerweise in unseren polnischen Kirchen eingeführt hat, wahrlich, wir würden darüber erstaunen. Diese Germanisation sticht sogar seit einiger Zeit in einigen Posener Kirchen nach außen hin in die Augen. Man hängte — übrigens eine sehr lobenswerte Einrichtung — ein Verzeichnis der Gottesdienstordnung in den verschiedenen Kirchen aus. Neben dem polnischen Verzeichnis befindet sich auch ein solches in deutscher Sprache. Ich frage, für wen? Für die Deutschkatholiken, wird man mir von kompetenter Seite antworten. Indessen machen die deutschen Katholiken von diesen parochialen Ankündigungen und Gottesdiensten keinen Gebrauch, da sie hierorts die schöne und geräumige Franziskanerkirche haben, die ihnen vollständig ausreicht, ja, für sie sogar zu groß ist. Würden nämlich die polnischen Katholiken diese Kirche Sonntags nicht wenigstens zur Hälfte ausfüllen, würde sie sehr leer bleiben. An der Franziskanerkirche lese ich kein Wort polnisch, obwohl auch dort Bekanntmachungen aushängen. Weiter, in der Bernhardinerkirche werden die Militärgottesdienste ebenfalls deutsch abgehalten, und der Gottesdienst für die Gymnasiasten kommt ebenfalls einem deutschen Gottesdienste gleich. In der St. Martinkirche und in Jersitz werden ebenfalls regelmäßig deutsche Gottesdienste abgehalten, und in der Pfarrkirche wird seit undenklicher Zeit jeden vierten Sonntag vor dem Hochamte eine deutsche Predigt gehalten, die bekanntlich nur von Polen und vielleicht auch von einigen Deutschen gehört wird. Daher auch berühren diese deutschen Ankündigungen der polnischen Gottesdienste an den Parochialkirchen übel. Ein Zuviel der Nachgibigkeit —, das könnte bei den katholischen Hakatisten ein Anstoß zu neuen Gelüsten werden.

Jedoch nicht nur dieses allein ist die Veranlassung zu obiger Korrespondenz. Die Germanisation durch die Kirche empfindet man schmerzlich durch die Besetzung der Domherrnstellen an den beiden Kathedralen in Posen und Gnesen. Hier und dort sind nicht nur die Mehrzahl der Domherren Deutsche, sondern sie sind auch den Polen feindlich gesinnt. Man wird darauf antworten, daß man hier keinen beschuldigen könne — denn hier habe das Schicksal entschieden. Und doch müßte es für jeden deutschen Domherrn Bedingung sein, die polnische Sprache fehlerlos zu beherrschen. Muß doch jeder polnische Geistliche gut die deutsche Sprache beherrschen, denn sonst könnte er eben nicht Geistlicher werden, da dazu die Absolvierung eines Gymnasiums Bedingung ist. Dasselbe kann man auch von den deutschen Domherren fordern.

In Posen ist es schon so weit gekommen, daß wir 7 Deutsche und nur 3 Polen als Domherren haben. Zu den letzteren gehört auch der Bischof Likowski. Es ist so weit gekommen, daß in den Passionsgottesdiensten fast kein Domherr die Predigt hält, da ihm die Kenntnis der polnischen Sprache abgeht. Der Domherr Dalbor ist zwar ein Prediger, aber kränklich und als Offizial zu sehr mit Arbeiten überlastet. Vor nicht allzulanger Zeit ist es vorgekommen, daß im Posener Dom ein Domherr das hl. Evangelium vorgelesen hat. Es war aber ein solches Lesen, wie man es in manchen Kirchen Ermlands, Westpreußens und auch Oberschlesiens zu hören bekommt. Solche Sachen kommen in der uralten Kathedrale Posens vor — nicht besser geschieht es in Gnesen, wo man hin und wieder Predigten im preußischen Geiste hält. Sollten wegen solcher Verhältnisse die maßgebenden Kreise nicht in Rom vorstellig werden? Es müßte als Grundsatz gelten, daß derjenige, der in den hiesigen DiözesenDomherr werden will, auch die polnische Sprache fließend beherrschen muß, um imstande zu sein, fehlerlos eine polnische Predigt halten zu können. Wunder, daß die deutschen Geistlichen Domherrnstellen an unseren Kathedralen annehmen, ohne die polnische Sprache zu beherrschen! Jeder polnische Geistliche würde es mit seiner Ehre nicht vereinbaren können, ohne Kenntnis der deutschen Sprache amtliche Funktionen in deutschen Diözesen zu verrichten und davon seinen Unterhalt zu haben. Die Germanisation durch die Kirche fließt bei uns schon von oben, und sie fließt schon in einem ziemlich breiten Bette.

Aus Nr. 55 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 9. März 1910:

Szczepanowo.

Auf den in den Spalten des Dziennik Bydgoski zum Ausdruck gebrachten Wunsch teile ich ergebenst folgendes mit: In Szczepanowo befindet sich eine katholische und eine evangelische Schule; an der katholischen Schule amtieren drei Lehrer, davon zwei Katholiken, von denen keiner ein Wort polnisch versteht, der dritte Lehrer ist Protestant. Die Religion wird in allen Abteilungen in deutscher Sprache gelehrt, obgleich nur polnische Kinder die Schule besuchen. Das können alle Väter der Schulgemeinde bestätigen.

Aus Nr. 59 des Kurjer Poznański (Posen) vom 13. März 1910:

In wessen Interesse?

Die Gazeta Warszawska schreibt: In unseren Zeitungen machte ein Artikel folgenden Inhalts die Runde: Aus Posen berichtet man, daß, ehe sich das Schicksal des Reisener Majorats entschieden hätte, das große Majorat der Freiherren von Bülow in Mecklenburg, zu welcher Familie auch der gewesene Reichskanzler Fürst Bülow gehört, in polnische Hände übergegangen sei und zwar in die Hände des Freiherrn Hermann von Bülow in Anasowka bei Wołoczyska in Wolhynien. Einige Zeitungen brachten diesen Artikel sogar unter der Überschrift „Vergeltung für Reisen". Bei dieser Gelegenheit könnte man vor allen Dingen sagen: „Olle Kamellen". Die Geschichte von dem Majorat in Mecklenburg ist wahr, aber schon alt. Dieses Majorat ist schon vor 10 Jahren in die Hände der Polen übergegangen. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Der Besitzer des Majorats der älteren Linie der Familie von Bülow in Mecklenburg (der gewesene Reichskanzler gehört der jüngeren Linie an) starb ohne Erben. Nach dem Familienstatut versammeln sich in solchen Fällen alle majorennen Mitglieder der Familie und losen um das Majorat. Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, daß in Podolien 4 Bülows dieser Linie leben. Sie sind Polen und stammen von einem napoleonischen Offizier ab, der in Polen ansässig wurde. Auch diese wurden zu diesem Familientag eingeladen, und das Los hat eben für einen von diesen entschieden. Auf diese Weise ist ein Pole Besitzer eines Majorats in dem rein deutschen Mecklenburg geworden, was zwar originell, aber ohne jegliche nationale Bedeutung ist. Keinem wird es wohl in den Sinn kommen, eine polnische Kolonisation in Mecklenburg zu organisieren. Es ist zu bemerken, daß das Majorat gar nicht „groß" ist, wie manche Zeitungen schreiben. Für Reisen könnte man zum Beispiel 10 solcher Güter kaufen.

Und wir fragen, in wessen Interesse hat man mit dieser aufgewärmten Nachricht von dem Mecklenburger Majorat Reisen verquickt? Sind wir — schon solche Kinder, daß wir für den unter unseren Füßen verschwindenden Boden im Posenschen, für große nationale Verluste, gewillt sind, durch das Verpflanzen der Polen nach Mecklenburg eine Vergeltung zu erblicken? . . . . In der Tat, es würde nichts schaden, mehr kritischen Sinn bei derartigen Korrespondenzen an die Presse walten zu lassen.*)

Aus Nr. 60 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 15. März 1910:

Ein Opfer der polenfeindlichen Politik der preußischen Regierung.

Wieviel Unzufriedenheit, Elend und Tränen schon die unselige polenfeindliche Politik der preußischen Regierung, die ehrliche und hervorragende Männer aus allen Teilen der Welt schon verurteilt haben, verursacht hat, dies beweist wieder eine traurige Tatsache, die unserem Abgeordneten Korfanty ein neues Opfer der polenfeindlichen Politik geschildert hat. Es ist dies ein in Czarnotki, Kreis Schroda, in der Provinz Posen wohnhafter evangelischer Deutscher. Gerade diesen Kreis vertritt Herr Korfanty als Abgeordneter im preußischen Landtage. Im folgenden sei wiedergegeben, wie dieser Deutsche in einem an Herrn Korfanty gerichteten Schreiben über die polenfeindliche Politik der preußischen Regierung klagt:

*) Siehe den Artikel Seite 339 dieser Nummer. (Red. d. Ges.-Überbl.)

„Ich bitte Sie, Herr Korfanty, im Deutschen Reichstage und Preußischen Landtage den Herren Abgeordneten die äußerst traurige Lage zu schildern, in die ich und mein Kind geraten sind, und wieviel Unglück die Förderung des Deutschtums in den östlichen Provinzen des preußischen Staats, in welchen unsere armen Polen wohnen, bringt.

Ich bin evangelisch und ein Deutscher. Im Jahre 1872 ging ich das Ehebündnis mit einer Katholikin ein, mit der ich in bester Eintracht lebte. Unsere Kinder wurden in der katholischen Religion erzogen. Dafür müssen jetzt ich und meine Kinder leiden, denn die Behörde wirft uns dies vor. Nach schwerer Arbeit vermochte ich von meinen Ersparnissen ein 5 Morgen großes Grundstück zu erwerben, das aus Feld und Wiese besteht. Dieses Grundstück liegt in der Nähe der Gebäude meiner Nachbarn. Im Mai des Jahres 1904 wandte ich mich an den unter dem Vorsitz des Landrats Herrn v. Rose stehenden Kreisausschuß in Schroda mit der Bitte, mir die Genehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses auf dem erworbenen Grundstück zu erteilen; aber meine Angelegenheit zog sich in die Länge, und erst im September desselben Jahres wurde ich zum zweiten Male vor den Kreisausschuß zur protokollarischen Vernehmung vorgeladen. Ich wurde dort gefragt, ob meine Eltern evangelisch oder katholisch seien, ob ich, meine Frau, mein Schwager und meine Kinder evangelisch oder katholisch seien. Weil meine Frau Katholikin ist, meine Kinder katholisch sind und meine Tochter an einen Katholiken verheiratet ist, wurde mein Gesuch mit der Begründung abgelehnt, daß die Erteilung einer Genehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses in diesem Falle mit dem Gesetz vom 10. August 1904, betreffend die Förderung des Deutschtums in der Ostmark, im Widerspruch stehe. Da alle meine Bitten keinen Erfolg hatten, wandte ich mich an das Landratsamt sowie an das Distriktsamt in Schroda-West mit der dringenden Bitte, mir den Baukonsens zu erteilen, damit ich und meine kranke Frau auf unsere alten Tage wenigstens irgend ein Dach über uns hätten; ich wollte sogar damit einverstanden sein, daß nach unserem Tode die Regierung mit dem Grundstück machen dürfe, was ihr beliebt. Meine arme Frau starb schließlich vor Ärger, und noch kurz vor dem Tode weinte und klagte sie bitter über die Ungerechtigkeit, mit der sie deshalb behandelt werde, weil sie Katholikin ist.

Staatsbeamte warfen mir vor, daß ich eine Katholikin zur Frau genommen und meine Kinder katholisch erziehen lassen habe, und behaupteten, daß ich, wenn meine Frau und meine Kinder evangelisch wären, den Baukonsens sofort erhalten hätte. Sie rieten mir auch, das Grundstück einem evangelischen deutschen Beamten zu verkaufen, denn nur ein solcher werde die Genehmigung zum Bau eines Hauses erhalten, weil in die „Ostmarken" nur solche Beamte geschickt werden, die sich durch ein möglichst scharfes Vorgehen gegen die Polen auszeichnen. Dieses Vorgehen der Behörde schreckte schließlich diejenigen Leute ab, die vordem mein Grundstück zu erwerben beabsichtigten, denn sie fürchteten, daß die Regierung auch mit ihnen so verfahren würde. Sie boten mir also für das Grundstück einen nur äußerst niedrigen Preis. Schließlich war ich genötigt, am 1. April 1909 alles meinem Sohne zu verkaufen, während ich mir nur das Ausgedinge bis zum Tode ausbedang. Gegenwärtig wohne ich bei meiner Tochter in Czarnotki.

Den Abgeordneten Herrn Korfanty bitte ich freundlichst, die Angelegenheit im Reichs- und Landtage zur Sprache zu bringen, damit diese Nachricht über die Grenzen Preußens hinaus gelange, auf daß die ganze Welt davon in Kenntnis gesetzt werde.

Mit Hochachtung

Gottlieb Sommer.

Aus Nr. 63 des Dziennik Poznański (Posen) vom 16. März 1910:

Schließung der Schule der Frau Szczerbinska in Schrimm.

Die geehrte Redaktion bitte ich um gefällige Aufnahme der nachstehenden Erklärung.

Ich bringe zur Kenntnis, daß meine praktische Schule, die ich vor 15 Jahren gegründet und unter der Bezeichnung „Anstalt für Hausarbeit in Schrimm" geführt habe, mit dem 1. April zu bestehen aufhört.

Die Regierung sieht nämlich mein Haus, in welchem die Schule untergebracht ist, als für diesen Zweck nicht entsprechend an. Da man mir im Hinblick darauf, daß mein Konsens mit meinem Tode abläuft, nicht gestattet hat, eine neue Anstalt zu bauen, und da der Umbau des alten Hauses sich niemals gemäß den Forderungen der Regierung durchführen ließe, man mir auch die Zahl der Schülerinnen unter dem Vorwande, daß das Haus klein sei, auf die Hälfte reduziert hat, so bleibt mir nichts anderes übrig, als die Schule zu schließen.

Ich tue das mit schwerem Herzen, denn ich hatte meine bescheidene Arbeit lieb gewonnen und trenne mich von ihr mit Bedauern. Ich bitte auch die Eltern, welche meine Schule mit ihrem Vertrauen bedacht und ihre Töchter in sie geschickt haben, sich nach Zakopane zu wenden, woselbst die Kinder in praktischer, geistiger und sittlicher Hinsicht viel profitieren werden.

Feliciana Szczerbinska.

Schrimm, den 14. März 1910.

Ich bitte alle Blätter, obige Erklärung wiederzugeben.

Aus Nr. 58 des Lech (Gnesen) vom 12. März 1910:

Los auf die polnischen Pensionate!

Es ist bekannt, daß das Warnkesche und das Danyszsche Pensionat in Posen im vergangenen Jahre geschlossen worden sind. Diese Anstalten haben weder von der Stadt noch von der Regierung Aufwendungen verlangt, im Gegensatz zu den deutschen Anstalten, die doch nur dank der städtischen und der behördlichen Subvention sich erhalten, und doch sind sie kassiert worden, obgleich Posen hinsichtlich der höheren Lehranstalten für Mädchen durchaus nicht vorteilhaft ausgestattet ist. Gegenwärtig wird uns aus Schrimm mitgeteilt, daß auch die dortige Anstalt der Frau Szczerbinska mit dem 1. April demselben Schicksal unterliegen wird. In dieser Anstalt wurden 40 Mädchen unterrichtet, so daß sie wichtige kulturelle Aufgaben vollzogen hat.

Statt, daß die preußische Regierung solche Bemühungen unterstützt, stellt sie ihnen auf Schritt und Tritt ein Hindernis entgegen, indem sie auf diese Weise das Bestreben des Volkes, sich aufzuklären, hemmt.

In dieser Hinsicht dient den Preußen als Muster das barbarische Rußland, das mit aller Kraft danach strebt, das Volk in der größten Dummheit zu erhalten, damit es nicht sein billiges Recht fordere. In jedem anderen nur einigermaßen kulturellen Staate ist solche Verhöhnung aller weltlichen wie göttlichen Rechte geradezu unmöglich.

Es sagte jemand: Die Preußen gehen den Deutschen und die Deutschen der Welt voran. Er vergaß aber hinzuzusetzen: Im Hemmen der Zivilisation und der Kultur! Denn der Krieg mit den polnischen Pensionaten bleibt eins der schwärzesten Blätter ihrer inneren Geschichte!

Aus Nr. 6 des Kupiec (Posen)
vom 16. März 1910:

Damit unser Kaufmannsstand in Zukunft erfolgreich mit den Fremden konkurrieren könne, sollte er sich ständig darauf vorbereiten. Der gegenwärtige Fortschritt unserer Kaufmannschaft im Vergleich zu den fremden ist überaus schwach und geht nur langsam vonstatten. Durchaus notwendig ist daher die allgemeine berufliche Ausbildung unserer Jugend, die sich in Zukunft dem Kaufmannsstande widmen soll.

Seien wir daher opferwillig für die Zwecke der kaufmännischen Bruderhilfe!

Bei Gesellschaftsspielen und Vergnügungen, bei Familienfestlichkeiten und bei öffentlichen Lustbarkeiten sollten wir an die Vergrößerung des Fonds der kaufmännischen Bruderhilfe denken, denn dieses Geld soll dazu dienen, unsere kaufmännische Jugend beruflich zu bilden.

Sämtliche Beträge bitten wir zu senden an den Kassierer der kaufmännischen Bruderhilfe, Herrn Dr. Pernaczynski in Posen, Wilhelmsplatz Nr. 18.

Aus Nr. 6 des Kupiec (Posen)
vom 16. März 1910:

Die Posener Handelskammer und der Kupiec.

Die Krakauer Handelskammer erkannte dem Verlage des Kupiec Polski eine Subvention zu. Unser Kupiec kann auf eine solche Subvention der Posener Handelskammer nicht rechnen, was wir auch gar nicht verlangen. Wir wünschen aber, daß die Handelskammer den Kupiec abonniert, damit sie durch ihn die Wünsche der polnischen Kaufleute erfahren könnte. Eins der polnischen Mitglieder der Handelskammer beabsichtigt, den Antrag zu stellen, sie möge den Kupiec abonnieren. Über das Resultat des Antrages werden wir den Lesern Mitteilung machen.

Aus Nr. 60 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 15. März 1910:

Ein bezeichnender Konflikt.

Von Herrn Ignatz Trzensowski aus Lenartowitz erhalten wir das nachstehende Schreiben:

Lenartowitz, 9. März.

Der geehrten Redaktion sende ich eine interessante Äußerung der Königlichen Regierung in Posen in Sachen des Konflikts zwischen dem Kirchenvorstande der Parochie Magnuszewice Herrn Carst aus Zakrzewo, Kreis Jarotschin, wegen Bestätigung meiner Person als Pächter des Propsteilandes in Magnuszewice zur Verwendung.

Die Sache verhält sich wie folgt:

Auf einmütigen Beschluß und im Einvernehmen des Kirchenvorstandes und der Kirchengemeindevertretung mit dem ehrwürdigen Herrn Dekan Rymarkiewicz aus Kotlin und auf den Rat des Administrators von Magnuszewice hin verpachtete man mir am 12. Dezember 1909 aus freier Hand das Propsteiland in Magnuszewice auf 12 Jahre für 10 ℳ pro Morgen. Außerdem sollte ich die Dränage bezahlen.

Gegen diese freihändige Verpachtung protestierte Herr Carst, und zwar aus nachstehenden Gründen:

1. Es solle eine öffentliche Verpachtung auf Meistgebot stattfinden, dann werde der Propst bessere Bedingungen für seinen Unterhalt erzielen;
2. die Sommeraussaat solle mir bei Aufgabe der Pacht seitens des folgenden Pächters nicht entschädigt werden;
3. das Feld solle dräniert werden;
4. für das Sammeln und Roden von Steinen solle ich gleichfalls keine Entschädigung erhalten.

Infolge des obigen Protestes des Herrn Carst konnte die geistliche Behörde den vom Herrn Dekan, vom Kirchenvorstande und von mir unterzeichneten Kontrakt nicht bestätigen. Daher erhoben Herr Dekan Rymarkiewicz als Nießbraucher und der Kirchenvorstand Rekurs an die Regierung, indem sie die Grundlosigkeit des Protestes des Patrons wie folgt begründeten:

1. Der Propst und der ganze Kirchenvorstand könnten sich mit einer öffentlichen Lizitation nicht einverstanden erklären, da sie soeben das traurige Vorkommnis zu verzeichnen hätten, daß sie mit den Leuten, die vor 12 Jahren das Meistgebot abgaben, verschiedene gerichtliche Unannehmlichkeiten gehabt hätten, und das wünschten sich der Dekan und der gesamte Kirchenvorstand für die Zukunft auf keinen Fall;
2. der neue Pächter übernehme fast das ganze Feld unbesät und arg vernachlässigt, mithin habe ihn der folgende Pächter für die hinterlassene Aussaat zu entschädigen;
3. der neue Pächter fördere doch Dränage, und im Kontrakt sei vorgesehen, daß er sie bezahlen werde;
4. angesichts der Unmenge großer Steine verursache das tatsächlich gute Beseitigen derselben große Kosten, und diese sollten dem Pächter erstattet werden, sofern er die Steine nicht nehmen dürfe.

Schließlich wurde die Regierung gebeten, den Protest des Patrons zu verwerfen und den abgeschlossenen Kontrakt zu bestätigen.

Aber leider war trotz des Mahnens seitens des Herrn Dekans betreffend die Bestätigung des Kontrakts kein Erfolg zu verzeichnen. Erst als der greise, fast 90jährige Dekan sich am 25. Februar d. J. persönlich an die Regierung wandte und wegen Erledigung der Sache vorstellig wurde, antwortete Herr Hassenpflug, nachdem ihm mündlich vorgestellt worden war, daß der Dekan und der Kirchenvorstand in eine öffentliche Lizitation nicht willigen würden und das Gesetz eine solche nicht vorschreibe, die Regierung als „oberer Aufsichtsrat" habe dafür zu sorgen, daß der Dekan einen entsprechenden Unterhalt habe. Herr Hassenpflug versprach, binnen drei Tagen endgültigen Bescheid zu erteilen, da wegen dieser Sache eine besondere Sitzung stattfinden müsse. Am 28. Februar d. J. sandte er auch zu Händen des Herrn Dekans als Vorsitzenden des Kirchenvorstandes den nachstehenden ablehnenden Bescheid, der nach dem Original wie folgt lautet:

(Wörtliche Wiedergabe der im Goniec deutsch abgedruckten Stelle des angeblichen Bescheides):

„Wir sind nicht in der Lage, die berechtigte, in dortigen Verhältnissen vertrauten Forderung des Herrn Patronat als unberechtigt diese widersprechen."

Dann folgt die Begründung und zwar bezüglich des 1. und 2. Punktes, daß ohne Zweifel in der Lizitation werde eine bessere Bedingung erzielt werden, bezüglich des 3. Punktes, daß es im Interesse des Landes und des Pächters liege, daß dräniert werde, bezüglich Punkt 4, daß es gelte, dem Pächter zu gestatten, die Steine zum eigenen Gebrauch zu nehmen, da das für

den Pächter „ein guter Anweiß“ (so heißt es in dem Artikel wörtlich. Der Übersetzer) sein werde, sie herauszuholen. Gez. Hassenpflug.

Der Herr Dekan ist darüber entzückt, daß man ihm in seinem 90. Lebensjahre eine derartige Fürsorglichkeit um seinen Unterhalt bekundet.

Man muß sich jedoch über die einander zuwiderlaufenden Grundsätze wundern. Ich erinnere nur an die Einziehung der Kirchengüter, an den Etat für die katholische Geistlichkeit im Vergleich mit dem für die evangelischen Pastoren.

Doch wahrscheinlich kommen hier andere Motive ins Spiel; denn weder ich noch sonst jemand glauben an die Fürsorglichkeit der Regierung um den Unterhalt des Herrn Dekans. Möglich, daß es sich darum handelt, daß ich als Pole mich in dem entlegenen und in nationaler Hinsicht fast brach liegenden Grenzteil des Kreises nicht ansässig mache. Eine nicht ferne Zukunft wird zeigen, worum es sich dem Herrn Patron und der Regierung so sehr handelt.

Bei einer solchen Wendung der Dinge habe ich jetzt bedeutende Verluste, da ich genötigt bin, das tote und lebende Inventar wieder zu verkaufen.

Ignatz Trzensowski,
Bauernsohn.

Aus Nr. 10 des Przemysłowiec (Posen) vom 5. März 1910:

Eine Gewerbeausstellung in Krotoschin

wird im laufenden Jahre veranstaltet werden. Anmeldungen zu dieser Ausstellung nimmt jetzt schon der Sekretär Herr Kasprzak in Krotoschin entgegen. Dieser erteilt jegliche Informationen und steht mit den betreffenden Formularen, die unentgeltlich abgegeben werden, zu Diensten. Angesichts des beschränkten Terrains der Ausstellung empfiehlt es sich, die Anmeldungen so zeitig wie nur irgend möglich zu bewirken, denn solche werden nur insoweit berücksichtigt werden können, als Platz vorhanden ist.

Aus Nr. 57 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 11. März 1901:

Die Gewerbeausstellung in Bromberg.

Die Industriellen des Bromberger Kreises werden gebeten, ihre Deklarationen so bald wie möglich einzusenden, weil das Komitee damit beginnen muß, die Plätze zu bestimmen. Die Zahl der bis jetzt eingegangenen Meldungen ist sehr bedeutend, und man darf hoffen, daß sich die Ausstellung bei weitem ansehnlicher gestalten wird, als anzunehmen war.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 54 der Gazeta Toruńska (Thorn) vom 8. März 1910:

Die Antwort eines Geistlichen auf den Artikel „Gefährliche Heilige“.

Von einem der älteren Geistlichen der Kulmer Diözese erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Der oben angeführte Artikel der Gazeta Torunska, welcher aus der Gazeta Gdanska entnommen ist, bedarf durchaus der Erwiderung und Berichtigung. Diesen boshaften sowie geradezu sinnlosen und grundlosen (?) Artikel hat nur ein Mensch schreiben können, der das Ritual nur dem Umschlag nach kennt, von den liturgischen Vorschriften aber nicht die geringste Ahnung hat.

Nach Ansicht des Verfassers enthält das neueste Ritual unnötige und ungerechte Neuerungen, weil das vorherige Ritual gut gewesen sei.

Ungerecht soll es deshalb sein, „weil der polnische Text in lateinischen Text geändert worden sei.“ Ich bitte den Verfasser mir die Absätze zu nennen, die im neuesten Ritual latinisiert worden sind, denn ich kann sie nicht finden. Im Gegenteil, ich finde im neuesten Ritual verschiedene Zusätze in polnischer und selbstverständlich auch in deutscher Sprache, die im vorherigen Ritual, das der Verfasser doch ein gutes nennt, nicht vorhanden waren. Es gibt polnische Supplikationen, eine Vorrede bei Trauungen, ebenso bei Jubiläumstrauungen, es gibt ein Gebet an das Herz Jesu und die neuste vom Papst bestätigte Litanei an den hl. Josef. Soll das ungerecht und unnötig sein? Ob die polnische Sprache im Ritual „wasserpolnisch“ ist, bezweifle ich sehr, hat der Verfasser es denn gelesen? Nicht alle beherrschen die Sprache wie Skarga und Mickiewicz; wahrscheinlich auch der Verfasser nicht, und auch ich rechne mich nicht zu den Stilisten.

Der Verfasser spricht von einer „Beraubung der Privilege“ und fragt ganz nachdrücklich: „aus welchem Grunde gibt jeder neue Bischof ein neues Ritual heraus?“

Was die „Privilege“ anlangt, so bin ich neugierig, was das für Privilege sind; woher sie gekommen sein sollten. Was sind denn diese „Privilege“? Es wird viel darüber gesprochen. Nach meiner Ansicht sind die „Privilege“ durch die einfache Nichtbeachtung der liturgischen Vorschriften seitens der Geistlichkeit entstanden. Es sind das zum größten Teil Überbleibsel aus jenen religionslosen Zeiten, aus der zweiten Hälfte des 18. und aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts, wo man in Österreich und den angrenzenden Ländern zur Nationalkirche gestrebt hat, aus den Zeiten, wo in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland Ronge und Genossen ebenfalls die „Deutsche Kirche“ proklamiert haben. Daß es bei uns nicht besser gewesen ist, braucht nicht hinzugefügt zu werden. Wer es nicht glauben will, der mache sich mit den historischen Werken des Geistlichen Kalinski bekannt. Aus jenen Zeiten haben diese verschiedenen „Privilege“ zum großen Teil ihren Anfang. Damals ist es vorgekommen, daß mancher Geistliche im Frack vor den Altar getreten ist.

Nebenbei bemerke ich, daß es in der Erzdiözese Gnesen—Posen bedeutend weniger Privilege gibt als bei uns. Als ich seinerzeit eine Trauung nach unserem Ritual vorgenommen hatte, konnten sich die Gäste aus dem Posenschen nicht genug darüber wundern, daß man bei uns bei Trauungen polnische Gebete verwenden kann.

Im höchsten Grade lächerlich ist die Frage: „Aus welchem Grunde gibt jeder neue Bischof ein neues Ritual heraus?“ Das ist wirklich eine schreckliche Sache!

Indessen frage ich als Antwort darauf: Aus welchem Grunde schreibt der Verfasser solche Ungereimtheiten?

Der Verfasser spricht weiter von der Allerheiligenlitanei und behauptet ernsthaft, daß der Herr Bischof Redner sel. Angedenkens die heiligen polnischen Patrone aus dem vorletzten Ritual herausgeworfen hat. Herr Verfasser, in welchem Diözesenritual haben denn diese heiligen polnischen Patrone in der Allerheiligenlitanei „figuriert“? Und wenn sie niemals in irgend einem Ritual gestanden haben, wie konnte sie da der Herr Bischof Redner beseitigen? Hat denn der Verfasser schon jemals das Ritual in der Hand gehabt und kennt er es? Aus dem Artikel muß ich folgern, daß

es nicht der Fall ist. Will etwa der Verfasser behaupten, daß in unserem ältesten Ritual (des Herrn Bischofs Sedlag) die heiligen polnischen Patrone figurieren? Was soll man hier mehr bewundern, die Boshaftigkeit oder . . .?

Und nun bitte ich diese denkwürdigen Worte zu lesen: „Das ist ein Backenstreich und eine Beleidigung sowohl für alle diese Heiligen wie auch für unsere Nation, daß ihre Namen und ihr Bitten um Hilfe aus der Allerheiligenlitanei beseitigt werden mußten." Diese „erhabenen" beinahe an Gotteslästerung grenzenden Worte sind geradezu grundlos, das ist ein Kampf gegen Windmühlen. Das fühlt auch der Verfasser, und er sagt: **„Wenn** die von mir angeführte Ursache zutrifft" . . . Und auf dieses „wenn" gründet der Verfasser seine Vorwürfe! Ist denn ein solches Vorgehen ehrenwert? So behandeln die Protestanten unsere Religion; sie verdrehen ihre Dogmen und dann bekämpfen sie diese. Ist das recht?

Nehmen wir aber einmal für einen Augenblick an, daß die hl. polnischen Patrone in der Litanei des Rituals „figuriert" hätten, und der Herr Bischof Redner hätte sie beseitigt. Wäre das denn ein Verbrechen, ein Backenstreich für diese Heiligen? Keinesfalls; im Gegenteil, der Herr Bischof wäre verpflichtet sie aus dem Ritual zu streichen, denn dort ist nicht ihr Platz; der Herr Bischof hätte dann nur das getan, was seine Pflicht wäre. Der Verfasser und die Leser müssen nämlich wissen, daß man weder dieser noch irgend einer anderen Litanei neue Invokationen ohne apostolischen Indult hinzufügen darf.

Aber ein „Backenstreich" für die Heiligen, eine Beleidigung der ganzen Nation!" O heiliger Wojciech, Stanislaw, Jacek, Kazimierz und Florian, ich ehre und liebe Euch, denn Ihr seid die Zierde der Nation und unsere Vermittler bei Gott, aber ich weiß auch, daß Ihr Euch durch eine solche Anordnung des Bischofs nicht beleidigt fühlen würdet, denn Ihr wißt es besser, als der Verfasser in der Gazeta Gdanska und in der Gazeta Torunska, daß Euer Platz in der Allerheiligenlitanei, aus der Ihr gern zurücktretet, unrechtmäßig ist

Und eine Beleidigung der Nation? Was soll man zu dieser hohlen Phrase sagen? Wenn nur die ganze Nation, und besonders diejenigen, die am meisten in den Zeitungen schreien, diese unsere großen Heiligen wirklich ehren wollten. Aber nicht mit Worten, sondern mit Taten!

Wohin würde das führen, wenn es jedem gestattet sein sollte, kirchlichen Gebeten Zusätze hinzuzufügen und namentlich an einem Gebet, wie es die Allerheiligenlitanei ist, die durch ihr Alter ehrwürdig ist, denn sie reicht bis in die ersten Jahrhunderte unserer Kirche zurück.

Noch eine Bemerkung. Der Verfasser schreibt: „Die Folgen dieses Erbitterung hervorrufenden Rituals haben wir im vorigen Jahre gelegentlich der St. Markusprozession kennen gelernt." Ich bitte aufzumerken: Den hl. Markus haben wir am 25. April, und die erste Bekanntmachung der bischöflichen Behörde über das neue Ritual datiert vom 3. Mai! Sapienti sat.

Das Lesen des obigen Artikels hat einen unangenehmen Eindruck auf mich gemacht. Aber leider erscheinen derartige grundlose Artikel ziemlich häufig in unseren Blättern. Es ist bedauerlich, daß unser Volk mit einer derartigen geistigen Kost vergiftet und mit Haß und Vorurteilen gegen den Herrn Bischof erfüllt wird, der sich unter schwierigen politischen Verhältnissen bemüht, mit voller Gerechtigkeit die Diözese zu verwalten. Mangel an Sachkenntnis und böser Wille haben sich im obigen Falle verbunden, um die ehrwürdige Person des Oberhirten in den Augen der Diözesanen herabzusetzen.

K. Geistlicher.

Soweit der uns übersandte Artikel, den wir im Namen der Unparteilichkeit ohne jede Änderung wiedergegeben haben, obwohl wir uns mit der Art und Weise der Sachdarstellung des geehrten Verfassers nicht ganz einverstanden erklären. Bei der ganzen Achtung für die geistliche Behörde können wir ihr den Vorwurf zu übergroßer Nachgiebigkeit nicht ersparen, und zwar dort, **wo die nationale Angelegenheit mit der Angelegenheit der Kirche in enger Verbindung steht.**

Weitere Bemerkungen zu obigem Schreiben lassen wir für später, da wir annehmen, daß auch der Verfasser des angegriffenen Artikels die Antwort nicht schuldig bleiben wird.

Aus Nr. 57 der Gazeta Toruńska (Thorn) vom 11. März 1910:

Unter der Überschrift

Erwiderung des Geistlichen L. auf den Artikel des Geistlichen K. in Sachen des Rituals

heißt es u. a.:

Der Verfasser schreibt weiter: „unser Volk wird mit Haß erfüllt gegen den Herrn Bischof, der unter schwierigen politischen Verhältnissen sich bemüht mit voller Gerechtigkeit die Diözese zu verwalten."

Ach wenn es doch so wäre! Hat denn aber der Herr Bischof die Eltern getröstet, als die streikenden Kinder gelitten hatten? Hat sich der Herr Bischof der Löbauer Geistlichen im Gefängnis angenommen, hat er sich um ihre Begnadigung bemüht oder ihnen sein Mitgefühl ausgesprochen? Bemüht sich denn der Herr Bischof, der weiß, daß manche polnischen Geistlichen von der Regierung keine Propstei erhalten, ihre Existenz zu verbessern? Reguliert er denn die Einkommen der Vikare, die 10, 15 Jahre und länger in der Diözese umherziehen müssen? Wer hat den deutschen Geistlichen H. zum Domherrn berufen? Der Herr Bischof — ohne Mitwirkung der Regierung. So sieht hier die Gerechtigkeit aus. Die Klagen in den Zeitungen werden schwinden, wenn sich das bisherige System in unserer Diözese ändern wird!

L., Geistlicher.

Aus Nr. 30 der Gazeta Gdańska (Danzig) vom 10. März 1910:

Von einem neuen Oberhirten

für die beiden Posener Erzdiözesen hört man bisher immer noch nichts, und so bald werden ihn unsere Posener Brüder gewiß nicht bekommen. Hierbei spielt natürlich die Politik die wichtigste Rolle. Die Regierung würde ja am liebsten einen Deutschen auf den Thron des St. Adalbert setzen, aber sie weiß, daß die Polen davon nichts wissen wollen, und außerdem unterstützt der hl. Stuhl aus Gerechtigkeitsgründen einen polnischen Kandidaten. Wir wollen keine Propheten sein, aber wir sind überzeugt, daß, wie die Sache augenblicklich liegt, die Verwaisung dieser beiden Erzdiözesen noch ganze Jahre währen kann. Die Regierung hat kürzlich angekündigt, daß, an eine Besetzung des Erzbischofsthrones erst dann gedacht werden kann, wenn die den Polen gegenüber

geübte Politik geändert werden wird. Die Regierung verlangt daher offenbar von den Polen, daß sie mit dem Deutschtum irgend einen Frieden schließen. Die Polen wollen doch aber mit den Deutschen in Frieden leben, sie zeigen in dieser Beziehung den besten Willen, sie arbeiten eifrigst im Reichs- und Landtage an den verschiedensten Angelegenheiten, die nicht nur unsere polnische Gesamtheit, sondern auch die ganze deutsche Gesamtheit betreffen. Natürlich ist keine Rede davon, daß wir dabei der preußischen Regierung und dem Deutschtum unsere Nationalität oder unsere Kultur zum Opfer bringen. In unserer ganzen Politik gegenüber der preußischen Regierung werden wir an dem Grundsatz festhalten: dem Kaiser, was des Kaisers ist; aber auch Gott und unserer Nationalität wollen wir ebenfalls das geben, was jedem zusteht.

Wir werden also nicht aufhören, auf dem Erzbischofsthron in Posen einen Landsmann zu verlangen. Die preußische Regierung wird wohl allmählich selbst die Überzeugung gewinnen, daß ein deutscher Bischof für uns nicht das sein kann, wie ein polnischer Bischof. Möge nur die Regierung ihr Glück mit dem Herrn Domherrn Sander versuchen. Hat doch dieser kirchliche Würdenträger bisher genug Energie bewiesen, womit er zeigen wollte daß er sich vor den Polen nicht fürchtet und mit ihnen fertig werden wird. Er war der Ansicht, daß, wenn er den Polen nur die starke und unbeugsame deutsche Faust zeigen wird, er sie in Strauße verwandeln wird, und daß das der beste Weg zur Versöhnung der Polen mit dem Deutschtum sein wird. Uns scheint es, als wenn Herr Domherr Sander seine Energie schon etwas bereut, und daß er es begriffen hat, was für ein dornenvolles Amt er als Erzbischof unter den Polen haben würde. Die Polen können zu einem politischen Oberhirten kein Vertrauen haben. Seit Bismarcks Zeiten haben sie sowohl in den Erzdiözesen Posen und Gnesen als auch in der Kulmer Diözese jeden Oberhirten mit Mißtrauen begrüßt, und sogar der berühmte Kardinal von Ledochowski hatte viel Unannehmlichkeiten mit seinen eigenen Landsleuten, bevor er sich im Laufe der Jahre ihr Vertrauen erwarb. Und dieses Mißtrauen entsprang eben dem Umstande, weil Bismarck den Kardinal von Ledochowski als ersten polnischen Erzbischof ausersehen hatte. Den polnischen Diözesanen schien es, als wenn er seine Würde für irgendwelche der preußischen Regierung gegenüber gemachten Konzessionen erhalten hätte. (Einige Worte sind im Druck unleserlich) . . . indessen dachte der Erzbischof von Ledochowski nicht daran, dem Deutschtum Konzessionen zu machen. Und sehen wir nur, was für ein dornenvolles Amt die deutschen Oberhirten in den polnischen Diözesen hatten und haben. Sie fühlen sich fremd unter ihren polnischen Diözesanen, und die Diözesanen fühlen sich ihnen gegenüber fremd. Es kann dort keine wirklichen herzlichen Bande geben, denn ihr deutscher Standpunkt, der ihnen zu dieser Würde verholfen hat, steht dem im Wege. Lasset uns in Gott hoffen, daß der zukünftige Erzbischof auf dem Thron des hl. Wojciech ein Landsmann sein wird, denn der Hakatismus hat unter der polnischen Bevölkerung eine derartige Erbitterung hervorgerufen, daß die Stellung eines deutschen Erzbischofs in Posen geradezu unmöglich wäre.

Aus Nr. 30 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 10. März 1910:

Aus der Vandsburger Gegend.

Herr Michalski aus Smilowo will seine etwa 200 Morgen große Wirtschaft einem Deutschen, Herrn Boden aus Mühlenkawe, verkaufen. M. will angeblich eine andere Wirtschaft kaufen und zwar von einem Polen. Er befindet sich in sehr guten Vermögensverhältnissen und braucht sein Grundstück nicht zu verkaufen. Wir beschwören Herrn Michalski, die Absicht, das Grundstück an einen Deutschen zu verkaufen, aufzugeben und sich nicht mit dem verabscheuungswürdigen Namen eines Verkäufers zu schänden.

Die anderen polnischen Blätter werden um Wiederholung dieser Mitteilung gebeten, damit der Verkauf verhindert wird.

Aus Nr. 56 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 10. März 1910:

Die Terrorisierung einer polnischen Organisation

überschreibt sich ein Artikel der „Gazeta Torunska", der sich mit der Entlassung der in der polnischen Berufsvereinigung organisierten Arbeiter der Petersschen Fabrik in Culm befaßt und wie folgt schließt:

Vielleicht wird dieses Vorgehen polnische Fabriken veranlassen, in Culm vorläufig wenigstens eine Filiale für landwirtschaftliche Maschinen zu gründen, sowie eine Reparaturwerkstatt einzurichten und Dampfpflüge auf Lager zu halten, damit die polnischen Abnehmer heimische Erzeugnisse zu erwerben und nicht gezwungen sind, sogar von unseren hartnäckigsten Feinden landwirtschaftliche Geräte zu kaufen.

Aus Nr. 20 des Mazur (Ortelsburg)
vom 10. März 1910:

In der Verteidigung der Wahrheit.

Der „Pruski Przyjaciel" nennt in seiner Nummer 9 unsere geistlichen Korrespondenten „vorgespiegelte" Geistliche, und will es nicht glauben, daß es geborene Masuren sind, die an unser Blatt schreiben.

Demgegenüber behaupten wir:

1.

Wir haben unter den polnisch-evangelischen Geistlichen zwei ständige Korrespondenten, von denen der eine die „Andächtigen Betrachtungen" und der andere die „Briefe evangelischer Geistlicher" schreibt.

2.

Der „Mazur" wird von polnisch-evangelischen Geistlichen abonniert, die der Arbeit des „Mazur" häufig den Segen Gottes wünschen.

3.

Dem „Mazur" ist die ganze polnisch-evangelische Presse gewogen, und zwar: der „Zwiastun Evangelicki" in Warschau, der „Posel Evangelicki" in Teschen und das von dem Herrn Pastor Kulisz in Teschen herausgegebene „Slowo Zywota" ist uns gewiß nicht minder gewogen, als der wirkliche „Przyjaciel Ludu", der bis vor kurzem vom Herrn Pastor Fr. Michejda in Nawsia in Österreich-Schlesien herausgegeben worden ist.

Der „Zwiastun Evangelicki", das Organ der polnischen Evangelischen im Königreich Polen, der unter der Leitung des Herrn Generalsuperintendenten Bursche und unter der Redaktion des Geistlichen Schöneich erscheint, hat häufig Artikel veröffentlicht, welche die Verdeutschung der Masuren verurteilt haben. Im vergangenen Jahre ist im „Zwiastun" ein von einem polnischen Evangelischen, der den Redakteur

unseres Blattes persönlich kennen gelernt hat, verfaßter Artikel erschienen. In diesem Artikel hat jener polnische Evangelische seine Brüder aufgefordert, den Masuren zur Hilfe zu kommen, er hat auf die germanisatorische Arbeit des „Pruski Przyjaciel" hingewiesen und hat sich sehr günstig über den „Mazur" und seinen Redakteur geäußert.

4.

Der gegenwärtige Redakteur hat niemals Briefe „vorgespiegelter" Pastoren, auch nicht von den in Ortelsburg oder wo anders wohnenden Polen, also jener Ankömmlinge aus dem Posenschen oder sogar aus Russisch-Polen, als Briefe geborener Masuren veröffentlicht. Alle Briefe von Lesern unter der Aufschrift „Briefe von Masuren" waren Briefe geborener Masuren.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 57 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 11. März 1910:

Polnische Volksbank in Gleiwitz.

Sonntag, den 6. März d. J., fand in Gleiwitz die Generalversammlung der Volksbank (Bank ludowy) unter Leitung des Vorsitzenden Piechowski statt, der den Rechtsanwalt Wolny zum Schriftführer berief. Aus dem von dem Direktor Orlicki vorgelegten Jahresbericht erfuhren wir, daß das verflossene Jahr für die Bank sehr günstig war, denn trotzdem von dem Buchwert eines Hauses 2500 ℳ abgeschrieben wurden und Verluste an Wechseln und Kosten zu verzeichnen sind, verblieb ein Reingewinn von 7683,67 ℳ, von dem 2038,80 ℳ als Dividende von 6 % für die Mitglieder, 621 ℳ als Entschädigung für den Aufsichtsrat und 5023,77 ℳ für den Reservefonds bestimmt worden sind. — Weiter erfuhren wir, daß der Gesamtumsatz über 3 106 000 ℳ, der Reservefonds am Schluß des Rechnungsjahres 6615,80 ℳ betragen haben. Der Reservefonds wird nach Zuschreibung des oben angeführten Gewinnteils 11 639,57 ℳ betragen. In der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften zu Posen hat die Bank nahezu 300 000 ℳ deponiert, die sie nötigenfalls jederzeit kündigen kann. An Aktien der Verbandsbank besitzt die Volksbank 30 zu 1000 ℳ = 30 000 ℳ, die bis jetzt eine Dividende von 6 % abwerfen. Nach dem Verkauf einer Wirtschaft in Wojtowawies besitzt die Bank noch in Gleiwitz vier Häuser und einen Bauplatz im Werte von 265 000 ℳ. Diese Grundstücke verzinsen sich gut. Der Bankvorstand beabsichtigt indes, sie unter günstigen Bedingungen zu veräußern, weil ihre Verwaltung den Wirkungskreis der Bank überschreitet. Wer also ein Haus oder einen Bauplatz zu erwerben wünscht, wende sich an den Vorstand. — Die Mitglieder hatten am Schluß des Jahres 1909 über 44 000 ℳ Geschäftsanteile. Sowohl der Reservefonds, die Geschäftsanteile, die in der Posener Bank hinterlegten Gelder, die Aktien, die Grundstücke als auch der Barbestand, der am Schluß des Jahres über 23 000 ℳ betrug, bieten den Deponenten die Gewähr, daß die in der Gleiwitzer Volksbank hinterlegten Gelder ganz sicher sind. Die größte Sicherheit gewährt auch die Tatsache, daß nicht nur der Vorstand und Aufsichtsrat, sondern auch alle Mitglieder der Bank, deren Zahl am Schluß des Jahres 757 betrug, mit ihrem ganzen Vermögen für die in der Bank hinterlegten Spareinlagen haften. Kann man noch eine größere, bessere Sicherheit verlangen, gibt es noch irgendwelche Kassen, in denen die Gelder sicherer untergebracht wären? Daß dem so nicht ist, wissen alle aufgeklärteren Leute, und darum wachsen das Vertrauen zur Bank und die Spareinlagen von Jahr zu Jahr. Am Anfang des Jahres 1909 betrugen die Spareinlagen über eine Million Mark und am Schluß des Jahres 347 000 ℳ mehr. Von Spareinlagen zahlt die Bank 3, 3½ und 4 %. — Was macht nun die Bank mit diesem Gelde? Liegt es dort untätig da! Gott bewahre! Die Bank leiht dieses Geld auf Wechsel zu einem höheren Zinsfuß aus und verdient daran, den Geldleihern, den Mitgliedern, aber gewährt sie eine große Hilfe, denn sie begnügt sich mit kleinen Abzahlungen und vermittelt eine langsame, unbeschwerliche Tilgung von Schulden. Ausgeliehenes Geld hatte die Bank am Anfang des Jahres 1909 über 795 000 ℳ, wovon im Laufe des Jahres 445 000 ℳ abgezahlt wurden. Da aber die Bank 570 000 ℳ neue Darlehen gewährt und auf Wechsel 11 000 Mark für laufende Rechnung verliehen hat, betrugen die Darlehen am Schlusse des Jahres 1909 930 000 ℳ. Daß diese Darlehen ganz sicher sind, davon haben wir uns aus dem Bericht des Herrn Orlicki überzeugt, aus welchem wir erfuhren, daß zur Sicherstellung dieser Darlehen außer den Wechselunterschriften der Bank Hypotheken (meistens erste) für 840 000 ℳ, Spareinlagen für 52 000 ℳ, Lebensversicherungspolizen und andere Forderungen für 35 000 ℳ gutgeschrieben, verpfändet oder abgetreten wurden, so daß die Bank am Schlusse des Jahres 1909 insgesamt nahezu 927 000 ℳ sichere Unterlagen hatte. Die Generalversammlung war mit der Arbeit des Vorstands und mit der Hilfe des Aufsichtsrats vollständig zufrieden, genehmigte die Bilanz gern und erteilte ihre Entlastung. In den Aufsichtsrat wurden wiedergewählt die Herren: Piechowski, Tomik und Janoszka auf drei Jahre und anstelle des Herrn Dr. Rozanski, der sein Amt niederlegte, Herr Vinzent Stempniewicz, Inhaber des Uhrengeschäfts „Urania". Weiter wurde beschlossen, Geld auch gegen Reverse, aber nur bei ganz sicheren Unterlagen zu verleihen; diese Neueinführung schlug der Vorstand im Interesse der Mitglieder vor, um die Erneuerung der Wechsel alle drei Jahre und die Bezahlung der daraus entstehenden Kosten zu verhindern.

Aus Nr. 31 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 12. März 1910:

Bilanz
für das Jahr 1909 per 31. Dezember 1909.

Aktiva M		Passiva M
23 022,61	Barbestand	
919 713,05	Wechsel	
288 539,95	Banken	
247,87	Prozeßkosten	
11 000,00	Laufende Rechnung	
265 500,00	Grundstücke	
30 000,00	Aktien	
5 300,00	Hypotheken	138 000,00
	Reservefonds	6 615,80
	Geschäftsanteile der Mitglieder	44 209,85
	Spareinlagen	1 346 814,26
	Zur Disposition der Generalversammlung	7 683,57
1 543 323,48		1 543 323,48

Ende 1908 betrug die Mitgliederzahl	721	
Im Jahre 1909 traten ein	110	831
Im Jahre 1909 schieden aus:		
a) durch Aufkündigung	58	
b) durch Tod	6	
c) durch Ausschließung	10	74
mithin gehen auf das Jahr 1910 über		757

Gleiwitz, den 7. März 1910.

Bank ludowy — Volksbank.
Eingetr. Genossenschaft m. u. H.
F. Orlicki. T. Galbierz. J. Sliwka.

Bilanz für das Jahr 1909.

Aktiva	Mark	Passiva	Mark
Für die Mitglieder verauslagte Kosten	3 952,40	Geschäftsanteile	278 411,05
Gegen Wechsel gewährte Darlehen	7 552 531,80	Reservefonds	173 511,75
Immobilien	229 435,85	Spezialreserve	187 377,60
Depositen in einer Vereinsbank	678 373,45	Emeritenfonds	25 599,10
Aktien	110 000,00	Immobilienreservefonds	11 404,65
Wertpapiere	301 800,00	Depositen	8 273 332,50
Kassenbestand	175 590,00	Aktien	26 250,00
		Wertpapier-Reservefonds	3 560,00
		Zur Disposition der Generalversamml.	72 236,85
	9 051 683,50		9 051 683,50

Mitgliederzahl.

Als aus dem Jahre 1908 auf 1909 übernommene Mitglieder waren angegeben		1 293
Im Jahre 1909 sind neu eingetreten		168
	Zusammen	1 461
Aber noch vor dem Jahre 1909 waren gestorben	5	
Im Jahre 1909 starben weitere	12	
Im Jahre 1909 wurden ausgeschlossen	34	
Im Jahre 1909 traten freiwillig aus	66	117
Auf das Jahr 1910 treten über		1 344

Beuthen O.-Schl., den 17. März 1910.

Bank Ludowy (Volksbank)
e. G. m. u. H.
Dr. Skowronski. Retzlaff. Eckert.

Aus Nr. 31 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 12. März 1910:

Bilanz
pro 1909 per 31. Dezember 1909.

Aktiva M		Passiva M
—	Geschäftsanteil als Mitglied einer anderen Genossenschaft	—
500,—		
—	Geschäftsanteile	36 985,—
96,20	Verauslagte Prozeßkosten	—
770 119,57	Wechselbestand	—
115 132,85	Banken	55 000,—
1 380,70	Mobilien	—
10 000,—	Aktien	—
7 956,35	Kassenbestand	—
—	Spareinlagen	788 350,28
—	Reservefonds	5 538,54
—	Spezialreservefonds	8 893,02
—	Gewinn zur Disposition der Generalversammlung	10 418,83
905 185,67		905 185,67

Mitgliederzahl:

Ende 1908 betrug die Mitgliederzahl	364
Zugang pro 1909	92
Summe:	456
Abgang pro 1909	31
Mithin Mitgliederzahl Ende 1909	425

Königshütte (O.-S.), den 1. Januar 1910.

Bank ludowy — Volksbank.
Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Szukalski. Maciejewski. Ligoń.

Aus Nr. 32 des Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 15. März 1910:

Bilanz
vom 31. Dezember 1909.

Aktiva M		Passiva M
—	Mitgliederguthaben	1 056,—
—	Reservefonds	236,20
1 268,13	Bankguthaben	—
37,—	Barbestand	—
—	Zur Disposition der General-Versammlung	12,95
1 305,15		1 305,15

Ende 1909 waren 47 Mitglieder,
davon hatten 40 Mitglieder je 1 Anteil = 40 Anteile
„ „ 3 „ „ 2 Anteile = 6 „
„ „ 3 „ „ 3 „ = 9 „
„ hatte 1 Mitglied 4 „ = 4 „
zusammen 59 Anteile

zu je 50 Mark, was eine Haftsumme von 2 950 Mark ergibt.

Ratibor, den 26. Februar 1910.

„Strzecha“ (Hütte)
Spółka budowlana (Baugenossenschaft) in Ratibor.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand.
Cyryl Ratajski. P. Gatzka. August Wylezich.

Aus Nr. 62 des Kurjer Sląski (Kattowitz) vom 17. März 1910:

Aus dem Kreise Rybnik.

(Betrifft die polnische Volksbank in Ratibor.)

In unserem lieben Kurjer Slonski las ich, daß sich die deutsche Presse mit unseren polnischen Banken, insbesondere aber mit der polnischen Volksbank in Ratibor sehr eingehend befaßt. So schreibt z. B. die deutsche Tageszeitung, daß sich die Zahl der Mitglieder im letzten Rechnungsjahre um 185, die Depositen um 490 000 ℳ vermehrt hätten und der Reingewinn 21 899 ℳ betragen habe. Der Reservefonds betrage 94 000 ℳ, und es sei eine Dividende von 9 % gewährt worden. In letzterem Falle sehen unsere Gegner aus sehr weiter Ferne, und darum lesen sie auch 9 statt 6 oder 6 statt 9, denn in Wirklichkeit ist eine Dividende von nur 6 % verteilt worden. Daß sich unsere polnischen Institute so ausgezeichnet entwickeln, ist ein erfreuliches Zeichen, es lohnt aber, sich den Verlauf der Generalversammlung der polnischen Bank in Ratibor vor Augen zu führen. Gleich nach Eröffnung der Versammlung ergriff der Redakteur des Nowiny Raciborskie, Herr Palendzki, das Wort und machte dem Vorstand schwere Vorwürfe, daß er den — ebenfalls polnischen — Nachbarbanken in Rybnik und Kosel Gelder zur Verfügung stelle. Alle Versammlungsteilnehmer waren sehr erstaunt darüber, wie sich ein polnischer Redakteur einen solchen Schritt erlauben konnte. Aber bald entpuppte sich die Sache. Das war nämlich nur ein von Herrn Palendzki ins Werk gesetztes Manöver, um in den Aufsichtsrat zu gelangen. Er hatte auch in die Versammlung alle seine „Getreuen" und Freunde mitgebracht, um mit ihren Stimmen dieses Amt zu erlangen, welches ihm für jede Sitzung in der Bank 5 ℳ einbringen würde. Es wäre ja für ihn auch sehr bequem, aus den Fenstern des „Deutschen Hauses" in die Fenster der polnischen Bank und umgekehrt aus den Fenstern der polnischen Bank in die Fenster des „Deutschen Hauses", wo er sich so gern aufhält, hinüberzuschauen. Die Versammelten reagierten jedoch auf seine „Ratschläge" nicht, und einer der Anwesenden äußerte sich, man brauche ihn, Palendzki, mit neuen Ämtern nicht mehr zu belasten, denn er habe ja sowieso schon mehr als zuviel Arbeit. — Wie es anders nicht zu erwarten war, fiel er bei der Abstimmung durch. Man muß sich überhaupt wundern, daß der Redakteur der Nowiny Raciborskie in dieser Weise gegen die Volksbanken in Rybnik und Kosel aufgetreten ist, denn in diesen Kreisen hat er doch auch seine Leser. Die Bürger aus den Kreisen Rybnik und Kosel werden sich dies zweifellos merken und nicht verfehlen, Herrn Palendzki für sein Auftreten ihre „Befriedigung" in der Weise auszudrücken, daß Herr Palendzki seinerseits damit nicht sehr zufrieden sein wird.

Ein Nationaler.

Aus Nr. 55 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 9. März 1910:

In Schoppinitz

fand den Korfantyblättern zufolge eine polnische Wählerversammlung statt. In dem Bericht über den Verlauf der Versammlung ist unter anderem zu lesen:

Am Vorstandstische nahm auch Herr Frietsche, Redakteur des Zentrumsblattes „Kurier" aus Königshütte, einen Platz ein. Im Einverständnis mit einigen Personen wollte auch er eine Ansprache halten, aber eine deutsche. Herr Kalinowski und einige andere hatten offenbar nichts dagegen einzuwenden, und so fragte Herr Kalinowski die Teilnehmer, ob sie alles verstanden hätten, was ihnen hier in polnischer Sprache vorgetragen worden sei, und ob sie wünschten, daß ihnen die ganze Sache noch einmal in deutscher Sprache vorgetragen werde. Darauf erhob sich ein Sturm von Protesten und Rufen: „Wir sind Polen, wir verstehen gut polnisch, und wir wollen keine deutsche Rede hören usw."

Aus Nr. 61 des Kurjer Sląski (Kattowitz) vom 16. März 1910:

Aus Kryry, Kreis Pleß.

Auf Bemühen des hiesigen Lehrers Herrn Sz. wurde in unserem Dorfe ein sogenannter Elternabend veranstaltet. In diesem Falle ist die Veranstaltung des Elternabends deshalb charakteristisch, weil er in der Fastenzeit in der Schule, nicht im Wirtshause, und zwar an einem Sonntage stattfand. Ich muß hier mit Anerkennung hervorheben, daß sich unsere Kryryner brav gehalten haben, denn außer einer Witwe, eines Mädchens und einiger jungen Leute aus dem Dorfe, ferner außer einer Frau vom Dominium hat niemand von uns Polen diesen „jubel" aufgesucht. Ich wundere mich nicht, daß jene Frauen daran teilgenommen haben, ich muß aber feststellen, daß sie auf diese Weise im Dorfe an Achtung nicht gewonnen haben, vielmehr lachen die hiesigen Einwohner über ihre unkluge Handlungsweise. Mehr wundere ich mich über manche unserer Jünglinge, die dieses hakatistische Vergnügen besucht haben. Genügen ihnen noch nicht die in preußischer Strenge in der Schule verbrachten 8 Jahre, daß sie dem Kommando eines deutschen Lehrers gehorchen? Aus ihrer Handlungsweise folgere ich nur, daß ihnen die deutsche „Kultur" mehr imponiert; aber ich versichere diesen Jünglingen, daß sie von dieser „Kultur" eine andere Überzeugung gewinnen werden, wenn sie in den Militärdienst eintreten werden, wo sie manchmal Worte hören werden, wie: „v... polnisches Schwein" — „elende Mißgeburt" usw. — wie ich es mit eigenen Ohren hören mußte. — Und euch, Eltern, frage ich, warum ihr das Wohl eurer Kinder so gering schätzt; ist es nicht genug, daß sie die ganzen Tage über in der deutschen Schule sitzen müssen, natürlich ohne großen Nutzen, und ihr schickt sie noch am Sonntage zu germanisatorischen Vergnügungen. Dadurch stellt ihr euch ein schlechtes Zeugnis aus, denn eure Pflicht ist es, den Kindern eine solche Erziehung zu geben, daß aus ihnen der polnischen Volksgesamtheit nützliche und der katholischen Kirche treue Bürger erwachsen.

Aus Nr. 59 des Kurjer Śląski (Kattowitz) vom 13. März 1910:

Aus Orzegow.

Der Wahlkampf ist hier ernstlich entbrannt. Kein Wunder, daß verschiedene Herren, die bisher in der Gemeinde den Reigen anführten und taten, was ihnen gefiel, jetzt ein für allemal den Verlust ihrer Einflüsse befürchten, die ihnen unsere Landsleute, weil sie die Tätigkeit unserer „Wohltäter" schon genügend kennen, entziehen wollten. Diese Wohltäter boten darum alle Kräfte auf, um diese Einflüsse nicht einzubüßen. Sie klebten also in den Gruben Plakate an, mittelst deren

sie den Leuten rieten, daß die Bürger für die bisherigen Gemeindevertreter stimmen sollten, die unsere Gegner sind. Sogar an dem Gasthaus des Herrn Pyka brachten sie einen solchen Zettel mit einer polnischen Aufschrift an, was uns sehr wundernimmt. Fürchtet denn Herr Pyka nicht, daß sein Gasthaus infolge dieser polnischen Aufschrift einstürzen könnte? Erklärte er doch unlängst, daß, solange Orzegow bestehen wird, er seinen Saal einem polnischen Verein nicht überlassen werde, und hier brachte er plötzlich am Wahltage an seinem Hause eine polnische Aufschrift an! Welchen Verlauf nahm nun die Wahl? — Im Wahllokal hatten sich verschiedene Lehrer einen Tisch mit „Getränken" auf der einen Seite aufgestellt, und auf der anderen Seite stellten sich drei Polizisten und mehrere Lehrer auf. Alle verfolgten die Wahl mit einem solchen Eifer, daß sie, als es zum Zählen der Stimmen kam und es sich zeigte, daß die Partei der „Herren" durchgekommen war, aus vollem Halse „Deutschland, Deutschland über alles" brüllten.

Aus Nr. 57 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 11. März 1910:

Aus Zerniki im Kreise Gleiwitz.

Ich warte ungeduldig, ob der Korrespondent, der in letzter Zeit über die hiesigen Verhältnisse berichtete, wieder etwas schreiben wird. Da man jedoch nichts hört, könnte es scheinen, daß bei uns alles in Ordnung sei. Dem ist aber nicht so. Ihr wißt, liebe Leser, wie sich nach Neujahr das Deutschtum bei uns gehoben und welche Triumphe es gefeiert hat. Es fand bei uns ein großer Fackelzug statt, wie ihn Zerniki noch nicht gesehen hat. Ein deutsches Fräulein überredete andere Mieter (?), einmal weniger Fleisch zu essen und dafür jenen Tag zu feiern, denn nach seiner Ansicht sind wir alle Deutsche und müssen preußischen Patriotismus zur Schau tragen. Kurz darauf veranstaltete man uns hier ein mit verschiedenen Vorträgen und Gesängen verbundenes „fest". Sogar der „gesangferajn" trug Lieder vor, und zwei Erzdeutsche traten zur größeren Ergötzung als Komiker auf. In einer Festrede erhob man das Deutschtum bis zum Himmel, wie wir doch den Deutschen dankbar sein müßten für all die Wohltaten, die wir von ihnen empfangen. Weiter wurde dort gesagt, wie solche „ferajny" zur Erhaltung des Deutschtums nicht nur in Zerniki, sondern in der ganzen Ostmark heilsam und notwendig seien. Etwas später wurde bei uns eine germanisatorische Theatervorstellung und einen Tag darauf ein Elternabend veranstaltet. Ich muß hinzufügen, daß dies in der Fastenzeit geschah. Es soll noch eine Theatervorstellung stattfinden, aber wann, weiß ich nicht. Mit Bedauern muß ich bemerken, daß sich an den verschiedenen deutschen Festlichkeiten viele Polen beteiligten, obgleich diese Feste für die Deutschen, nicht für die Polen bestimmt sind. Wenn man sich diese unerfahrenen Polen ansieht, möchte man fast nicht glauben, daß dies in unserem polnischen Zerniki geschieht.

Was würden unsere Väter und Großväter dazu sagen, wenn sie lebten? Bei uns gibt es viel Unerfahrenheit, und mit wenigen Ausnahmen wissen die Leute nicht, was Nationalität oder polnischer Patriotismus ist. Es wird aber nicht besser werden, bis das polnische Volk echt polnisch-katholisch-nationale Zeitungen abonniert. Wenn dies eintreten wird, wird das Volk verstehen, daß die Nationen der ganzen Welt einander gleich sind, daß alle Sprachen, wie auch die polnische Sprache von Gott erschaffen sind. Im neuen Testament sagte Jesus zu den Aposteln: „Gehet und lehret alle Völker", aber nicht nur in deutscher Sprache. Sogar den heiligen Geist sandte er in Gestalt von Feuerzungen herab, welche die Sprachen der einzelnen Völker bedeuteten, und so sind auch alle Sprachen gleich „fejn". Ein Volk, welches seine Sprache aufgibt und sich einer fremden nur deshalb bedient, weil es die fremde Sprache für etwas Besseres hält, ist nicht wert, daß ihn noch diese vaterländische Erde trägt, und er gehört zu den Verrätern der schlimmsten Art. Wenn man in den heutigen Zeiten eine Zeitung liest, kann man aus ihr herauslesen, wie andere Nationen, obgleich sie unterjocht sind und sich unter fremder Herrschaft befinden, dahin streben, daß sie ihre Nationalität nicht einbüßen. Und wir Polen? Viele von uns sind nur dem Namen nach Polen. Anstatt die Kinder zur Theatervorstellung zu schicken, wäre es besser, sie in die Kirche zur Kreuzwegandacht zu schicken oder ihnen für 25 Pf. eine polnische Fibel zu kaufen und sie polnisch schreiben zu lehren, damit die Geistlichen beim Beichtunterricht nicht so viele Mühen hätten. Manche Mütter behaupten, daß aus dem Kinde, wenn es die deutsche Sprache erlernt, etwas werden kann. Na, na, sind denn alle Deutschen Herren? Wie viele Millionen von ihnen arbeiten? Ich frage übrigens. Wie sieht es mit den Erfolgen der deutschen Sprache aus? Einen Beweis hierfür! Ich fragte einen Jüngling, der deutsch beichtet, wie „Habsucht", „Neid" usw. auf deutsch heißt. Er sperrte den Mund auf, als ob ihm ein mit Pferden bespannter Wagen hineinfahren wollte, aber eine Antwort erhielt ich nicht. Er sündigt also polnisch, beichtet aber deutsch. Was ist eine Beichte wert, wenn man in einer fremden Sprache beichtet? Wer ist aber schuld daran? Wer wird einmal vor Gott Rechenschaft ablegen? Etwa die Deutschen? Vor allem werden sie die saumseligen polnischen Eltern ablegen. Heut ist der Mensch nicht einmal auf der Straße sicher. Und die Diebstähle? Eine schöne Nachkommenschaft überwiegend polnischer Eltern! Wäre es nicht besser, polnischen Vereinen beizutreten nud zu lernen, wie man der Volksgesamtheit zum Nutzen gereichen, aber auch den Eltern eine Freude bereite. Vorläufig schließe ich.

Ein Sokol.

Aus Nr. 60 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 15. März 1910:

Aus Klodnitz, Kreis Kosel.

Am 9. d. Mts. fanden bei uns die Gemeindewahlen statt. Gewählt wurden: in der 1. Abteilung Herr Hartmann, Bahnbeamter; in der 2. Abteilung Herr Oskar Kirchner, Gastwirt und Herr Lesch, Bahnbeamter; in der 3. Klasse Häusler Josef Duda. Wie gewöhnlich, suchten auch in diesem Jahre in die Gemeindevertretung ihre Kandidaten durchzubringen: 1. die Grundbesitzer; 2. die Bahnbeamten; 3. die Cellulose-Fabrik. Ein heftiger Kampf tobte in der 3. Abteilung. Bahnassistent Borszcz übte auf die Bahnarbeiter einen Druck aus durch Drohungen wie: „Wer den Duda wählen wird, nehme sich in acht", weil angeblich Herr Duda ein großpolnischer Agitator ist. Herrn Duda stellte der Arbeiterverein auf, und er erhielt 108 Stimmen. Außerdem waren in der 3. Abteilung noch zwei Kandidaten, Herr Kaufmann und Hausbesitzer Dabinski (er erhielt 42 Stimmen) und Herr Hotelbesitzer Ekert aus Kosel-Hafen (er erhielt 41 Stimmen) aufgestellt. — In unserer Gemeinde herrschen ziemlich unangenehme Verhältnisse, besonders hinsichtlich der Steuern. Es ist mir bekannt, daß ein Häusler, welcher 10 Morgen Land besitzt, 4 Mark Einkommensteuern zahlt und ein Bauer, der 90 Morgen besitzt, zahlt nur 6 Mark Einkommensteuer, obgleich er keine

Schulden hat. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit? Ein Gemeindebeamter soll auf die Frage eines Beamten der Cellulosefabrik, warum die Eisenbahner weniger Steuern zahlen als die Fabrikarbeiter, gesagt haben: „Die sind mehr kultiviert, da darf man sie nicht so hoch schrauben, die Arbeiter können zahlen". — Die Wahlen sind für die Grundbesitzer ungünstig ausgefallen, aber sie sind selbst schuld daran, denn keiner liest ein polnisches Blatt, in dem man sich vor der Wahl verständigen kann. Es ist wirklich traurig, daß ein Bauer mit 70—120 Morgen Land keine Mittel hat, eine polnische Zeitung zu abonnieren!

Aus Nr. 60 des Górnoślązak (Kattowitz) vom 15. März 1910:

Mit 1200 Mark

ist jeder Leser des Gornoslonzak versichert auf Grund eines Vertrages mit der

Nürnberger Lebensversicherungsbank.

Unter der Erde arbeitende Arbeiter sind mit 1000 Mark versichert.

Wenn einer unserer Abonnenten infolge eines Unfalles sein Leben einbüßt, rechtzeitig gezahlt und die Bedingungen erfüllt hat, dann wird die Bank der hinterbliebenen Familie eine der im Vorstehenden angeführten Summen auszahlen.

Gornoslonzak, Verlagsgenossenschaft.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 5 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin) vom 1. März 1910:

Berlin. Die Jahres-Generalversammlung des polnisch-katholischen St. Joseph-Arbeitervereins fand am Sonntag, den 6. Februar statt. In den neuen Vorstand wurden folgende Herren gewählt: T. Chroscicki, Vorsitzender, St. Falkowski, Schriftführer, M. Orzałkiewicz, Kassierer, W. Kalinowski, stellvertretender Vorsitzender, Fr. Wesołek, stellvertretender Schriftführer, J. Niedziela, stellvertretender Kassierer, Ławicki, Bibliothekar, Uszałkiewicz, stellvertretender Bibliothekar; Marciniak, Tomiak und Wesołek, Fahnenträger, Wojtaszek, Mączynski und Wojciechowski stellvertretende Fahnenträger; Kassenrevisoren: Fr. Weber, W. Kalinowski und Mączynski; Delegierte für den Arbeiterverband Deutschlands: P. Bączorski und M. Gimzicki; für den Verband der Berliner Vereine: T. Chroscicki; zur Aufklärung: T. Chroscicki; Stellvertreter: Srodecki; für die Vereine im Norden: Fr. Weber; Beisitzer: Dolata, Biniecki und Ławicki.

Sämtliche Korrespondenzen, die die Vereine betreffen, sind an den Vorsitzenden Herrn T. Chroscicki, Kopenhagener Straße 18, zu senden.

Aus Nr. 5 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin) vom 1. März 1910:

Egeln bei Magdeburg.

Rechenschaftsbericht über die Jahrestätigkeit des St. Peter- und Paul-Vereins.

Im verflossenen Jahre hielt der Verein 14 Sitzungen ab, in welchen die laufenden Sachen besprochen und Vorträge gehalten wurden. Außerdem fanden drei Vorstandssitzungen statt. Für den Verein sind zwei hl. Messen abgehalten worden.

Im Laufe des Jahres veranstaltete der Verein zwei Vergnügungen sowie eine Weihnachtsbescherung für Kinder, welche mit entsprechenden Geschenken bedacht wurden.

Außerdem beteiligte sich der Verein viermal mit der Fahne bei Feierlichkeiten der Nachbarvereine. Der Verein hatte 28 Mitglieder, welche auch für das Jahr 1910 verbleiben.

Der Kassenbestand ist folgender:

Die Einnahme beträgt . . . 245,86 Mark.
Die Ausgabe „ . . . 215,30 „
Der Überschuß beträgt also 30,56 Mark.

Der Verein besitzt in der Sparkasse einen eisernen Fonds von 276,86 Mk., zusammen mit dem Überschuß 307,42 Mk. Außer der eigenen Bibliothek sind noch im Verein Bücher aus der Czytelnia Ludowa aus Posen zum Gebrauch; ferner abonniert der Verein auf folgende Zeitungen: Wiarus Polski, Gazeta Grudziądzka, Torunska und Gdanska, den Pielgrzym sowie die Verbandszeitung Robotnik Polski na obczyznie und das Organ der Polnischen Berufsvereinigung in Bochum.

Den Vorstand bilden folgende Herren: Teofil Maier, Vorsitzender, Andreas Gierszewski, Stellvertreter, Peter Kampowski, Schriftführer, Johann Stanko, Stellvertreter, Martin Dąbrowski, Kassierer, Felix Golinski, Stellvertreter und Bibliothekar. Sämtliche Briefe in Vereinsangelegenheiten sind an den Vorsitzenden T. Maier, Egeln, Breiteweg 18, zu richten.

Kampowski, Schriftführer.

Aus Nr. 5 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin) vom 1. März 1910:

Halle an der Saale.

Am 9. Januar fand die Generalversammlung des St. Franziskusvereins statt, welche der Vorsitzende, Herr Joseph Kempiak, in Anwesenheit von 26 Mitgliedern mit dem Vereinslosungswort „Glück Auf" eröffnete. Bei Beginn der Beratungen wurde das Lied „Boże Ojcze twoje Dzieci" (Gott Vater deine Kinder) gesungen. Aus der Berichterstattung des Vorstandes ging hervor, daß im verflossenen Jahre 29 gewöhnliche, 4 Generalversammlungen und 2 Vorstandssitzungen stattfanden. Am Anfang des verflossenen Jahres zählte der Verein 24 tätige und 6 Ehrenmitglieder. Es traten 21 neue Mitglieder ein, in ihre Heimat sind 8 Mitglieder abgereist. Wegen Nichtzahlung der Beiträge wurden zwei Mitglieder und wegen Friedensstörung im Verein wurde ein Mitglied ausgeschlossen. Für das laufende Jahr verbleiben 34 tätige und 6 Ehrenmitglieder. Am 25. Juli vorigen Jahres beging der Verein sein 16. Stiftungsfest, verbunden mit einer Theatervorstellung. Außerdem beging der Verein das Osterfest, den Jahrestag der Konstitution am 3. Mai, das hundertjährige Jubiläum des Julius Slowacki, die Mickiewicz-Feier und das Weihnachtsfest. Ferner veranstaltete der Verein drei Tanzvergnügungen, drei gemeinschaftliche Ausflüge und zwei Familienabende. In den Sitzungen pflegte man Vorträge, Deklamationen und Gesänge zu halten. Delegierte hat der Verein 7 Mal entsendet. Mit der Fahne trat der Verein 7 Mal auf. An der gemeinsamen Beichte hat der Verein einmal teilgenommen. Für den Verein fanden zwei heilige Messen

statt. Das Vereinsvermögen betrug am Anfang des verflossenen Jahres 166,87 Mk. Die Einnahme betrug 534,18 Mk., die Ausgabe 536,91 Mk. Es verbleiben somit 135,94 Mk. Infolge Bezahlung von 180 Mk. Schulden für die Fahne beträgt das Defizit 573 Mk. Die Bibliothek besteht aus 262 Büchern. Der Verein abonnierte die „Gazeta Grudziądzka" und den „Robotnik Polski na Obczyznie". Bei den Vorstandswahlen wurde der Versammlungsvorsitzende Ignaz Pawlikowski gewählt Der neue Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern: Joseph Kempiak als Vorsitzender, Johann Kurzawski, dessen Stellvertreter, M. Kmieć als Schriftführer, Kasimir Wisniewski, dessen Stellvertreter, Ignaz Skibinski als Kassierer, M. Brilinski, dessen Stellvertreter, J. Górczak als Bibliothekar, Jeslaus Kmieć, dessen Stellvertreter. Das Ehrengericht besteht aus folgenden Personen: Ignaz Pawlikowski, Adalbert Matuszak und Johann Siwek. Nach beendeter Wahl dankte der Vorsitzende den Mitgliedern für das Vertrauen und regte sie zur gemeinsamen Arbeit und Agitation an. Nach absingen des Liedes „Stańmy bracia wraz" (Brüder stehen wir zusammen) schloß der Vorsitzende mit dem Losungswort „Glück Auf" die Versammlung. Die Sitzungen finden jeden ersten und zweiten Sonntag jedes Monats im Lokal „Jägerhof" statt. Es wird gebeten, sämtliche Korrespondenzen an den Vorsitzenden Joseph Kempiak, Thüringer Str. 22, zu richten

Joseph Kempiak, Vorsitzender. Martin Kmieć, Schriftführer.

Ignaz Skibinski, Kassierer.

Aus Nr. 57 des Wiarus Polski (Bochum) vom 11. März 1910:

Unsere Fibeln für Kanada.

Mikada Saskarzewan, Kanada, den 19. Februar 1910.

Geehrte Herren Redakteure!

Ich habe in den Spalten der katholischen Zeitung in Winnipeg unter der Aufschrift „Hunderttausend Fibeln umsonst" gelesen, daß, wer seine genaue Adresse angibt, so viele dieser Fibeln zum Unterricht für polnische Kinder umsonst erhält, als er fordert.

Geehrte Redaktion! Unsere hiesigen Schulen lehren unsere Kinder Englisch; Polnisch darf leider nicht gelehrt werden. Wir hätten unsere Kinder zu Hause selbst in unserem Glauben unterrichten müssen, aber zum Glück hat uns der liebe Gott einen polnischen Geistlichen, einen Greis von 64 Jahren geschickt. Er lehrt unsere Kinder in seiner Propstei polnisch lesen, aber nur während des Sommers. Er heißt L. A. Klawitor, ist aus Warschau gebürtig, seine Eltern stammen aus Krakau.

Ich bitte die geehrte Redaktion um Übersendung von Fibeln für polnische Kinder, damit sie polnisch schreiben und lesen lernen.

Johann Ksiądzyna.

Wir haben obigen Wunsch gern erfüllt und vorläufig 300 Fibeln an die mitgeteilte Adresse geschickt. Wenn mehr Fibeln erforderlich sein sollten, dann werden wir noch mehr Exemplare nach dem fernen Amerika schicken. Bisher haben wir unsere Fibeln nicht nur im ganzen Rheinland und Westen verteilt, sondern sie auch nach Baden, Bayern (Münchener Gegend), Bremen, Hamburg, Kiel, Hannover, Provinz und Königreich Sachsen, der Lausitz, Berlin, Pommern, West- und Ostpreußen, Posen, Oberschlesien und schließlich nach der Hauptstadt von England, London, und jetzt nach Kanada verschickt; im ganzen 70000 Exemplare.

Unsere bescheidenen Fibeln sind aus nicht lobenswerten Gründen angegriffen worden, und doch strecken Tausende von polnischen Kindern in Polen und in der nahen wie fernen Fremde ihre Hände nach ihnen aus und lernen aus ihnen polnisch lesen, daß es eine Lust ist. Das freut uns. Und diese Freude teilen wir mit Euch, liebe Landsleute, und bitten um Mitteilung weiterer Adressen, damit wir nach den von der Entnationalisierung bedrohten Grenzgegenden Fibeln schicken können. Wir haben noch 30000 Exemplare zur Verteilung.

Aus Nr. 31 des Narodowiec (Herne) vom 12. März 1910:

Zur Ehrung des 50 jährigen Jubiläums des Literaten Josef Chociszewski (aus Gnesen)

hat das Komitee, das sich zu diesem Zweck gebildet hat, einen Aufruf erlassen, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Brüder und Landsleute! In diesem Jahre werden es 50 Jahre, daß der Senior der polnischen Literaten Josef Chociszewski das erste Mal als Arbeiter auf nationalem Gebiete aufgetreten und in die Reihen derjenigen eingetreten ist, die Leib und Seele, Gesundheit und Leben, Hab und Gut zum Wohl ihrer Landsleute, des polnischen Volkes opfern. Der Name dieses bedeutenden polnischen Volksschriftstellers ist so weit berühmt, als die polnische Zunge reicht, und dieser Ruhm windet heute auf dem ehrwürdigen Haupte des 73 jährigen Greises einen Lorbeerkranz. Damit aber unser geliebter Schriftsteller auch von uns Ärmsten, für die er fast ausschließlich geschrieben und gearbeitet hat, irgend ein Jubiläumsandenken hat, bitten wir alle geschätzten Landsleute in der Fremde, daß wer kann, und sei es auch die kleinste Gabe zu Händen des vom unterzeichneten Komitee gewählten Herren Stanislaus Jankowiak in Herne, Neue Straße 35, niederlegen möchte, um für diese gesammelte Summe ein entsprechendes Geschenk aus der Fremde demjenigen schenken zu können, der sein ganzes Leben hindurch Gott und dem Vaterlande Huldigungen und Opfer dargebracht und wer für Millionen gelitten hat.

Brüder und Landsleute!

Wir Verbannten in der Fremde werden dann mit dem Vaterland in einen Wettkampf eintreten, und wir werden uns bemühen, dieses Ruhmesjahr des Nestors der polnischen Literaten in der feierlichsten Weise zu verherrlichen.

Ehre dem großen Arbeiter auf nationalem Gebiete!
Ehre dem Märtyrer der polnischen Nation!
Ehre dem Josef Chociszewski!
Herne, im Februar 1910.

Das Jubiläumskomitee bilden die Herren Peter Palinski aus Bochum, Kuncerowicz aus Bochum-Hofstade, D. Wisniewski aus Herne, Wachowiak aus Eikel und St. Jankowiak aus Herne.

Der Gewerbeverein in Herne hat 15 Mark im Sinne des Aufrufs bewilligt.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 99 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 1. März 1910:

Hinter den Kulissen der Diplomatie.

In den sehr vertraulich geführten und schon mehrere Wochen lang sich hinziehenden russisch-österreichischen Verhandlungen ist ein Stillstand eingetreten. Graf von Aehrenthal hat sich nach Berlin begeben, um mit

von Bethmann Hollweg zu beraten, inzwischen aber bekam der russische Kaiser den Besuch des Zaren von Bulgarien. Während man in Berlin an einer Erklärung arbeitete, die dahin lautete, daß beide verbündete Staaten nach Erhaltung des status quo auf der Halbinsel Balkan streben, fand in Zarskojeselo eine große russisch-bulgarische Freundschaftskundgebung statt, und bevor vier Wochen verflossen sein werden, wird an dem Hofe des Zaren Nikolaus der König von Serbien erscheinen, um unter dessen Schutz sein Land und seine Dynastie zu stellen. In Anbetracht der vollzogenen und noch beabsichtigten russisch-balkanischen Freundschaftskundgebungen, sowie der auf die Gründung eines Bündnisses der slawischen Balkanstaaten unter dem Protektorate Rußlands abzielenden Agitation erscheinen die Forderungen, mit welchen Rußland auf die Versöhnungsvorschläge Österreichs antwortet, durchaus unzweideutig. Indem es von Österreich eine förmliche Erklärung verlangt, daß es nicht nur auf jegliche Eroberungspolitik auf der Balkanhalbinsel, sondern auch auf die Einmischung in irgendeinen Konflikt in den Balkanstaaten verzichtet und indem es auf die Weise offenkundig seine Freundschaftsbeziehungen zu diesen Staaten immer enger schließt, tritt Rußland in der Wirklichkeit an Österreich mit dem Anspruch heran, im Interesse Rußlands auf jeden politischen Einfluß in den benachbarten Balkanbesitzungen zu verzichten. Der Konflikt um das politische Übergewicht in den südlichen Slawenländern, der die eigentliche Zuspitzung der russisch-österreichischen Beziehungen im vergangenen Jahre bildete, soll mit der völligen Verzichtleistung Österreichs sein Ende erreichen.

Wir wollen hier nicht darauf eingehen, ob es den Zukunftsinteressen und Forderungen der österreichischen Monarchie nicht mehr entsprechen würde, wenn die Aufmerksamkeit von den Balkanangelegenheiten abgelenkt und den näheren, aber wichtigeren Fragen zugewendet würde. Jedenfalls ist der Rollenwechsel zwischen Österreich und Rußland, der sich in den letzten Wochen vollzogen hat, eine sehr bemerkenswerte Erscheinung. Kaum ein Jahr nach seinem kühnen Auftreten, das auf einmal sein längst erschüttertes Staatsansehen in Europa wiederherstellte, fast unmittelbar nach der leidenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen dem Grafen von Aehrenthal und Iswolski, wendet sich Österreich an Rußland mit Friedensvorschlägen, und das vor Jahresfrist gedemütigte, sich seiner Machtlosigkeit bewußte Rußland tritt in der Rolle einer Partei auf, die der Wiener Regierung sehr schwere, nach den vorjährigen Ereignissen geradezu beleidigende Bedingungen stellt.

Daß das durch die österreichische Politik hinsichtlich der bosnischen und serbischen Frage tief beleidigte Rußland nicht geneigt ist, die Beleidigung zu vergessen und die früheren freundschaftlichen Beziehungen ohne entsprechende Genugtuung wiederherzustellen, ist verständlich. Es beugte sich vor einem Jahre nur notgedrungen, und zwar angesichts der Aussicht auf eine sichere Niederlage und eine neue Revolution im Innern des Landes, niemals aber verzichtete es auf die führende Rolle unter den slawischen Balkanstaaten. Es antwortet also auf die Versöhnungsvorschläge mit der Forderung einer förmlichen Anerkennung dieser Ansprüche durch Österreich. Natürlich und vollständig verständlich ist denn auch das Bestreben Österreichs, der durch den vorjährigen Konflikt hervorgerufenen Unsicherheit ein Ende zu machen und die guten Beziehungen zu dem östlichen Nachbar wiederherzustellen. Aber die außergewöhnliche Nachsicht und Geduld, mit der es trotz des widerstrebenden Verhaltens des amtlichen Rußlands und der Schroffheit der russischen öffentlichen Meinung nach einem friedlichen Ausgleich seiner vorjährigen Abrechnungen mit Rußland strebt, entschuldigen nicht die öffentlich bekannten Tatsachen und Verhältnisse. Diese rechtfertigen auch weder die durch die Zusammenkunft in Racconigi verursachten Rücksichten, noch die in dem Prozesse Friedjung erlittene Niederlage des Grafen Aehrenthal, noch die dem österreichischen Minister des Äußern zugeschriebenen Träume von einer Erneuerung des Dreikaiserbündnisses. Es würde genügen, Italien einen kleinen Teil dieser Versprechungen zu machen, die Rußland von Österreich verlangt, um Italien vollständig zu gewinnen. Die Niederlage in der Friedjungschen Angelegenheit konnte mit Rücksicht auf Serbien sehr unangenehm werden, und Graf von Aehrenthal lieferte schon vor einem Jahre den Beweis, daß ihn weit triftigere und mächtigere Entrüstungserscheinungen in dem benachbarten Königreich wenig angehen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß er, insoweit er wirklich, wie die „Eingeweihten" behaupten, ein Anhänger der Erneuerung des Dreikaiserbündnisses ist, bis zu dem Grade ein Sklave des einmal gefaßten Gedankens sein sollte, daß er einer unter den gegebenen politischen Verhältnissen ungreifbaren Utopie das staatliche Ansehen der Monarchie und sein eigenes Ansehen eines nüchternen Politikers opfern sollte.

Wenn Österreich, nachdem es vor einem Jahre mit nicht geringem Willensaufwande und großen Geldopfern das durch lange Untätigkeit eingebüßte Ansehen eines mächtigen, unternehmungslustigen und zum rückhaltlosen Schutze seiner Interessen entschlossenen Reiches wiedererlangte, heute sich der Gefahr aussetzt, die mit so großen Opfern gewonnenen Vorteile durch das Buhlen um die Freundschaft des eine sehr übermütige Haltung einnehmenden Rußlands einzubüßen, so heißt das, daß es sich in einer Zwangslage befindet. Und es konnte in diese nur dann geraten, wenn es zu der Überzeugung gelangte, daß es angesichts der sich bemerkbar machenden neuen Kriegskonflikte mit Rußland nicht mit Sicherheit auf die deutsche Hilfe rechnen könnte, die ihm vor Jahresfrist einen so leichten Sieg sicherte, oder daß es auch diese Hilfe auf Kosten eines Versprechens erhielt, das es jetzt halten muß. Jedenfalls ging die Annahme in Erfüllung, daß Österreich, von der deutschen Unterstützung in der serbischen Frage Gebrauch machend, eine große und gefährliche Schuld auf sich geladen hat. Nachdem es sich mit Deutschland verbunden und nicht beizeiten, nach dem Beispiele anderer Staaten, für anderweite Sicherstellung gesorgt, geriet es in Abhängigkeit von seinem Bundesgenossen.

Für Deutschland ist die Erhaltung guter Beziehungen zu Rußland eine Frage des Seins oder Nichtseins, namentlich von dem Augenblick an, als sich Rußland in die vom König Eduard geschaffene Koalition hineinziehen ließ. Umgekehrt ist für Rußland die deutsche Freundschaft nicht nur Überlieferung und Herzensbedürfnis, sondern auch die sicherste Garantie für die Aufrechterhaltung der bisherigen Sachlage in den inneren Verhältnissen, der Schutz vor dem Gespenst einer neuen Revolution. Nicht umsonst begab sich Kaiser Wilhelm fast unmittelbar nach Beilegung des serbischen Konflikts nach Bjorkoe zur Begegnung mit dem Zaren Nikolaus, nicht umsonst benutzte der Zar zweimal die Gelegenheit, um sich persönlich mit dem deutschen Kaiser zu verständigen. Nicht durch Zufall hat auch gleich zu Anfang der russisch-österreichischen Verhandlungen der deutsche Botschafter in Petersburg in einer öffentlichen Ansprache sehr deutlich die Macht und Dauerhaftigkeit der traditionellen deutsch-russischen Freundschaft betont und Iswolski diese Erklärung in dem Berliner Lokal-Anzeiger bekräftigt.

Der Zustand einer dauernden Spannung zwischen Österreich und Rußland angesichts eines derartigen Charakters der deutsch-russischen Verhältnisse kann der Berliner Regierung nicht erwünscht sein. Die all-

deutschen Blätter, wie z. B. die Schlesische Zeitung, können bedauern, daß mit dem Augenblick des Aufhörens der russisch-österreichischen Kriegsgefahr Deutschland den Trumpf verlieren wird, der ihm die Erhaltung Österreichs in seiner Abhängigkeit erleichterte. Für die Berliner Regierung ist es wichtiger, wenn sie sich nicht zum zweiten Male in die Notwendigkeit versetzt sieht, zwischen dem amtlichen Bundesgenossen und dem traditionellen Freunde zu wählen, daß nicht die Aussicht auf eine bewaffnete Beteiligung Deutschlands an einem russisch-österreichischen Kriege die Befestigung antideutscher Strömungen in Rußland begünstigt. Die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen den entzweiten Nachbarn ist für sie also die wichtigste Sache der auswärtigen Politik, und naturgemäß geht daraus hervor, daß die Kosten der Aussöhnung, falls sich Deutschland zurückziehen sollte, das mit der Isolierung bedrohte Österreich bezahlen soll. Das unnatürliche, dem Charakter der Monarchie und ihren wirklichen Interessen widersprechende Bündnis führt zu traurigen Konsequenzen und Notwendigkeiten.

Für die bewiesene Neigung zur Aussöhnung mit Rußland unter Gefährdung seines Staatsansehens erhielt Österreich, außer der äußerst herzlichen Aufnahme, die dem Grafen von Aehrenthal in Berlin zuteil wurde, die erneute demonstrative Betonung der Macht und Beständigkeit des Bündnisses mit Deutschland sowie die Aussicht auf Erhaltung der guten Beziehungen mit Italien, was nichts weiter bedeutet als das, was ihm auf Grund der Verträge rechtlich zukommt. Das ist ein geringes Äquivalent und man hat keine Sicherheit dafür, ob Österreich von Deutschland für den Fall, daß es sich herausstellen sollte, die in Berlin aufgestellte allgemeine Formel hinsichtlich der Balkanpolitik befriedige das beleidigte Rußland nicht und genüge nicht zur Beseitigung der gefährlichen Mißtöne, entsprechende Garantien erhalten hat.

Aus Nr. 104 der Nowa Reforma (Krakau) vom 5. März 1910:

Aus den preußischen Landesteilen. (Humor im Kampfe. — Freie Liebe unter den Kühen anläßlich der Landtagswahlen.)

In dem erbitterten deutsch-polnischen Kampfe fehlt es auch nicht an humoristischen Episoden. Über eine derartige Episode wurde vor einigen Tagen ausführlich im preußischen Landtage verhandelt. Der Zentrumsabgeordnete Graf v. Praschma beschwerte sich über den unerhörten, seitens einiger preußischer Landräte ausgeübten Druck bei den Landtagswahlen und führte folgendes Beispiel an: In einem der Posener Wahlbezirke stimmte ein deutsch-katholischer Gutsbesitzer nicht im Sinne der Regierung und zog sich dadurch das Mißfallen des Landrats zu. Dieser Besitzer war, als ausgezeichneter Landwirt, Vorsitzender der Kreiskommission für die Auswahl und Begutachtung der Zuchtstiere. Da ihm der Landrat auf keine andere Weise zusetzen konnte, beeinflußte er die Kommissionsmitglieder dahin, daß sie erklärten, mit diesem Staatsverräter nicht weiter zusammenarbeiten und ihre Mandate niederlegen zu wollen, was auch geschehen ist. — Aus diesem Grunde löste sich die Kommission auf, und in diesem Kreise herrscht — wie Graf v. Praschma witzig bemerkte — aus politischen Gründen unter den Kühen die „freie Liebe", die durch keine Rechtsvorschriften geregelt ist. Diese Erklärung rief im Landtage — mit Ausnahme der preußischen Junker — eine ungeheure Heiterkeit hervor. Die letzteren nahmen den Landrat in Schutz und aus ihren Ausführungen ging hervor, daß die Ursache für die Lockerung der guten Sitten unter den Kühen in dem betreffenden Kreise wieder die polnische Frage ist. Der Zentrumsmann beging nämlich das Verbrechen, daß er für den polnischen Kompromißkandidaten stimmte, wodurch er, wie das ganz im Ernst der konservative Abgeordnete Herr v. Kardorff ausführte, sich sogar als unwürdig erwies, in der Kommission für die Begutachtung der Zuchtstiere mitzuarbeiten. Dieser Fall beweist, bis zu welchem, geradezu an Verblendung reichenden Chauvinismus die antipolnische Junkerclique geht, daß sie nicht einmal fühlt, wie lächerlich sie sich macht. —

Aus Nr. 104 der Nowa Reforma (Krakau) vom 5. März 1910:

Zwei Millionen für die Entnationalisierung.

Noch ist kein Jahr verflossen seit dem Augenblick, in welchem der bekannte deutsche Schriftsteller Peter Rosegger die wohlhabenderen deutschen Bürger und Anstalten aufforderte, je 2000 Kronen zu opfern zur Aufbringung eines Zweimillionenfonds für den sogenannten „Schulverein" — und der Betrag ist bereits aufgebracht worden. Dies macht der Vorstand des „Schulvereins" bekannt und fordert gleichzeitig diejenigen, die nicht durch eine Spende zur Aufbringung der zwei Millionen beigetragen haben, auf, sich nunmehr mit ihren Beiträgen zur Vermehrung dieses Fonds zu beeilen.

Wenn wir erwägen, daß die deutsche Bevölkerung nirgends an einem Schulmangel leidet, daß sie im Gegenteil Schulen besitzt, in denen die deutsche Schuljugend einen verschwindend kleinen Prozentsatz, die slawische Jugend dagegen eine ungeheure Mehrheit bildet, so werden wir einsehen, daß der ganze Roseggersche Fonds ausschließlich die Entnationalisierung der Slawen durch die deutschen Schulen bezweckt. Wenn wir ferner erwägen, daß die Tschechen angefangen haben, die zweite Million Kronen für ihre Schulen aufzubringen, die an der tschechisch-polnischen Grenze ebenfalls gegen uns gerichtet sind, so müssen wir um so eifriger für die Grunwaldspende sammeln. Mögen kleine Beträge geopfert werden, aber möge jeder zu der Grunwaldspende beitragen, und auf die Weise werden wir bald die erste Million beisammen haben und mit der Aufbringung der zweiten Million anfangen. —

Aus Nr. 114 der Nowa Reforma (Krakau) vom 11. März 1910:

Die gebrandmarkte Roheit.

Aus den Sonderberichten geht hervor, daß der Verlauf der von der Sozialdemokratie veranstalteten amtlichen demonstrativen Sonntagsspaziergänge in Berlin gegen die Regierungsvorlage zur preußischen Landtagswahlreform keineswegs so ruhig und vollständig unschuldig gewesen sei, wie das die ersten, aus amtlichen Quellen herrührenden Depeschen versichert hatten. Die Anzahl der Personen, die während dieser Spaziergänge verwundet oder schwer mißhandelt worden seien, sei sogar ziemlich bedeutend; nach Privatberechnungen habe man derartiger Opfer über hundert gezählt. Bemerkenswert sei es, daß sich unter dieser bedeutenden Anzahl nur zwei oder drei Polizeibeamte befunden hätten und nicht minder, daß diese Wächter der öffentlichen Ordnung nur leichte Verletzungen davon-

getragen, während sich die schwer Verwundeten und Verletzten auf seiten der Bevölkerung befunden hätten. Schon dieser Umstand beweise offenbar, welche der beiden sich gegenüberstehenden Parteien die angreifende und welche die passive gewesen sei. Übrigens bestätigten alle Privatmeldungen aus Berlin übereinstimmend, daß die an den Spaziergängen beteiligten Volksmengen sich ungewöhnlich ruhig, ja geradezu musterhaft verhalten hätten, daß sich dagegen die Polizei große Übergriffe und rohe Gewalttätigkeiten habe zu Schulden kommen lassen, daß sie allein alle Reibereien, die sich während dieser Spaziergänge ereignet hätten, hervorgerufen habe, daß sie ohne jede Veranlassung blank gezogen und mit wilder Leidenschaft die ruhigen Demonstranten angegriffen habe.

Die unparteiischen Berliner Blätter seien mit den geradezu barbarischen Taten der Polizei überfüllt, unter denen es sogar an Mißhandlungen der Frauen und Kinder nicht fehlte.

Es sei anzunehmen, daß das ihrerseits eine Vergeltung für die geschickte List der Demonstrationsveranstalter gewesen sei, denen es tatsächlich gelungen sei, die Beschützer der preußischen Ordnung im wahren Sinne des Wortes an der Nase herumzuführen. Sie hatten nämlich demonstrative Spaziergänge in dem eine Meile von Berlin entfernten Treptower Parke angekündigt, während sich die Volksmengen, als der Polizei-Präsident alle seine Kräfte dort zusammengezogen hatte, in dem im Zentrum der Stadt belegenen und durchaus nicht bewachten Tiergarten und obendrein in einem Augenblicke versammelt hatten, in dem zur üblichen Spazierausfahrt Kaiser Wilhelm habe erscheinen sollen. Die Tatsache, daß die Polizei diese List nicht vorausgesehen habe, hatte sie sehr lächerlich gemacht und ihren junkerischen Präsidenten, Herrn v. Jagow, vollends bloßgestellt.

Die liberale und sozialdemokratische Presse überhäuft deshalb die Polizei mit Spott, Hohn und bissigen Bemerkungen und aus den konservativen Blättern blickt offen Ärger und Entrüstung über diese Unbeholfenheit des Herrn v. Jagow und seiner Unterstellten durch. Die ultrakonservative Kreuzzeitung bedauert, daß die Polizei einem gewöhnlichen „Schmuggler- und Gaunertrick" zum Opfer gefallen sei. Ihre freikonservative Kollegin, die Post, macht der Polizei den Vorwurf, daß sie selbst der Sozialdemokratie geholfen habe, der Demonstration große Ausdehnung und Bedeutung zu verschaffen. Wenn sie nämlich den angekündigten Spaziergang im Treptower Park nicht verboten hätte, hätte sie nicht derartige Volksmengen auf die Straßen der Stadt herausgelockt. Das Organ der orthodoxen Pastoren, der Reichsbote, bewundert die vorzügliche Organisation der Sozialdemokratie, deren Anführer ohne Lärm, ohne lautes Kommando die Riesenmengen nach Belieben von einem Ort auf den anderen werfen könnten. Es habe sich auch gezeigt — schreibt das erwähnte Organ —, daß die politische Polizei der Geschicklichkeit eines so wohldisziplinierten Gegners nicht gewachsen sei. Die Auslandspresse, namentlich die englische und die französische, brandmarkt das Verhalten der Berliner Polizei in dieser Angelegenheit scharf. Die Pariser Tagesblätter erblicken ausnahmslos in dem Verlaufe der Sonntagsdemonstrationen einen sittlichen Sieg der Bevölkerung, dagegen eine Niederlage der preußischen Polizei und wundern sich nur darüber, daß die Bevölkerung einer Millionenstadt sich so geduldig die Roheit der Polizeiorgane habe gefallen lassen. Ein derartiger Polizeiterrorismus wäre in den anderen Hauptstädten der Verfassungsstaaten unmöglich. Das Journal des Debats schreibt, daß Herr v. Jagow am Sonntag von der demonstrierenden Volksmenge eine strategische Unterrichtsstunde erhalten habe und am Abend dieses Tages die Zielscheibe des Gelächters und des Spottes in allen überfüllten Berliner Kneipen gewesen sei. Der Temps bewundert den imposanten Anblick der demonstrierenden Volksmengen. Die Daily Chronicle schreibt, daß sie beim Anblick der Grausamkeiten, die sich die Polizei habe zu Schulden kommen lassen, schauderte und hebt hervor, daß die preußische Regierung selbst die dortige Bevölkerung zur sozialen Revolution treibe. Der Berichterstatter der Daily News berichtet über zahlreiche Fälle der Herausforderung seitens der Berliner Polizei und verhöhnt den Präsidenten v. Jagow, weil er es ausgezeichnet verstehe, die Bevölkerung der Hauptstadt Deutschlands „zu Sozialdemokraten zu erziehen". Andere Londoner Blätter entrüsten sich über die Brutalität der deutschen Polizei und betonen überhaupt mit Nachdruck, daß dies eine „besondere Eigenschaft der preußischen Behörden sei".

Die kreuzritterliche preußische Seele hat sich wiederum einmal den Völkern Europas in ihrer ganzen Grausamkeit gezeigt. —

Aus Nr. 57 des Kurjer Poznański (Posen) vom 11. März 1910:

Galizien als Operationsterrain von Agenten der russischen Ochrana.

Von einem der galizischen Freunde unseres Blattes erhalten wir eine Reihe von Informationen über die Tätigkeit der Agenten der Warschauer Ochrana im österreichischen Gebietsteile. Einzelne Informationen wollen wir unseren Lesern mitteilen.

So manchem Leser der Tageszeitungen mußte ein besonderes Moment auffallen: das unaufhörliche Verhaften von Agenten der russischen Ochrana in Galizien. Die Sache begann mit dem Prozeß Haeckers, welcher der Borowska Spionage vorgeworfen hatte, und mit dem Parteigericht über Stanislaus Borowski, den sowohl die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens als auch die polnisch-sozialdemokratische Partei beschuldigte, der Ochrana sich dienstbar erwiesen zu haben.

Etwa seit dieser Zeit, d. i. seit dem Frühjahr 1909 gab es keinen Monat, in welchem die österreichische Polizei nicht wenigstens einen Agenten verhaftet hätte. Seit dem Herbst 1909 wurden die Verhaftungen immer öfterer, so daß gegenwärtig fast jede Woche frische Enthüllungen brachte.

Diese Verhaftungen lassen den Schluß zu, daß wir es in Galizien mit einer ganzen Spionageorganisation zu tun haben, die sich auf die Warschauer Ochrana stützt. Diese von rührigen und nicht zu fassenden Leitern gehandhabte Organisation funktioniert unaufhörlich, und sie wird unausgesetzt durch neue Leute verstärkt. Wo die tatsächliche Leitung der Organisation sich befindet, das ist schwer zu kontrollieren. Man hatte ohne Begründung das russische Konsulat in Lemberg im Verdacht. Nicht minder spricht man allgemein davon, daß der frühere Lemberger Konsul Baron Pustoszkin bei der militärischen Spionageaffäre des Ruthenen Monczalowski so stark engagiert gewesen sei, daß er nach Entdeckung des neben ihm wohnhaften Spions Lemberg hatte verlassen müssen.

Das Gros der Spione konzentriert sich in den Ortschaften, wo die Agenten Berichte über militärische Angelegenheiten sammeln können, also vor allem in Przemysl, Lemberg und Krakau.

In Lemberg hat die Ochrana ihre Hauptagentur. Hier ist Josef Draminski tätig, der sich der Ochrana in Warschau und Lodz dienstbar erwiesen hat. Er arbeitet mit Hilfe einiger Agenten seit längerer Zeit. Seine

Bedeutung beruht vor allem auf dem Organisieren von Spionagekadres im Lande und in der Hauptstadt. Alle Nachforschungen sind nach dieser Richtung hin sehr erschwert.

Wie man hört, rekrutieren sich die Hauptspione aus der Mitte der Jugend. Es ist eine überaus bezeichnende Tatsache, daß sich unter den Enthüllenden Personen aus den unter russenfreundlichem Einflusse stehenden ruthenischen Kreisen befinden, welche das Denunziantentum im Namen der Idee betreiben. Beweis hierfür sind die Ergebnisse der Untersuchung gegen den Studenten Dobrjanski, der seinerzeit in der Gegend von Sambor grassierte.

Krakau steht insofern höher als Lemberg da, als hier infolge der im vorigen Jahre berühmt gewordenen Interpellationen des Stadtverordneten Turski die Stadtverordnetenversammlung und die Polizei sich mit den Spionen befaßten im Gegensatz zu Lemberg. Dem Direktor der Krakauer Polizei, Flattau, gelang mehrfach ein Fang. Man braucht nur an die Prozesse Dekert und Kozlowski, an die Verhaftung des Rabinowicz, sowie einer dem Namen nach unbekannten Person zu erinnern, die sich hinter dem Namen Renkosiewicz verbirgt.

Was die gegenwärtig in Krakau ihr Unwesen treibenden Macher betrifft, so gilt es vor allem, den Zirkel der Großpolen auf eine Person aufmerksam zu machen, welche sogar zu Familienvorlesungen Zutritt hat, mit Pfeilern der Warschauer Ochrana in enger Fühlung steht und auf den österreichischen Grenzstationen ihr Unwesen treibt.

Die letzte Verhaftung eines Krakauer Magistratsbeamten, der sich als „Fiala" ausgab, wirft zweifellos viel Licht auf eine Reihe von Personen; es seien nur Pientkowski und Fialkowski genannt. Ferner grassiert in Krakau Goldberg, der zu dem Freundeskreise des Rabinowicz gehört und der dasselbe Pseudonym anwendet wie dieser.

Das Diskreditieren dieser Individuen ist um so unerläßlicher, als es gilt, die breiten Kreise zu warnen, in denen sie operieren. Vielleicht gelingt es mit Hilfe der Volksgemeinschaft selbst, die herrschende Gangräne auszurotten.

Aus Nr. 69 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 10. März 1910:

Ein polnischer Bülow.

Aus Posen teilt man dem Slowo Polskie mit:

Bevor sich noch das Schicksal des Majorats Reisen endgültig entschieden hat, ist das große Majorat der Barone von Bülow in Mecklenburg, welcher Familie auch der frühere Reichskanzler Fürst Bülow angehört, in polnische Hand übergegangen und zwar an den Baron Hermann von Bülow in Anasowka bei Woloczysk in Wolhynien.

In dem Gründungsstatut des Majorats ist eine Bestimmung enthalten, nach welcher im Falle des Aussterbens der ersten Linie der Familie von Bülow, das Majorat an dasjenige Mitglied der anderen Linien der Familie fällt, den das Los hierzu bestimmt.

Vor hundert Jahren zog einer der Barone von Bülow nach Polen, siedelte sich im Kreise Lublin an und vermählte sich mit einer katholischen Polin; die im polnischen Geiste und in der katholischen Religion erzogenen Kinder gewannen das Land lieb und betrachten Polen als ihr Vaterland. Aus dieser Familie stammen auch der in Anasowka bei Woloczysk wohnende Baron Hermann, ferner Rudolf von Bülow, der Besitzer von Cieszyn, Kreis Lublin.

Als vor einigen Jahren die Hauptlinie der Bülows ausstarb, nahmen die Barone Bülow in Wolhynien, die eingedenk der Majoratsbestimmungen ihren Namen voll beibehalten und stets Beziehungen zu der Majoratslinie gepflogen hatten, an dem Familientage teil, und das Schicksal wollte es, daß das Majorat an Herrn Hermann von Bülow in Anasowka fiel. Im Falle der bis jetzt kinderlose frühere Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow ohne Nachkommenschaft sterben sollte, gehen seine Güter gleichfalls in den Besitz des polnischen Bülow über.

Der neue Besitzer des Majorats in Mecklenburg beherrscht die deutsche Sprache so ungenügend, daß er sich, als er sich anläßlich der Übernahme des Majorats dem Kaiser vorstellte, eines Dolmetschers bedienen mußte. Die Familie Bülow ist bestrebt, ihren Zusammenhang mit der polnischen Nation zu erhalten und auch ferner in den Traditionen zu leben, in denen sie aufgewachsen ist. In Übereinstimmung mit diesen Bestrebungen wird sich eine Angehörige dieser Familie mit einem Polen, dem Rechtsanwalt Wladislaus Szumann in Thorn vermählen.

Aus Nr. 35 des Dziennik Związkowy-Zgoda (Chicago, Ill.) vom 11. Februar 1910:

Allgemeine Betrachtungen.

In diesen Tagen haben wir den Aufruf des Grunwald-Komitees erhalten, welches anläßlich der herrlichen, von der uralten Hauptstadt der ehemaligen Republik Polen zum Andenken an den 500. Jahrestag der Schlacht bei Grunwald veranstalteten Feier, eine Pilgerfahrt nach Krakau veranstaltet. In diesem Aufrufe gibt das vorerwähnte Komitee das Resultat seiner bisherigen Bemühungen bekannt. Vor allem wird bemerkt, daß man die deutschen Dampferlinien boykottieren muß, und es wird deshalb die Reise auf einem oder mehreren Dampfern der französischen Linie nach Cherbourg und von dort über Paris, die Schweiz mit den malerischen Alpen, Wien nach Krakau erfolgen. Vorausgesehen ist ein längerer Aufenthalt in Paris und in Zürich zum Zwecke der Besichtigung dieser Städte. In Krakau sollen die amerikanischen Ausflügler am 2. Juli eintreffen. Es geschieht dies so frühzeitig, damit jenen, die Polen noch nicht kennen, oder nur einen schwachen Begriff von ihm haben, Gelegenheit geboten wird, es näher kennen zu lernen.

Wir müssen unbedingt an dieser Stelle die Verdienste des Komitees hervorheben, das beschlossen hat, die polnischen Ausflügler durch Frankreich und die Schweiz und nicht durch Deutschland nach Österreich zu führen. Dieser Boykott ist völlig begründet, ja sogar angebracht. Man kann den Deutschen beschimpfen, man kann ihn mit den ärgsten Schimpfworten belegen, das macht auf ihn keinen Eindruck, sobald er weiß, daß er daran etwas verdient. Aber ihn an die Tasche zu fassen, ihn Verlusten auszusetzen, das ist für ihn ein schrecklicher Schlag, den er nicht so leicht vergißt. Deshalb haben wir auch absichtlich längere Zeit hindurch keine Mitteilungen über die Ansichten des Komitees für den Ausflug nach Krakau gebracht, weil das Gerücht umging, daß die Reise auf einer deutschen Dampferlinie zurückgelegt werden sollte. Daß dem nicht so ist, daß das Komitee in dem von ihm erlassenen Aufrufe diese Angelegenheit auf wahrhaft bürgerliche und patriotische Art behandelt hat, freut uns überaus. Wir werden auch dem Ausflugskomitee dadurch zu Hilfe kommen, daß wir die Ausflugsangelegenheit fleißig

besprechen werden, damit es seine Aufgabe möglichst gut lösen kann und damit dieser erste Massenausflug amerikanischer Polen zu einer wahren und mächtigen Manifestation wird.

Mit Unwillen schreiben wir dagegen über eine von dem Lokalkomitee in Buffalo erlassene Bekanntmachung. Dieses Komitee läßt sich von nationalem Stolze nicht leiten, sondern es rechnet nur mit dem Groschen. Da es der Ansicht ist, daß die Reise durch Deutschland billiger ausfallen wird, hat es beschlossen, die sich um das Komitee gruppierenden Ausflügler auf einem Dampfer nach Hamburg und von dort auf preußischen Bahnen nach Krakau zu schaffen. Wir wissen augenblicklich nicht, wie hoch der Preisunterschied zwischen den beiden Reiserouten ist, wenn wir aber die Ermäßigungen in Betracht ziehen, die uns die französische Dampferlinie, die Eisenbahnverwaltungen in Frankreich, in der Schweiz und in Österreich gewähren, so zweifeln wir daran, daß die Reise durch Deutschland billiger ausfallen wird, ganz abgesehen davon, daß uns Gelegenheit geboten wird, Paris und die Schweiz kennen zu lernen. Vor uns liegt das Resultat der Bemühungen des allgemeinen Komitees, das sich hauptsächlich aus Mitgliedern der polnischen Jugend an Universitäten und höheren Lehranstalten zusammensetzt, die in den verschiedenen Städten Lokalkomitees bilden.

Dieses Komitee hat bis jetzt nachstehende Vergünstigungen ausgewirkt (natürlich bei einer größeren Anzahl von Ausflüglern):

Auf den amerikanischen Bahnen 40 %.

Auf dem Dampfer (französische Linie Compagnie Générale Transatlantique) in der dritten Klasse 20 %, in der zweiten Klasse 30 %, in der ersten Klasse 35 %.

Auf den Bahnen Frankreichs und der Schweiz 25 %.

Auf den Bahnen Österreichs 50 %.

Falls die Zahl der Ausflügler 1000 betragen sollte, wird ein besonderer Dampfer gechartert werden.

Die Seefahrt wird 8 bis 9 Tage dauern, die Eisenbahnfahrt $2^1/_4$ Tage einschließlich der Ruhepausen in Paris, Zürich und Wien.

Das Komitee nimmt weder Geld noch Anzahlungen an, man muß dieses vielmehr vor dem 1. Juni direkt an die französische Schiffahrtsgesellschaft nach New York senden. Jeder Ausflügler erhält eine auf seinen Namen lautende Legitimation, die ihn berechtigt, alle Vergünstigungen, Bequemlichkeiten und Unterkunft, sowohl während der Reise als auch in Krakau zu beanspruchen.

Wie wir sehen, hat also das allgemeine Komitee, oder vielmehr der Verband der Lokalkomitees, ziemlich viel geleistet und es wird auch fernerhin bemüht sein, verschiedene Erleichterungen, Ermäßigungen und Bequemlichkeiten zu erlangen. Für billiges Geld wird man also die herrlichen Alpengegenden betrachten können, man wird sich eine gewisse Zeit in Paris, Zürich und Wien aufhalten, man wird manches lernen und den Gesichtskreis seines Wissens erweitern. Und wenn auch nur diese Gründe in Frage kämen, so müßte dennoch der Ausflug der Polen über Frankreich und nicht über Deutschland zurückgelegt werden. Übrigens sind auch die französischen Bahnen bequemer und schneller, die Reise bietet große Abwechselungen, die Umgebung ist nicht brutal, sondern höflich, sympathisch und uns wohlwollend gegenüberstehend. Aber außerdem kommen doch noch unsere nationalen Gefühle ins Spiel, die uns dazu zwingen, die Deutschen zu boykottieren. Denn es wäre eine Ohrfeige für uns, wenn wir die Taschen der Deutschen mit 100 000 oder mehr Dollars füllen wollten, es wäre ferner ein ungeheures Unrecht, das wir dem Andenken unseres großen Jahrestages zufügen würden, es wäre schließlich ein Zeugnis unserer patriotischen Armut. Wie würden uns, wenn wir auf preußischen Dampfern oder auf preußischen Eisenbahnen reisen würden, unsere Brüder in Galizien empfangen, die heute alle Kräfte anspannen, den Boykott alles dessen, was preußisch ist, durchzuführen, die sich in ihrer Verzweiflung nicht scheuen, Geschäfte mit preußischen Waren anzugreifen und die Fabrikate jener zu zerstören, die uns gewaltsam alles genommen haben, angefangen mit dem Stückchen Brot und endigend mit dem Glauben und mit der Muttersprache. Was würden unsere Brüder in Europa sagen, wenn sie erfahren würden, daß jene, die nach Krakau gekommen sind, um das Andenken an Grunwald zu ehren, um das Haupt vor den Grabdenkmälern unserer Könige zu neigen, um Mut und Stärke aus den Schatzkammern unserer nationalen Andenken zu schöpfen, gleichzeitig die preußischen Taschen mit einer schwer verdienten $^1/_2$ Million Mark gefüllt haben. Wie könnten wir der Bronzestatue des Vernichters des kreuzritterlichen Reptils ins Gesicht blicken, wenn wir eben demselben Reptil neue Mittel gewähren und uns hierdurch ein immer schwereres Joch schmieden würden.

In der Tat, das wäre für uns eine große Schande, es wäre ein Skandal, der das Preußentum berechtigen würde, nicht nur über den Patriotismus der amerikanischen Polen, sondern auch über die ganze Feier des 500. Jahrestages der Schlacht bei Grunwald, die auf diese Weise den Deutschen nur Nutzen bringen würde, zu spotten. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen und es ist die Pflicht der polnisch-amerikanischen Presse, die Pflicht aller Lokalkomitees, schließlich die Pflicht aller einflußreicher Personen, die Ausflügler zu belehren und zu warnen, sich nicht deutscher Dampfer und Eisenbahnen zu bedienen, sondern über Frankreich oder Österreich (Triest) zu reisen, wo die Würde des amerikanischen Polentums keinen Angriffen ausgesetzt ist. Am allerwenigsten aber dürfen wir uns den Angriffen und Spöttereien der Deutschen aussetzen an diesem großen Jahrestage des großen Triumphes, das uns die Brust schwellen macht, der in allen Nationen Bewunderung und Anerkennung hervorruft.

Aus Nr. 32 des Dziennik Związkowy Zgoda
(Chicago, Ill.)
vom 8. Februar 1910:

Unsere einzige Rettung.

Wir Polen, als eine Nation, die der politischen Freiheit beraubt ist, der auf ihrer eigenen Erde alle Rechte genommen sind, die der natürlichen Reichtümer beraubt ist, die mit Steuern zugunsten der Armeen unserer Feinde bedrückt wird, die auf Schritt und Tritt schikaniert und verfolgt wird, deren Land enteignet wird und deren Mund durch Gesetze geknebelt ist, die ihr verbieten in der Muttersprache zu reden, wir Polen sind also scheinbar die unglücklichste Nation auf der Erdkugel. Wenn nicht unsere Anhänglichkeit an die Traditionen, unsere nationalen Sitten und Gebräuche wären, wenn nicht wäre die Liebe zum Vaterlande und zur Muttersprache, nicht der feste Glauben, daß es uns einst besser gehen wird und wir den Feinden nicht gestatten werden, uns zu verschlingen, dann wären wir diesen Schlägen längst unterlegen, die einem weniger widerstandsfähigen nationalen Organismus längst den Tod gebracht hätten.

Der Kampf mit dem mächtigen Feinde, der uns mit drei Zangen gefaßt hat, ist schwierig und erfordert eine gestählte Seele, Energie und Glauben an die eigene Kraft. Auf Kugeln können wir nicht mit Kugeln antworten, auf Bajonette nicht mit Bajonetten, an

das Schwert nicht mit dem Schwerte, denn wir sind ähnlich einem mit Stricken gefesselten Menschen, der nur durch das Zucken seiner Muskeln zeigt, daß er noch lebt und bemüht ist, gewaltsam die ihm ins Fleisch dringenden Fesseln zu sprengen.

Wir befinden uns in einer Sklaverei, die Helden zur Welt bringt. Und ein Held ist heute ein jeder von uns, der unerschrocken für seine heiligsten Rechte kämpft. Nicht mit der Waffe allerdings, sondern mit der Stärke des Geistes, durch die Erhaltung des Polentums, durch die Verbreitung des Wissens. Wenn eine derartige Waffe auch nicht verstümmelt, so verletzt sie den Feind dennoch schlimmer als Bomben und Kartätschen, denn sie vernichtet alle seine satanischen Anschläge, lähmt seine Tätigkeit, zerstört die Mittel, die dazu dienen sollen, uns als selbständige Nation vom Erdboden verschwinden zu lassen. Mit solchen Waffen haben andere Nationen, die das gleiche Empfinden wie wir Polen haben, ihre Bedrücker besiegt. Wenn sie auch schwach und wenig zahlreich waren, so haben sie dennoch nach längerer oder kürzerer Sklaverei die Fesseln gesprengt und existieren noch, erfreuen sich auch der Freiheit.

Unter den Verhältnissen, unter denen wir leben, ist die beste Waffe eine nationale und zugleich aufklärende Organisation. Diese beiden mächtigen Faktoren erlauben uns nicht, geistig zu verkrüppeln und den Schlägen zu unterliegen, die ständig auf uns herniederprasseln. Wenn wir als Nation organisiert sind, wenn wir in Dingen, die uns alle betreffen, solidarisch und einträchtig handeln werden, wenn die Strahlen der Aufklärung den Schatten vertreiben werden, der noch über Millionen unserer Landsleute schwebt, dann werden wir auch die Schläge in der Hoffnung abwehren, daß wir früher oder später siegen müssen.

An erster Stelle muß also bei uns die Organisierung der Kräfte unter dem Zeichen des Adlers und des Pogon stehen. Alle andern wirtschaftlichen oder sozialen Fragen sind dem Feinde gegenüber ohne Bedeutung, solange die Nation zersplittert und ohne nationales Empfinden ist, denn im Zweikampfe verschlingt uns der Feind, bevor wir uns umdrehen können, und es würde aus uns eine Schar von gedankenlosen Sklaven werden, die für ihre Bedrücker nur ein tränenreiches Lächeln haben würde. Mit dem Bau des Gebäudes der Freiheit dürfen wir nicht vom Dache aus beginnen, sondern von den Grundlagen, von dem kräftigen Fundamente aus, auf welchem wir die Mauern und die herrlich gemeißelten Säulen unserer Bestrebungen und Anschauungen errichten können. Und dieses Fundament bildet die nationale Solidarität, die nationale Organisation, die die Gedanken, Bestrebungen und Gefühle aller sozialen Schichten vereinigt.

Eine derartige nationale Organisation, wenn auch nur en miniature, haben wir in der Emigration durch den polnischen Nationalbund geschaffen. In ihm sind vertreten Polen und Polinnen verschiedener Überzeugungen und Konfessionen, verschiedener wirtschaftlicher, sozialer und Parteibestrebungen. Wir stoßen häufig in unseren Anschauungen zusammen, wir streben auf verschiedenen Wegen nach unseren Idealen, indessen als gesammelte Masse, bewußt ihrer nationalen Ziele, streben wir auf sicherem und breitem Wege nach dem Polen, das jeder wahre Pole mit Freuden erblicken möchte, jeder treue Sohn der geliebten Mutter, der ihr Trost und Hilfe in ihren Leiden bringen möchte. Ohne diese Organisation, ohne den polnischen Nationalbund, würde unser Polentum problematisch sein. Allerdings erhält der jüngeren Generation das Polentum so einigermaßen die Parochialschule und die polnische Kirche, indessen werden dort natürlicherweise viele nationale Dinge den Interessen dieser Kirche untergeordnet und jede Parochie ist ein in sich zusammengeschlossener Kleinstaat, und von einer einheitlichen nationalen Arbeit, von einheitlichen patriotischen Bestrebungen kann dort nur schwer die Rede sein.

Der Bund dagegen, der die Gesamtheit der Nation umfaßt, ohne Rücksicht darauf, welcher Parochie jemand angehört und wie er die verschiedenen Fragen betrachtet, richtet seinen Sinn und und sein Streben darauf hin, alle Polen unter einem Zeichen zu sammeln, damit diese nicht als losgerissene Teilchen, sondern als geschlossene Macht in einer Richtung arbeiten und Polen das hingeben, was sie als Allerbestes in der Seele und im Herzen tragen.

Wenn der Bund schon heute die in der Emigration in Amerika zerstreut lebenden drei Millionen unter seiner Standarte vereinigt haben würde, dann könnte er auf jedem Gebiete Wunder vollbringen. Man würde dann auf jedem Gebiete des Lebens mit uns rechnen. Wir würden den fremden Elementen imponieren und die Wege zu allen Ehrenstellen und Reichtümern würden uns offen stehen, denn heute rechnet man nur mit einer wohlorganisierten, eng zusammengeschlossenen Macht. Und wenn die ganze Nation so organisiert wäre, wie unsere 60 000 Bundesbrüder, dann würden uns keine Stürme erschüttern, dann würde uns keine Niederlage zu Boden drücken, dann würden wir keine Person zugunsten Fremder verlieren.

Andererseits empfindet eine organisierte Menge schneller das Bedürfnis nach Aufklärung, und sie kann sie auch schneller verbreiten. Einige Groschen, zu nationalen und aufklärenden Zwecken von Millionen organisierter Mitglieder gespendet, könnten Hunderte höherer Unterrichtsanstalten, Hunderte von Nationalhäusern schaffen, könnten den Handel und die Industrie entwickeln, den Ackerbau kräftigen und eine ganze Plejade von Männern der Wissenschaft schaffen.

Eine nationale Organisation ist in der gegenwärtigen Zeit, in welcher von allen Seiten feindliche Strömungen auf uns zustürzen und der schwere Fuß der Räuber unsere Brust zermalmt, unsere einzige Rettung. Ihr lieben Bundesbrüder und Bundesschwestern, organisiert ausdauernd und energisch den Bund. Organisiert ihn, damit er bald das ganze Emigrantentum umfaßt: nach seinem Muster wird sich die ganze Nation auch im Heimatlande organisieren, und dann werden alle Versuche unserer Feinde, uns zu erdrücken und auszurotten, vergeblich sein gegenüber dieser Macht, die man eine organisierte aufgeklärte und zielbewußte Nation nennt.

Aus Nr. 22 der Straż Polska (Krakau) vom Februar 1910:

Betrachtungen.

(K. B.) Auf der ganzen Linie tobt der Kampf, die Grunwaldfeier in „angemessenem" Umfange zu begehen, um die Preußen nicht zu reizen. Man erzählt Märchen von der drohenden Rache seitens der preußischen Regierung. Jeder begeisterten Rede soll eine Enteignung folgen, für jeden demonstrativen Punkt des Programms sollen auf den preußischen Anteil andere Schläge herniederprasseln.

Die Verbreiter dieser Märchen (es gibt übrigens unter ihnen auch gutgläubige Menschen) rechnen auf unsere Leichtgläubigkeit. Aber wir haben doch Augen und sehen, daß die Verfolgung der unsrigen in Preußen und Rußland zum ständigen System geworden ist. Wenn wir uns auch noch so sehr verbeugen und erniedrigen würden, so würde dies System dennoch nicht früher aufhören, bevor nicht irgendwelche großen

politischen Ereignisse es stürzen, bevor nicht irgend eine Wendung die Krallen der Habichte zerbrechen, die Tatzen des Bären abschneiden werden. Alles was wir tun und wie wir es tun, wird ein Verbrechen sein; denn in den Augen unserer Bedrücker ist es schon ein Verbrechen, daß wir leben.

Geben wir den Preußen keinen Vorwand! — so rufen die feigen Politiker. Sie vergessen, daß man stets einen Vorwand finden kann, daß wir übrigens auch ohne Vorwand ständig verfolgt werden. Wenn man den Hund prügeln will, dann findet man einen Knüppel, und die Russen und Preußen brauchen ihn nicht einmal zu suchen, denn sie geben die Peitsche und den Knüppel niemals aus der Hand.

Was haben wir vor der Schaffung der Ansiedelungskommission verbrochen? Was haben wir vor dem Enteignungsgesetz begangen? Wir haben doch damals keine Grunwaldfeiern begangen!

Und im russischen Anteile? Wir wollen die ganze lange Reihe der früheren Erniedrigungen und die Versuche, auf loyalem Wege zu schreiten, gar nicht erwähnen. Nehmen wir nur die letzten Zeiten. Wir haben in loyaler Weise in der Duma für das Rekrutenkontingent gestimmt (ohne unsere Stimmen wäre der Antrag der Regierung gefallen) und als Antwort hierauf hat man die Zahl der Abgeordneten aus dem Königreiche verringert. Ohne jede Veranlassung hat man die „Macierz szkolna" und zahlreiche polnische Bildungsvereine in Litauen und Weißrußland geschlossen. Wir haben ohne irgend welche Einschränkungen in das slawische Liedchen eingestimmt, wir haben in Krakau und in Warschau solche Bobrinskis feierlich empfangen und man hat um des Friedens mit den Polen willen das Projekt der Abtrennung des Landes Chelm ausgearbeitet. In Weißrußland ist eine „Landespartei" entstanden, die sich gegen die Verbindung mit Polen sträubt, man hat dort als Abgeordneten einen Russen gewählt, trotzdem wir über die Stimmenmehrheit verfügten. Es ist so weit gekommen, daß die wolhynischen Polen sich Wolhynier nennen und die ihnen aus Warschau für die polnischen Kinder übersandten polnischen Fibeln zurückgesandt haben. Und für diese Treue, die mehr als sündisch ist, hat man in dem Projekt der Selbstverwaltung die Teilnahme der Polen auf ein Minimum beschränkt.

Genug dieser Demütigungen, genug dieser Erniedrigungen!

Man sagt uns, daß die Großpolen mit Sorge der Grunwaldfeier entgegen sehen. Ist dies aber nicht auch ein Märchen? Wir wissen allerdings, daß einige Posener Herren, die alle einer Gesellschaftsschicht angehören, Anstrengungen in der Richtung machen, daß wir uns mit einem Trauergottesdienst zum Andenken an die bei Grunwald Gefallenen begnügen möchten. Aber sind diese Herren denn die Vertreter der ganzen Volksgesamtheit? Wenn sich Tausende von Landsleuten aus allen Schichten der Bevölkerung an uns wenden würden, wenn wir wüßten, daß man ihre Stimme als die Stimme der Majorität im preußischen Anteil ansehen könnte, ja, dann wäre es etwas anderes. Mit schmerzendem Herzen würden wir zurücktreten. Ich würde als erster dafür stimmen, keine Feier, nicht einmal jenen Gottesdienst abzuhalten. Denn wenn ich auch fest davon überzeugt wäre, daß die großpolnischen Befürchtungen grundlos sind, daß unsere Feier ihnen weder schaden noch nützen kann, so würde ich es dennoch für unsere Pflicht halten, auf jene, wenn auch grundlosen Befürchtungen Rücksicht zu nehmen, damit sie nicht, wenn der Preuße sie bedrücken würde, vorwurfsvoll sagen könnten: Warum habt ihr nicht auf uns hören wollen?

Sie können dies aber nicht sagen, denn sie wissen, daß der Preuße sie so oder so bedrücken wird.

Nein, das ist unwahr, daß die großpolnische Volksgesamtheit dies von uns verlangen sollte. Wir lesen doch die im preußischen Anteil erscheinenden Zeitungen. Wo in ihnen ist auch nur eine Spur dieser Befürchtungen vorhanden? Wir erfahren im Gegenteil aus ihnen, daß auch dort, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, Grunwald feierlich begangen werden wird. Es ist jetzt schon Grunwalds feierlich gedacht worden, das beweisen die zahlreichen Gelegenheitsausgaben.

Die „Befürchtungen" einiger Herren können uns also nicht von dem abhalten, was unsere Gefühle fordern. Lassen wir uns also von den Angsthasen nicht verleiten. Denken wir auch daran, daß wir in unserer galizischen Volksgesamtheit einen kräftigen Protest hervorrufen würden. Zu der Feindschaft der Parteien, Cliquen und Karrierenreiter würde noch der so traurige und schmerzliche allgemeine Haß hinzukommen, der einer nationalen Niederlage gleichbedeutend sein würde.

Nikolaus I. hat gesagt: Ich hasse die polnischen Patrioten, meine polnischen Diener aber — verachte ich.

Der Haß unserer Feinde wird uns stets begleiten, wollen wir wenigstens nicht ihre Verachtung verdienen.

Aus Nr. 57 des Dziennik Poznański (Posen) vom 11. März 1910:

Der polnische Nationalkongreß in Washington.

Ausnahmsweise selten kann sich eine so bedeutungsvolle offizielle Feier einer großen Volksgemeinschaft ereignen, wie die Enthüllung der Denkmäler der beiden polnischen Helden Kosciuszko und Pulaski, die am 3. Mai d. Js. in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten stattfinden wird.

Das Pulaskidenkmal errichtet die Regierung der Vereinigten Staaten diesem Manne als einem der Wackersten, die für die Freiheit dieses Landes gekämpft haben und für sie den Heldentod gestorben sind. Das Kosziuszkodenkmal errichtet die größte polnische Organisation in Amerika, der polnische Nationalbund, dem Helden zweier Weltteile, willens, auf diese Weise den Verteidiger der nationalen Freiheiten und den Kämpfer für die Freiheit dieses Landes zu ehren, welches wir herzlich liebgewonnen haben. Diese so vernehmlich angekündigte Feier hat zu den Herzen des amerikanischen Polentums gesprochen, sodaß die größte polnische Organisation, der polnische Nationalbund, auf dem Landtag in Baltimore durch seine fast 500 Repräsentanten beschlossen hat, zu dieser Feier einen polnischen Nationalkongreß nach Washington einzuberufen. Zweck des Kongresses ist, die gegenwärtige Lage der polnischen Nation sowohl in Polen, als auch im Emigrantentum in jeder, und zwar in politischer, kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu besprechen, sich mit den Wegen vertraut zu machen, welche der polnische politische Gedanke wandelt, sich der Hauptmängel und Bedürfnisse des polnischen nationalen Lebens bewußt zu werden, die Mittel zu erläutern und ausfindig zu machen, wie diesen Bedürfnissen abzuhelfen wäre, und überhaupt eine Direktive auszuarbeiten, welche die Anerkennung der polnischen Volksgemeinschaft finden und ihr gewissermaßen als Wegweiser in ihrem schweren Kampfe um die nationale Existenz in allen Gebietsteilen Polens und des Emigrantentums dienen könnte.

Ich habe hier einen Passus aus dem s. Z. in amerikanisch-polnischen Blättern veröffentlichten Aufruf angeführt, der auch von einigen Blättern in der Heimat wiedergegeben worden ist. Ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, wäre die einträchtige Unterstützung der Kongreßangelegenheit durch die hervorragendsten Vertreter aus dem Heimatlande, aus allen Gebietsteilen des einstigen polnischen Staats und aus dem Emigrantentum. Die persönliche, wenn auch nicht zahlreiche Teilnahme der Führer der Volksgemeinschaft wäre erwünscht, und wenn Entfernung, Mühe und Kosten der persönlichen Beteiligung hindernd im Wege stehen, so würde schon der Beistand der besten und klügsten Leute in der Nation durch das Schreiben entsprechender Referate uns wenigstens dem Ziele näher bringen, welches der Kongreß zu erreichen beabsichtigt. Ein verständiges und allseitiges, vom Geiste der Bruderliebe belebtes Betrachten der gesellschaftlichen Angelegenheiten, ein scharfes, klares und nüchternes Sichveranschaulichen der Vergangenheit nebst dem Ziehen von Schlüssen für die Zukunft, das Suchen von Berührungspunkten selbst bei verschiedenen sozialen Überzeugungen, alles das kann unsrer Volksgemeinschaft für heute große Dienste leisten und eine Saat sein, welche in Zukunft heilsame Früchte bringen kann. Und zu dieser ernsten Arbeit sind alle wohlgesinnten Landsleute berufen, wie guter Wille ohne parteiische Vorurteile uns das Einberufen dieses Kongresses diktiert hat.

Von diesem guten Willen bewogen, im Namen der ehrenwerten Sache und ohne die eigenen schwachen Kräfte zu überschätzen, haben wir uns schon früher an unsre geistigen Führer in der Heimat mit der Bitte um ihre Teilnahme am Kongreß, um klugen Rat und um Beistand bei dem guten Werke gewendet. Die jüngeren, wenn auch vielen Brüder (sie zählen heute in den Vereinigten Staaten und in Kanada über 3 Millionen) strecken gewiß nicht vergebens die Hände nach dem Mutterlande aus, gemäß dessen Ideen wir bereits eine neue Generation erzogen haben, mit der Bitte, uns mit neuen, frischen Kräften, mit Herzenswärme zu stärken, in der glückseligen Hoffnung, daß das Mutterland für uns keine Stiefmutter sein wird, daß es von seinen treuen Söhnen sich nicht losgesagt hat.

Im Namen des Kongreß-Vorkomitees

Romuald Piontkowski.

Merzbach'sche Buchdruckerei, Posen.